

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Singetragene in die Post-Bedingungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne ober deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das sechsgehaltene Wort 20 Pfg. (zweizehnte Zeile gebührenlos), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schiffsstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 21. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die doppelt und dreifach betrogenen Bergleute.

Aus Bochum wird uns geschrieben:

Unter den Forderungen, die den Zechenverwaltungen am 19. Februar d. J. seitens der Vorstände des „Dreibundes“ (alter Bergarbeiterverband, Polen und Hirsch-Dunder) überreicht wurden, befand sich als sechste folgende: Die Zechenverwaltungen möchten ihre Delegierten in der Generalversammlung des Knappschaftsvereins beauftragen, „dafür einzutreten, daß Aufrechnungen der reichsgesetzlichen Leistungen für Knappschaftsinvaliden, Witwen und Waisen seitens des Knappschaftsvereins nicht mehr stattfinden“.

Die Bergleute genießen nämlich den besonderen „Vorzug“, daß ihnen die reichsgesetzlich den Versicherten bezw. ihren Hinterbliebenen gewährten Pensionen und Renten nicht voll zu kommen, sondern um die entsprechenden Beträge werden die Knappschaftspensionen und -renten gekürzt. Sonach zahlen die Bergleute in zwei Versicherungsinstituten die Vollbeiträge, erhalten aber nur aus einem die Vollpensionen. Das ist auch so beschlossen worden in der Reichsversicherungsordnung, die ausdrücklich vorsieht, daß die reichsgesetzlichen Witwen- und Waisengelder von den Knappschaftskassen zur Hälfte ausgerechnet werden, wenn die Statuten nicht das Gegenteil vorsehen. Selbstverständlich hat die sozialdemokratische Fraktion bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung beantragt, jene Bestimmung zu streichen, wodurch die Vollzahlung der Renten gewährleistet worden wäre. Ebenso selbstverständlich haben unter der Führung des Zentrums die Mehrheitsparteien den sozialdemokratischen Antrag abgelehnt. Die Folge war, daß alsbald im rheinisch-westfälischen Knappschaftsverein diese Rentenabzugsbestimmung in Kraft trat, weil die Zechenbesitzer die Anträge der Aeltesten (Arbeitervertreter) aller Richtungen, statutarisch die Vollzahlung der Renten zu bestimmen, ablehnten. Aus dieser Ablehnung folgte die Herabsetzung der Pensionen auf den Betrag von je einem Pfennig wöchentlich für die Arbeiter und die Zechenbesitzer. Die Arbeiter waren gern bereit, auf die Beitragsherabsetzung zu verzichten, wenn dafür den Hinterbliebenen der Knappschaftsgenossen die vollen Renten gesichert würden. Dagegen bestanden die Zechenbesitzer auf die Rentenkürzung und die ihr entsprechende Beitragsermäßigung. Diese wurde auf rund 150 000 M. pro Jahr berechnet. Um diese Summe, für den Millionenhaushalt der Werke eine Lappalie, auch noch einzuhelfen, deshalb entschieden sich die Zechenbesitzer für die Kürzung der knappschaftlichen Witwen- und Waisengelder. So sehen sie aus, die „wohlwollenden“ Zechenherren!

Natürlich erregte diese Handlungsweise bei den Arbeitern böses Blut. Die stärksten Worte der Verurteilung fanden „christliche“ Gewerkschaftsvertreter. Als der Dreibund die Aufhebung des Rentenkürzungsbeschlusses forderte, wurde damit dem allgemeinen Wunsch der Bergarbeiterchaft entsprochen.

Nun haben aber die ultramontanen Streikbruchorganisatoren mit dafür gesorgt, daß das Zechenkapital über die Bergarbeiterchaft siegte. Es konnte darum auch die knappschaftliche Rentenforderung nicht durchgesetzt werden. Die Streikbruchorganisatoren versicherten ihren Anhängern, „in Güte“ ließe sich von den „Herren Zechenbesitzern“ mehr erreichen, „mit Gewalt“ sei nichts zu machen. Lohnhöhungen seien bereits versprochen, und auch gegenüber den anderen Forderungen würden die „Herren Zechenbesitzer“ entgegenkommen zeigen. So wurden die zaghaften Elemente an die Seite der gelben Liebediener gedrängt, die Reihen der Kampfberittenen gelodert und der kapitalistische Triumph gefördert.

Jetzt ist die „christliche“ Vertrauensfrage an die „wohlwollenden“, „entgegenkommenden“ Zechenbesitzer gestellt worden. Es fand am letzten Donnerstag die Generalversammlung des rheinisch-westfälischen Knappschaftsvereins statt. Unter der Leitung des „christlichen“ Generalsekretärs Steger hatten sich vorher die Gewerkschaftsältesten versammelt. Steger feierte den Triumph des Zechenkapitals über die streikenden Bergleute als einen „Sieg des christlichen Gewerksvereins“! Und der Generalsekretär schlug vor, nun den im Vorjahre wertschweigend abgelehnten Antrag, die Rentenkürzung aufzuheben, „hermals“ einzubringen. Damit sollte der „christliche“ Streikbruchgewerksverein als „energische Arbeitervertretung“ erscheinen und die Streikbruchorganisatoren möchten hoffen, daß nun die Zechenbesitzer den „christlichen“ Antrag genehmigten, um so die Stellung der Streikbruchorganisatoren zu sägen.

Es kam aber anders, nämlich genau so wie die Dreibundführer vorausgesagt haben. Die Vertreter der Zechenbesitzer in der knappschaftlichen Generalversammlung lehnten den „christlichen“ Antrag nicht nur glatt ab, sondern weigerten sich sogar, ihn überhaupt zu diskutieren! Die Verbandsältesten traten natürlich für die Behandlung des „christlichen“ Antrages ein und erklärten, für ihn stimmen zu wollen. Aber die Zechenbesitzer

ließen sich auf gar nichts ein, sie blieben auf ihrem schroff ablehnenden Standpunkte stehen! Als darum der „christliche“ Zechenführer Kleine wehleidig klagte, durch diesen Standpunkt würde die „Annäherung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nicht gefördert, da brachen die Verbandsältesten und die polnischen Aeltesten in helles Gelächter aus und riefen den um alle Hoffnungen betrogenen „Christen“ dröhnend zu: „Streikbrecher! Da habt Ihr den Dank für Euren Streikbruch!“

Die Zechenbesitzer weigern sich also, den Witwen und Waisen der Knappschaftsmitglieder den vollen Rentenbetrag zu zahlen. Die finanzielle Mehrleistung an Knappschaftsbeiträgen würde für sämtliche Ruhegehensbesitzer nur 150 000 M. jährlich ausmachen, ebenso viel für die Arbeiter. Die Zechenbesitzer erhalten durch die letzte Kohlen-, Koks- und Breielpreiserhöhung eine jährliche Mehreinnahme von etwa 100 Millionen Mark! Hieron auch nur 150 000 M. für die Aufbesserung der jetzt recht knappen knappschaftlichen Witwen- und Waisenspensionen herzugeben, weigern sich die Herren hartnäckig. Besser können sie ihre „wohlthätige Befürsichtigung“ nicht illustrieren. Klarer als durch die schroffe Ablehnung des „christlichen“ Knappschaftsantrages konnte aber auch nicht offenkundig werden, welches schamhafte Spiel die ultramontane Streikbruchorganisatoren mit den Arbeiterinteressen getrieben haben. Erst wird unter Zentrumsführung durch die Reichsversicherungsordnung den Zechenherren die Kürzung der Witwen- und Waisengelder ermöglicht. Dann bereiten die ultramontanen Streikbruchorganisatoren die Durchsetzung der knappschaftlichen Statutreform und ermöglichen es den triumphierenden Zechenherren, jetzt kahlköpfig die Rentenverbesserungsanträge in den Papierkorb zu werfen. Diese Täuschung der Bergleute hinsichtlich der Knappschaftsreform gefiel sich zu der Täuschung betreffend die „versprochene Lohnserhöhung“. Drei Monate nach Beendigung des Streiks ist die „versprochene“ allgemeine Lohnserhöhung noch nicht eingetreten und der „christliche“ Antrag, die Rentenkürzung aufzuheben, ist von den „entgegenkommenden“ Zechenherren verächtlich in den Papierkorb geworfen worden!

Wenn diese Vorgänge keine unheilvolle Schädigung der Arbeiterinteressen bedeuteten, dann könnte man Genugtuung über diesen Dank vom Hause Kapitalismus für den insamen Streikbruch empfinden. Leider sind die Bergleute die doppelt und dreifach Betrogenen. Die Lohnserhöhung blieb aus, die Rentenverbesserung wurde wertschweigend abgelehnt. Alle Bemühungen der Streikbruchorganisatoren, nun durch maßhaltigen Realismus ihre frivole irreführende und schwer geschädigte Erfolglosigkeit über die fehlgeschlagenen Hoffnungen hinwegzutäuschen, werden auf die Dauer nicht ziehen. Die gerechte Vergeltung für den Streikbruch kommt, früher oder später doch.

## „Polnische Wirtschaft“.

Es wird heute kaum noch einen verständigen Menschen geben, der sich glauben machen ließe, daß mit den Mitteln, welche die preussische Polenpolitik anwendet, die Ziele, welche diese Politik angeblich erreichen soll, überhaupt erreicht werden können. Bekanntlich ist seit nunmehr 28 Jahren ein „Kampf um den Boden“ im Gange, der den preussischen Steuerzahlern bis jetzt rund 700 Millionen Mark gekostet hat. Nebenbei bemerkt: man erinnert sich, wie ein Geschrei regelmäßig erhoben wird, wenn die Sozialdemokraten für die Schule Einrichtungen vorschlagen, die viel Geld kosten; aber für die Polenpolitik, die das preussische Volk ganz entschieden mißbilligt, sind die Hunderte von Millionen übrig. Doch hieron abgesehen — was ist denn selbst im Sinne der Befürworter unserer Polenpolitik mit diesen 700 Millionen bisher geschaffen worden? Als kürzlich die Regierung dem Landtage wieder ein neues Gesetz zur Polenbekämpfung vorlegte, das wieder neue 100 Millionen fordert, hat sie selbst mitgeteilt, daß in diesem Vierteljahrhundert die Polen rund 100 000 Hektar mehr aus deutscher Hand erworben haben, als die Deutschen aus polnischer Hand! Diese eine Tatsache schlägt alles zu Boden, was selbst der wütendste Galatist zugunsten einer solchen Politik anföhren mag. Selbst wenn man die Zurückdrängung des Polentums für äußerst notwendig hält, so ist doch mit jener Tatsache bewiesen, daß es auf diese Art nicht geht. Wären also wirklich keine anderen Gründe für die preussische Polenpolitik maßgebend, so müßten Freund und Feind über schleunigste Abkehr von diesem Wege einig sein. Und selbst der Vertrauensseligste muß einsehen, daß, wenn dies nicht geschieht, andere Interessen dahinter stecken müssen, als die man öffentlich nennt.

Man versteht, wie groß unter diesen Umständen die Verlegenheit der Polenländer sein muß, wenn es sich darum handelt, eine halbwegs plausible Verteidigung ihres Standpunktes vorzubringen. Selten kam diese Verlegenheit so trag zum Ausdruck, wie in der Rede, die im Herrenhause am 7. Juni der ehemalige Minister Herr v. Rheinbaben gehalten hat.

Bekanntlich sind es im ganzen drei Argumente, auf denen die Galatisten immer wieder herumreiten. Erstens soll es die „Gerechtigkeit“ unbedingt erfordern, daß so gegen die Polen vorgegangen wird; wir haben erst vor ein paar Wochen gezeigt, mit welcher Kunst Herr Bielecki, Preussens Justizminister, diese Gerechtigkeit zu „beweisen“ verstand, eine Kunst, die unsehbar wieder eine ganze Menge polnischer Arbeiter ins Lager der Sozialdemokratie treiben wird. — Der zweite Grund ist die angebliche „Notwehr“; das arme Deutschland sei von den Polen so bedrängt, daß die Regierung ihm

zu Hilfe kommen müsse. Nun hatte gerade dieses Argument in den Debatten des Abgeordnetenhauses ein schmachliches Fiasko erlitten. Denn dort war dem Landwirtschaftsminister Herrn v. Schorlemer jene böse Entgleisung passiert, daß er das connubium und commorium (die verwandtschaftliche und wirtschaftliche Vermischung) mit den Polen unter allen Umständen verhängnisvoll für das Deutschland bezeichnete. Damit war nun aber zugegeben, daß es nicht die Polen sind, die sich absondern wollen und dadurch etwa eine Gefahr für den preussischen Staat heraufbeschwören, sondern daß es umgekehrt die Absicht der preussischen Regierung ist, die Polen zurückzustoßen und von der deutschen Bevölkerung fernzuhalten. Wenn also wirklich — wie die Galatisten behaupten — die Absonderung der Polen, ihre angeblichen Träume von der Wiederherstellung des polnischen Reichs die Sicherheit des preussischen Staates bedroht, so wäre dies erst recht ein Grund, von einer Politik abzulassen, die sie zu einer Absonderung geradezu zwingt. Und wenn die preussische Regierung das gerade Gegenteil tut, so beweist sie damit, daß sie an eine solche Gefahr im Ernst nicht glaubt.

Das hatte Herr v. Schorlemer durch seine unbedachte Aeußerung vor aller Welt kundgetan. Da holte denn Herr v. Rheinbaben in seiner „glänzenden“ Rede, die ihm (laut stenographischem Bericht) durch wiederholtes lebhaftes Bravo und Händeklatschen (!) gelobt wurde, das dritte, das abgerundete aller Galatistenargumente hervor: das Märchen von der sogenannten „polnischen Wirtschaft“. Man muß, rief er pathetisch aus

„die Geschichte Friedrichs des Großen studiert haben, um zu wissen, in welchem Zustande der geistigen Verwahrlosung, des vollständigen wirtschaftlichen Niederganges und der Rechtlosigkeit der unteren Klassen sich diese Landesteile befanden, als sie an Preußen zurückfielen.“

Dank der preussischen Tüchtigkeit aber sei ihnen jetzt „ein wirtschaftlicher Aufschwung sondergleichen“ beschieden worden.

Die Behauptung, daß die Polen aus sich heraus es zu keiner hohen Kultur hätten bringen können, ist nachgerade zu abgeschmackt, um sich noch ernstlich mit ihr zu beschäftigen. Es genüge darauf hinzuweisen — wie es auch unser Fraktionsredner im Abgeordnetenhause getan hat — daß vor wenigen Jahren erst in einer konservativen Zeitschrift ein konservativer Verfasser die hohe Kultur gerühmt hat, die sich die Polen im Gegenzug und im Kampfe mit den behördlichen Bedrückungen geschaffen haben. Er sprach von der „reichen, vielseitigen, stetig entwickelten Literatur und Kunst“ der Polen; er sprach davon, daß die 100 Jahre der Fremdherrschaft „das nationale Pflichtgefühl, die Treue und Opferwilligkeit erst recht geweckt“ haben; er sprach von dem „lobernden Flammenmeer“ der polnischen Staatsidee, „das nun die ehemals polnischen Landesteile durchbraust“. Von einem solchen Volke zu behaupten, es habe zu seinem kulturellen Aufschwung erst den preussischen Korporalstod nötig gehabt, ist ja einfach lächerlich.

Aber die Aeußerung des Herrn v. Rheinbaben interessiert uns aus einem ganz anderen Grunde. Als Zeichen dessen, was man in seinen Kreisen „polnische Wirtschaft“ nennt, führte er an die geistige Verwahrlosung, den vollständigen wirtschaftlichen Niedergang und die Rechtlosigkeit der unteren Klassen.

Ja, um alles in der Welt, wenn diese Dinge schlimm sind — und daß sie schlimm sind, werden wir ganz gewiß nicht bestreiten — hätte denn da nicht der preussische Staat alle Veranlassung, sich erst einmal recht nachdrücklich an die eigene Nase zu fassen? Die geistige Verwahrlosung der unteren Klassen! Sollen wir erinnern an den traurigen Zustand der preussischen Volksschule, deren Tiefstand auf dem Lande die schlimmsten Erwartungen noch übertrifft, und die selbst in den Bezirken ihrer besten Leistungen, in den großen Städten, die Proletariatskinder noch nicht einmal so weit zu bringen vermag, daß sie ihre Muttersprache richtig lesen und schreiben können? Der wirtschaftliche Niedergang! Sollen wir verweisen auf die amtliche Statistik, die erst soeben wieder gezeigt hat, daß mehr als die Hälfte der preussischen Bevölkerung noch nicht mal ein Einkommen von 90 M. im Jahre hat? Und endlich die Rechtlosigkeit der unteren Klassen! Wer denkt dabei nicht sofort an preussische Wahlrecht, an die Gesindeordnung, an das zweierlei Recht, das gerade durch die Polengesetze geschaffen worden ist?

Das war nicht gut getan, Herr v. Rheinbaben! Wenn Sie so die „polnische Wirtschaft“ definieren, dann können wir Ihnen viel näher liegende Gegenden zeigen, wo sie herrscht; dann brauchen wir nicht bis in die polnischen Landesteile zu gehen. Und dann können wir Ihnen für die 700 Millionen wahrlich eine bessere Verwendung sagen als die Bedrückung unserer polnischen Mitbürger.

## Zum Genossenschaftstag.

Der neunte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat seine Tagung beendet.

Der großzügige Plan einer Volksversicherung durch eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaft ist einstimmig gutgeheißen. Der Aufbau einer Volksversicherung auf sicherer Grundlage und auf der Grundlage der Solidarität hat stattgefunden. Wenn die Erfolge einer solchen Versicherung auch keineswegs, wie der Referent mit Recht betonte, goldene Wege schaffen können, so kann doch durch die Ausschaltung des kapitalistischen Betriebes ganz Erhebliches auf sozialpolitischem Gebiete zugunsten der Arbeiterklasse durch diese „Gründung“ erreicht werden. Möge der Erfolg den Erwartungen entsprechen.

Ein großer Teil der übrigen Verhandlungsgegenstände betraf die Organisation der Konsumvereine, des Zentralverbandes und der Verlagsan-



**Kaiz.** Durch Auffstellung eines Musterstatuts ist eine praktisch wertvolle Arbeit geleistet. Die Umwandlung der Verfassung des Zentralverbandes und der Verlagsanstalt gibt den einzelnen Konsumvereinsverbänden einen größeren Einfluß auf diesem Gebiete wie bisher.

Bei der Besprechung des Vorstandsberichts ist mit Recht von einem Teilnehmer hervorgehoben, daß die Vorstände trotz aller politischen Bedenken, von denen sie gar zu sehr erfüllt sind, Initiative beim Kampf gegen die Teuerung hätten ergreifen müssen. Daß dies nicht geschehen ist, ist ein außerordentlicher Fehler, der auf jener durchaus zu bekämpfenden Ueberspannung des Neutralitätsgedankens und Ueberhöhung einer Konsumvereinsbewegung beruht. Was die Konsumvereine und insbesondere der Zentralverband gegenüber der Teuerung mehr hätten tun können, wollen wir nicht eingehend erörtern. Die übergroße Zahl der Konsumvereinsmitglieder sind Arbeiter und gewerkschaftlich und politisch organisierte Sozialdemokraten. An ihnen muß es liegen, mehr wie bisher, auch auf tariflichem Gebiete, die genossenschaftliche Tätigkeit mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Wie notwendig dies ist, zeigte der Vortrag des Redakteurs Dr. Müller über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels. Ausführungen wie die „gegenüber den Kartellen ist die Genossenschaftsbewegung das Korrelat“, sind Utopien, die zeigen, wie weit entfernt der Vortragende von einem Verständnis des Zusammenhanges der wirtschaftlichen und politischen Dinge steht. Dasselbe gilt von seiner Prophezeiung, daß „der Konsumverein dem Kapitalismus gegenüber siegen“ werde. Ohne politische Betätigung ist an eine Ueberwindung des Kapitalismus nicht zu denken, und wer da glaubt, daß die Konsumvereinsbewegung so hinten herum den Kapitalismus in schön-harmonischer Gegenwartsarbeit überwinden könne, so daß eines Tages der Kapitalismus von der Konsumvereinsbewegung niedergestreckt daliege und eine neue Gesellschaftsordnung beginne, ist ein Illusionär, dessen rüchliche Auffassung der Konsumvereinsbewegung mehr schadet als nützt. Die übergroße Menge der Konsumvereinsmitglieder steht auf dem harten Boden der Wirklichkeit und lehnt solche phantastischen Träume ab. Sie wird auch mit manchen anderen Ausführungen gerade dieses Vortrages, der nichts weniger als Konsumvereinsfördernd war, so auch mit der gegen die Gewerbefreiheit gerichteten Äußerung keineswegs einverstanden sein.

Die Ueberspannung des Neutralitätsgedankens kam auch in der Art der Einladung zum Genossenschaftstag zu einem der Konsumvereinsvereine keineswegs fürderlichen Ausdruck. Wenn Förderer der Konsumvereinsbewegung, wie die Propagandakommission zur Förderung der Konsumvereinsbewegung in Groß-Berlin, keine Einladung erhielten, so mag das vielleicht nur auf einem Versehen beruhen. Wenn aber der konservative Reichstagskandidat des dritten mecklenburgischen Wahlkreises, das hervorragendste Mitglied des Bundes der Landwirte, Professor Dade, als Gast eingeladen wurde, so muß das nicht nur Bestrebungen der Arbeiterklasse auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete gewirkt. Und mußte so wirken. Unsere Leser erinnern sich, wie wir am 27. März mittelfristig, am 16. März haben eine Reihe Agrarier aus Pommern und Mecklenburg Vereinbarungen getroffen, die dahin gingen, Tagelöhner und Deputatisten nicht in Arbeit zu nehmen, falls diese der Sozialdemokratie oder einem Konsumvereine angehören. Nach jener Vereinbarung, die bis zum 30. Juni 1914 in Geltung ist, dürfen „sogenannte fremde Arbeiter, die einem von der Sozialdemokratie ins Leben gerufenen Konsumverein angehören, nicht beschäftigt werden“. Unter den sozialdemokratischen Vereinen ist natürlich auch, und zwar in allererster Reihe, der Landarbeiterverband zu verstehen. Kürzlich brachten wir die Nachricht, daß Mecklenburger Gutsbesitzer, um die Landarbeiter aus den Konsumvereinen zu treiben, sogenannte Rabatte bis 25 Mt. jährlich an die Arbeiter zu zahlen sich verpflichtet haben, die von Kleinhändlern kaufen. Einen ausgesprochenen Anhänger solcher gegen die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Betätigung der Arbeiter gerichteten terroristischen Bestrebungen zu dem Genossenschaftstage als Gast einzuladen, übersteigt das Maß dessen, was selbst Anhänger einer Neutralität für richtig erachten dürften.

An den gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern, die, wie wir wiederholen, den weitaus größten Teil der Konsumvereinsmitglieder bilden, liegt es nunmehr, kräftiger wie zuvor im Sinne des Kopenhagener und Magdeburger Parteitagbeschlusses dafür einzutreten, daß die Genossenschaftsbewegung mit sozialistischem Geiste erfüllt werde. Die Generalversammlungen der Konsumvereine sind bislang vielleicht zu wenig von unseren Genossen beachtet. Das muß in Zukunft im Interesse einer energischen Weiterentwicklung der Genossenschaftsbewegung unterbleiben. Die von uns erwähnten Vorkommnisse auf dem Genossenschaftstage mögen hierzu anspornen und nicht etwa dazu, sich von einer Bewegung abzuwenden, die, in echt genossenschaftlichem Geiste geleitet, in erheblicher Weise den politischen und gewerkschaftlichen Kampf für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse ergänzen kann. Vorwärts, hinein in die Konsumvereine, damit das von der Arbeiterklasse erhoffte Ziel um so schneller erreicht werden kann.

## Der Krieg.

### Kämpfe in der Cyrenaika.

Rom, 20. Juni. Die Agenzia Stefani meldet aus Bengasi: Am 19. Juni früh mußte die Brigade Buonini eine Reconnoissance in der Oase Suani Ben Osman ausführen, die glänzend durchgeführt wurde. Die italienischen Truppen blieben, nachdem sie die Beduinen, welche in sehr gut gewählten Stellungen heftigen Widerstand leisteten, zurückgetrieben hatten, drei Stunden in der Oase und kehrten dann nach einem vorher festgesetzten Plan nach Bengasi zurück. Die Verluste des Feindes wurden noch nicht festgestellt, sind aber beträchtlich. Auf Seiten der Italiener wurden ein Kamelreiter und ein eingeborener Askari getötet und 11 Mann verwundet, darunter ein Unteroffizier aus Ghrhira und ein Kamelreiter und zwei Askari aus Bengasi.

Aus Derna wird gemeldet: Am Morgen des 10. Juni gab das Fort Piemonte einige sehr wirksame Schüsse ab, um feindliche Haufen zu zerstreuen, welche Anstalten trafen, die Arbeiten auf dem Wege nach Felcia zu fördern. Der Feind wurde zwischen

zwei Feuer genommen und zog sich zurück, nachdem er beträchtliche Verluste gehabt hatte. Die Arbeiten gingen dann ohne Unterbrechung weiter.

### Die Not der Ausgewiesenen.

Bei der am 18. d. M. in Genä erfolgten Auslieferung von 290 aus der Türkei ausgewiesenen Italienern kam es zu einer erdärmungswürdigen Szene. Als der Dampfer, der seit dem vorigen Abend im Hafen lag, von den Hafenbeamten besucht wurde, brachen die Ausgewiesenen in den Ruf aus: „Wir haben Hunger, wir sterben vor Hunger.“ Es wurde sofort auf Veranlassung des Auswanderungskommissars Milch und Brot gereicht. Eine Dame wurde ohnmächtig und sagte als sie wieder zu sich kam: „Es ist nur vor Hunger.“ Die Stadterwaltung hat sofort eine Enquete veranlaßt. Alle Ausgewiesenen geben einstimmig an, daß sie an Vord hungern mußten. Die Unglücklichen wurden nach der Abweisung zur Desinfektion und zur Jimpfung in das Lazarett gebracht. Der Vorfall zeigt, wie wenig die Regierung und die verschiedenen Komitees für die Ausgewiesenen sorgen. An patriotischen Flausen fehlt es nicht, aber die Rationalisten, die den Mund so voll nehmen, verstehen nicht zur rechten Zeit das Richtige zu tun.

### Der Gesundheitszustand der Truppen in der Cyrenaika.

Dem „Avanti“ zufolge läßt der Gesundheitszustand der Truppen in der Cyrenaika sehr zu wünschen übrig. Im Gegensatz zu den offiziellen Nachrichten sollen die Truppen in hohem Grade durch Infektionskrankheiten leiden und zwar besonders durch Typhus. In einem Brief, der am 28. Mai von Derna abgegangen ist, heißt es, daß allabendlich 10 bis 15 Soldaten, die an Krankheit gestorben sind, begraben werden. Im 7. Infanterieregiment sollen mehrere Todesfälle zu beklagen sein; am schwersten ist aber das 85. betroffen, das 200 Todesfälle an Infektionskrankheiten gehabt haben soll. In dem Brief heißt es, daß die Sanitätsbehörden es ablehnen, weiter die Verantwortlichkeit für diesen Zustand zu übernehmen. Und dabei sind wir noch nicht in der heißesten Periode des Jahres angelangt! Der Brief behauptet weiter, daß am 26. Mai ein Soldat gestorben sei, nachdem er 4 Stunden in Fesseln geschlossen der Sonne ausgesetzt worden wäre. Man darf nun neugierig sein, wie sich das Kriegsministerium zu diesen schweren Anklagen stellen wird.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juni 1912.

### Umselige Komödianten.

Der zu Köln versammelte Vorstand des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften hat gestern die mit vielem Tamtam angekündigte Protesterklärung gegen die päpstliche Beurteilung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zustande gebracht. Wer aber nach den Äußerungen christlicher Gewerkschaftsblätter erwartet haben sollte, der Vorstand werde sich gegen die bekundete Auffassung des Papstes und das von ihm beanspruchte Recht der Beaufsichtigung und Zurechtweisung der wirtschaftlichen Arbeitervereine wenden, wird sich recht enttäuscht fühlen. So weit reicht der Mut und die kuriose Prinzipientreue der christlichen Gewerkschaftsführer nicht. Die „Herren“ beschränken sich in weiser vorichtiger Mäßigung darauf, den Papst, die römische Kurie und den deutschen Episkopat völlig aus dem Spiel zu lassen und entristet gegen „In-Verleumdungsfeldzug“ der Berliner katholischen Fachvereinsbewegung zu deklamieren. Stolz verkündeten sie der Welt, daß sie — wohl doch nur vorläufig! — an ihren bewährten Grundsätzen gewerkschaftlicher Vereinigung festhielten. Daneben wird, da so etwas doch immerhin recht dekorativ wirkt, und auf gewisse patriotisch-kapitalistische Kreise die Wirkung nicht verfehlt, vom „Verfassungslieben unseres Vaterlandes“, von „wirtschaftlicher Freiheit“ usw. gesprochen.

Wörtlich lautet die schöne Protesterklärung der christlichen Gewerkschaftsführer:

„Der Vorstand hatte in seiner heutigen Sitzung zu prüfen, ob zur Erreichung etwaiger neuer Maßnahmen und Vorkehrungen in Sachen des Gewerkschaftsstreites ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß einzuberufen werden soll. Die Beratung führte zu folgendem einstimmigen Beschluß: Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß erweist sich mit Rücksicht auf den ohnehin im Herbst stattfindenden ordentlichen Kongreß im gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzungen nicht als notwendig. Der Verleumdungsfeldzug der katholischen Fachabteilungsbewegungen ist auf der ganzen Linie erfolgreich abgeschlagen worden. Noch nie hat sich die öffentliche Meinung so entschieden und so einmütig für unsere Bewegung eingesetzt. Nach den letzten Ereignissen fehlt den Sonderbestrebungen der Fachabteilungen in Deutschland jedweder Resonanzboden. Zu Änderungen in den Grundzügen und der Praxis der christlichen Gewerkschaften liegt keinerlei Veranlassung vor. Die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft katholischer und evangelischer Konfession sieht wie ein Mann fest in der unerschütterlichen Ueberzeugung von der wirtschaftlichen und nationalen Notwendigkeit ihres gewerkschaftlichen Zusammenarbeitens. Die grundsätzlichen Angriffe der Fachabteilungsbewegung gegen den christlichen Gewerkschaftsgedanken erachtet sie in ihren letzten Konsequenzen als Angriffe auf das Wirtschafts- und Verfassungsleben unseres Vaterlandes. Wir protestieren daher erneut gegen die unbilligen Verdächtigungen und Verurteilungen, wie sie von der bekannnten Presse des In- und Auslandes seit Jahren gegen die christlichen Gewerkschaften betrieben werden. Ehrenmännerart ist es nicht, zu unterstellen, was die Tatsachen unzweifelhaft reden. Wir protestieren vor allem gegen die ungleiche Behandlung der Arbeiter im Gegensatz zu allen anderen Ständen. Gegen unsere Grundzüge und unsere bisherige gewerkschaftliche Tätigkeit konnten stichhaltige und tatsächliche Einwände sittlich-religiöser Art, auch nach dem Zeugnisse berufener Instanzen, nicht beigebracht werden. Die christlichen Gewerkschaften beanspruchen deshalb gleich allen anderen Ständen ihre wirtschaftliche Freiheit und Selbständigkeit.“

Schon zusammengerrührter Mehlsbrei mit einigen Paprikaphrasen.

### Sie schweigen und ducken sich.

Die von der päpstlichen Nuntiat in München verkündete Mitteilung, Pius X. wünsche, daß die katholische Presse die Polemik über die katholischen Arbeiterorganisationen in Deutschland einstelle und es dem „Heiligen Stuhl“ überlasse, die Gewerkschaftsfragen mit den deutschen Bischöfen zu regeln, findet bei den Zentrumsblättern der Kölner Richtung lebhaftest Zustimmung, fällt damit doch dieser Presse, die sich in den letzten Tagen so mancher häretischen Aussprüche geleistet hat, ein schwerer Stein vom Herzen. Selbst die bismarckische „Kölnische Volkszeitung“ erklärt:

„Wenn die derzeitige unerquickliche Erörterung, für die wir nicht die Verantwortung tragen, eingestellt werden kann, so wird dies niemand mit größerer Genugtuung begrüßen als wir. Es versteht sich darum auch von selbst, daß wir dem Wunsche des Heiligen Vaters und der nunmehrigen Lage gern Rechnung tragen, in der sicheren Hoffnung, daß die Angelegenheit auf diesem Wege, nämlich auf dem Wege über die deutschen Bischöfe, auf den wir von allem Anfang an verwiesen haben, eine baldige Lösung finden wird, die dauernde Beruhigung schafft. ... Die rein referierende Mitteilung neuer Tatsachen wird die „Kölnische Volkszeitung“ natürlich auch fernerhin nicht unterlassen können.“

Und dem Beispiel der politischen Blätter von der Art der „Köln. Volkszeitung“ werden die christlichen Gewerkschaftsblätter alsbald folgen, wie voll sie auch noch in den letzten Tagen ihren Mund genommen haben. So erklärte zum Beispiel noch gestern der ehrsame christliche „Bergknapp“, sich in keinem Fall auf einen Waffenstillstand einlassen zu wollen:

„Aus dem Verlauf der ganzen Angelegenheit geht hervor, daß die „Berliner“ diesmal wieder nicht auf ihre Rechnung kommen. Sie ziehen den Kürzeren. Es wird deshalb von ihnen versucht werden, den Streit jetzt verstanden zu lassen, damit sie ihn zu gelegener Zeit wieder aufnehmen können. Das darf aber nicht geschehen. Eine große Bewegung kann nicht in ständiger Beunruhigung leben. Wir müssen verlangen, daß der Streit jetzt endgültig ausgetragen und zum Abschluß gebracht wird. Unsere Bewegung hat wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als sich jahraus, jahrein mit den Berliner herumschlagen. Wir sind den Streit jetzt leid und werden uns auf keinen Waffenstillstand einlassen. Es besteht gar keine Hoffnung mehr, daß die „Berliner“ sich bessern, wenn sie nicht zur Besserung gezwungen werden. Deshalb muß man sie dazu zwingen im Interesse der guten Sache, der wir dienen.“

Doch man darf solche Herkule Unentwegtheit nicht zu hoch einschätzen. Wenn die Redaktion des „Bergknappen“ von Köln einen deutlichen Wink erhält, koppt sie demütig zusammen. Fast scheint es, als sei inzwischen das Zusammenklappen schon erfolgt, denn nach einer Mitteilung der „Köln. Volkszeitung“ von heute abend hat die Leitung der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands am Mittwoch folgende Zuschrift erhalten:

„Die in Hildesheim gelegentlich der Generalversammlung des Bonifaziusvereins anwesenden Bischöfe haben die Gewerkschaftsangelegenheit in ernste und wohlwollende Beratung genommen. Auf Grund dessen werden die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands die öffentliche Auseinandersetzung über die Streitfrage vorläufig einstellen.“

München-Bladbach, den 20. Juni 1912. Dr. Otto Müller.“

Die ganze Sache ist höchst komisch. Noch vorgestern verfierte die Zentrumspresse kölnischer Richtung, dem Papst stände nur in religiösen Dingen ein Aufsichtsrat und Urteil zu, nicht aber in rein wirtschaftlichen und politischen Fragen, jeder gute deutsche Katholik sei bereit, auch dem „Heiligen Stuhl“ gegenüber seine politische und wirtschaftliche Freiheit zu versetzen usw. usw. — und nun sind dieselben Blätter ganz entzückt, daß der Papst mit den Bischöfen ohne Beteiligung der am meisten Interessierten, der christlichen Gewerkschaftler, die Frage der gewerkschaftlichen Organisation von oben herab ordnen will. Kein einziges der Blätter wagt in Konsequenz seiner eigenen schönen Theorie dem Papst zu erklären: „Bleibe doch davon, derartige rein wirtschaftliche Dinge gehen Dich ja gar nichts an!“

Ein echt Herkuler Rumpitz!

### Elektrizitätsmonopol und Gemeinde

Durch ihre gewaltige Kapitalmacht besitzen die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und der Siemens-(Halske-Schubert)-Konzern ein Monopol in der Elektrizitätsindustrie. Macht dieses sich schon brüderlich genug für die großen und kleinen Konsumenten von Elektrizitätsprodukten geltend, so muß es um so mehr erlauben, daß die beiden Gesellschaften durch Staat und Gemeinde in ihren monopolisierenden Tendenzen noch unterstützt werden. Besonders die Kommunen zeigen seit einiger Zeit starke Neigung, die Elektrizitätslieferungen privaten Gesellschaften von vornherein zu überlassen oder sie nachträglich an sie zu verpachten. Oft geschieht diese Anklieferung auch so, daß Gemeinde und Gesellschaft gemeinsam Anlage und Betrieb von Elektrizitätswerken und -bahnen übernehmen. So soll in Saarbrücken eine Anlage geschaffen werden, bei der die Stadtgemeinde 49 Prozent, der Landkreis Saarbrücken 7 Prozent, die A. E. G. 81 Prozent und die Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik A. G. 3 Prozent des erforderlichen Kapitals beisteuern. Trotzdem nun die beteiligten Gemeinden insgesamt 86 Prozent des Kapitals liefern und die absolute Mehrheit besitzen und einen entsprechenden Anteil an der Verwaltung beanspruchen könnten, haben sie doch die Macht in erheblichem Grade aus ihren Händen gegeben. Die Generalversammlung beschließt mit Dreiviertelmehrheit, so daß die 81 Stimmen der A. E. G. jeden Beschluß hindern können. Die A. E. G. stellt weiter einen der beiden Direktoren. Am schlimmsten ist aber, daß ihr ein großer Anteil am zu erzielenden Reingewinn und an der gesamten Materiallieferung zugesichert worden sind. Die „Saarbr. Ztg.“ führt davon im einzelnen auf:

Die A. E. G. erhält für ihre Arbeit eine Entschädigung vom Reingewinn, falls die Dividende mehr als 5 Prozent des Aktienkapitals beträgt, und zwar bei mehr als 5 bis 6 Prozent: 2½, vom Tausend des Aktienkapitals, bei mehr als 6 bis 7 Prozent: 3½, vom Tausend des Aktienkapitals, von da ab steigend für jedes Prozent Dividende um ½, vom Tausend des Aktienkapitals. Jede außerordentliche Tätigkeit wird der A. E. G. jedoch noch nach besonderer Vereinbarung vergütet.

Ferner überträgt die Vertriebsgesellschaft der A. E. G. die Ausführung sämtlicher Vertriebs-einrichtungen für die Stromabgabe der Vertriebsgesellschaft. An Bezahlung dafür erhält die A. E. G.: für A. E. G.-Fabrikate die Listenpreise abzüglich 27½ Prozent; für eigene Fabrikate, die nicht listenmäßig geführt werden, die Herstellungskosten plus 25 Prozent Aufschlag; für Lieferung indigener und kartellierter Waren die vorgeschriebenen Mindestpreise; für Fremd-Lieferungen und -Leistungen (das sind solche, die die A. E. G. nicht im eigenen Geschäftsbetriebe herstellt bzw. ausführt, sondern die sie an Dritte weiter veräußert) 10 Prozent Gewinnzuschlag; auf Montagelöhne 20 Prozent Aufschlag; auf Fracht- und Anfahrtskosten 2½ Prozent Aufschlag; für die Bauleitung 8 Prozent Aufschlag auf die Auftragssumme.

Diese Bestimmungen über die Ausführung der Arbeiten und Lieferungen durch die A. E. G. gelten zehn Jahre, bis zum 30. September 1922. Der Vertrag läuft fünf Jahre weiter, wenn er nicht fünf Jahre vor seinem Ablauf gelündigt wird.

Beim Abschluß solcher Bedingungen ist es kein Wunder, wenn die Stadterordneten nur in geheimer Sitzung, hinter verschlossenen Türen, der A. E. G. solche Monopolprivilegien zu sichern wagen.



## Streitjustizblüten.

Welche Verwirrung die Erlebigung der massenhaften Streit-fällen bei den Gerichten im Ruhrgebiet angerichtet hat, dafür ist im Laufe der letzten Wochen schon mancher illustrierter Beleg bekannt geworden. Heute ein neues. Vor etwa drei Wochen wurde ein Bergarbeiter aus Dahlhausen vom Schöffengericht in Steele a. d. Ruhr wegen angeblicher Mißhandlung eines Arbeitswagens zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte hat Verurteilung eingeleitet. Aber noch bevor die Verurteilung zur Verhandlung kam, erhielt er nach dem Bismarckweg, wo er infolge seiner Verurteilung Arbeit suchen mußte, um Frau und Kind zu ernähren, eine neue Anklageschrift nebst Ladung zum Schöffengericht in Steele zugesandt. Mit banger Erwartung tritt der Mann die Reise vom Ruhrgebiet nach Steele an. Und siehe da: mit wachsendem Erstaunen wird ihm in der Verhandlung klar, daß über dieselbe Sache verhandelt wird, wegen der er von demselben Gericht unter demselben Vorsitzenden bereits verurteilt worden ist! Schon hatte der Vertreter der Anklage den Strafantrag gestellt, als dem Angeklagten die Situation vollends klar wird und er sagt: er sei doch deswegen schon verurteilt! — Der Richter sieht den Angeklagten ungläubig an, er fragt seinen Belastungszeugen, ob das wahr sei; dieser bestätigt es mit dem Vermerk, daß ja doch der Vorstehende selbst die Verhandlung geleitet habe.

Da dümmerte auch dem Vorsitzenden, und der Missetäter kann gehen.

So geschähen im Lande der vollendeten Rechtsparitäten!

## Keine Bahn.

Der Vorstand des Kreislerverbandes Nordhausen-Graßhof-Hohenstein hat den Verein des Verbandes folgende Eröffnung zur Mitteilung an ihre Mitglieder zugehen lassen!

„Bei Gelegenheit der letzten Reichstagswahl das freiwillig abgelegte Gelöbniß, die in den Kriegervereinigungen niedergelegten Grundzüge gewissenhaft zu beobachten, nicht gehalten und auch die daraus hinweisenden Aufrufe des Vorstandes des Deutschen Kriegerverbandes, den Satzungsbestimmungen gemäß zu wählen, nicht befolgt hat, wird aufgefordert, als ehrlicher Mann aus seinem Kriegerverein auszuscheiden, da niemand gehalten werden soll, aber auch niemand gebildet werden darf, der sich nicht mehr zu den für die Kriegervereine geltenden Grundzügen bekennen will.“

Das ist konsequent. Sozialdemokratische Wähler sollten, sofern sie noch einem Kriegerverein angehören, ebenso konsequent fühlen und denken und den Durrapatrioten den Rücken kehren!

## Abgelehnt.

Die Mehrheit der Bürgerchaft der „freien“ Hansestadt Bremen hat sich wieder ein Demal der Schande gefügt. Die Bürgerchaft lehnte mit 57 gegen 30 Stimmen folgenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ab:

„Die Bürgerchaft solle beschließen, an Stelle des heutigen, den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Massenwahlrechts für die Wahlen zur Bürgerchaft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzuführen und den Senat um eine dahingehende Vorlage zu ersuchen.“

## Sammlungen für die Nationalflugschule in Volksschulen.

Die Kühnheit der Flugsportpatrioten übersteigt nachgerade alle Grenzen. In Pöschum geben sich die Volksschullehrer dazu her, die Kinder während des Unterrichts aufzusammeln, sich an der Nationalflugschule zu beteiligen. Zur Begründung erzählte einer dieser Herren den Kindern, daß die Franzosen einst den Deutschen Land weggenommen; dies sei zurückgehört, und nun wollten die Franzosen Deutschland mit Krieg überziehen, um es wieder „zurückzuerobern“. Auch England wollte Deutschland mit Krieg überfallen. Deshalb baue Deutschland Luftschiffe, um mit deren Hilfe die Feinde vernichten zu können. — Als einer der Lehrer mit Hilfe solcher unehrlichen Mißbrauches seiner pädagogischen Pflichten ganze 27 Pf. zusammengekauert hatte, bemerkte er, das sei gar nichts, 27 Mark müßten es wenigstens sein, und forderte auf, am andern Tage mehr zu bringen.

Da dieser Unfug nicht vereinzelt vorkommt, ist nicht ausgeschlossen, daß er auf höhere Weisung zurückzuführen ist.

## Spionageprozess.

In dem Spionageprozess gegen den Wildbauer Anton Nicolad aus Dieß wurde gegen 5 Uhr nachmittags das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde wegen verübten Verbrechens nach § 3 des Spionagegesetzes zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. 6 Monate Untersuchungshaft wurden ihm angerechnet. Nicolad hatte sich seit Jahren an Soldaten in Rey herangemacht, um für Frankreich militärische Geheimnisse auszuforschen. Ein Soldat ging scheinbar auf das Ansinnen des Nicolad ein und verschaffte ihm einen Plan, der aber keinerlei Geheimnisse enthielt.

## Frankreich.

### Die Reaktion im Pariser Gemeinderat.

Mit 38—43 unter 65 abgegebenen Stimmen hat der neugewählte Pariser Gemeinderat ein völlig reaktionäres Bureau gewählt. Selbst die früher beliebte Ueberlassung einiger Posten an gemäßigten Republikaner wurde diesmal für überflüssig gehalten. Die 15 Sozialisten beteiligten sich nicht an der Wahl. In einer durch Genossen Varenne verlesenen Protesterklärung weisen sie darauf hin, daß das arbeitende und republikanische Paris dank dem geltenden Wahlrecht nicht gerecht im Gemeinderat vertreten ist, und daß sie es ablehnen, diese Ungerechtigkeiten durch Teilnahme an der Bureauwahl gutzuheißen. Zugleich wandten sie sich damit gegen die republikanische Mehrheitspartei, die Radikalen: „die Männer der Vergangenheit, die seit vielen Jahren die Macht innehaben, ohne die unabweisbaren Reformen verwirklicht zu haben“. Deren Kandidat Lampué, für den 21 Radikale und unabhängige Sozialisten stimmten, hatte in der Eröffnungssprache, die er als Alterspräsident hielt, in albern-geschäftiger Weise die Organisation der Gemeindefürsorge angegriffen und sich gegen jede Ausdehnung des Gemeindefürsorge ausgesprochen.

Wie sehr die heutige Gemeindevertretung mit dem wirklichen Willen der Pariser Wähler im Widerspruch steht, zeigt Genosse Cahin in der „Humanité“. Am 5. Mai haben 378 000 Wähler abgestimmt. Davon stimmten für die Konservativen 136, Sozialisten 116, Radikale 106, unabhängige Sozialisten 21 Tausend. Danach müßten sie Vertreter zählen: Konservative 20 (statt 30), Sozialisten 25 (statt 15), Radikale 22, unabhängige Sozialisten 4. Wie die Bureauwahl zeigt, zählen einige Gemeinderäte noch als Radikale, während sie tatsächlich den Konservativen zuzuzählen sind. Die ungleiche Verteilung der Mandate beruht auf der Ungleichheit der Wahlbezirke, die ein Zerrbild des gleichen Wahlrechts geschaffen hat. Die zwölf kleinste Bezirke, fast sämtlich reaktionär vertrieben, zählen 135 340 Einwohner. Sie haben ebensowiel Vertreter wie die zwölf größten mit 830 300 Einwohnern, von denen zehn durch Sozialisten vertreten sind. Der größte Bezirk, Clichy-la-Fleur, zählt 112 600 Einwohner, fast neun-

zehnmal soviel wie der kleinste, Gailfont, mit 6100. Hier merkt man freilich nichts von dem Eifer für die Gerechtigkeit des Proportionalwahlsystems, den die Konservativen in der Frage des Wahlrechts zur Kanone bekunden.

## China.

### Die Ministerkrise.

Peking, 19. Juni. (Werbung des Reuterschen Bureaus.) Es wird berichtet, daß Tangschaochi sich zur Abreise nach Hongkong rüstet. Der Unterrichtsminister Tsaiuenpai, ein Anhänger Tangschaochis, ist gestern nach Tientsin abgereist. Man nimmt an, daß er nicht mehr hierher zurückkehren werde. Weitere Austritte aus dem Kabinett werden nicht erwartet. Sämtliche übrigen Kabinettsminister haben in einer Sitzung beschlossen, Quanschi zu unterstützen. Man erörtert eifrig die Frage, wer der nächste Premierminister sein wird. Eine wachsende Gruppe begünstigt die Ernennung Wutinglans, denn man glaubt, daß er das starke Band zwischen dem Norden und dem Süden bilden würde. Dagegen drängt die Nationalversammlung auf Abschaffung des Amtes des Premierministers, das eine ständige Quelle von Reibungen gewesen sei und die Nachbefeugnisse des Präsidenten beschränke.

### Soldatenmeuterei in Rußland.

Peking, 20. Juni. Eine gemischte Brigade in Münden meuterte gestern abend. Regelloses Gewehrfeuer dauerte die ganze Nacht an. Mehrere Banken und Juweliergeschäfte wurden geplündert und verbrannt. Hunderte von Häusern wurden zerstört. Leben und Eigentum der Fremden wurde gewissenhaft respektiert. Frauen und Kinder flüchteten in das englische Konsulat. Heute ist die Stadt ruhig, aber die Räden sind geschlossen. Starke chinesische Borden sind an den Stadttore aufgestellt.

## Marokko.

### Kämpfe in der Umgebung von Fez.

Fez, 20. Juni. Das Bataillon Gerald verließ vorgestern das Lager des Generals Gouraud, zerstörte den Feind und erbeutete eine Fahne. Gestern wurde Geschützfeuer in Richtung des Lagers Gouraud gehört. Man glaubt an ein neues Treffen, da bedeutende Truppenansammlungen gemeldet sind.

### Der Gegenstand von Agadir.

Paris, 19. Juni. Nach einer Wäntermelung aus Mogador ist der Prätendent des Südsgebietes Sriba zum Sultan von Agadir ausgerufen worden.

## Afrika.

### Einführung der Miliz in Britisch-Südafrika.

Wie das „Militär-Wochenblatt“ nach der „Army and Navy Gazette“ Nr. 2782 mitteilt, hat das Abgeordnetenhaus in Kapstadt (House of Assembly) das neue Wehrgesetz in dritter Lesung angenommen und dem Senat zur weiteren Beratung überwiesen. Es bestimmt, daß eine ständige Wehrmacht von 2500 bewaffneten Schützen nebst fünf Feldbatterien unterhalten werden soll, von denen 2000 Mann zu Polizeiwaffen Verwendung finden, während der Rest militärisch ausgebildet wird. Ferner wird eine Reserve gebildet, die die auf verschiedene Bezirke verteilten Schützen abläßt, wenn die Zusammenziehung der gesamten Streitkräfte nötig wird, sei es zu weiterer militärischer Übung oder zu sonstigen Zwecken.

Im Kriegsfall wird die männliche Bevölkerung von ganz Britisch-Südafrika (d. h. der früheren Staaten Natal, Transvaal und Orange-Freistaat) auf Grund eines Milizsystems aufgeboten. Die heranwachsende Jugend wird in Kadettenorganisationen ausgebildet; 50 vom Hundert dieser Kadetten müssen während vier auf einander folgenden Jahren an Übungen teilnehmen. Der Rest muß Schützengewehre betreten, die gewisse Schießbedingungen mit staatlicher Munition erfüllen müssen. Bis zum vollendeten 45. Lebensjahre verbleiben alle Dienstpflichtigen in der Reserve und können im Notfall noch bis zum 60. Lebensjahre zur Verteidigung des Landes aufgeboten werden.

Zunächst wird nach Annahme des Gesetzes zur Errichtung eines Oberkommandos und der erforderlichen Stäbe geschritten, zu welchem Zweck im Juli dieses Jahres in Bloemfontein ein sechsmonatlicher Lehrgang für südafrikanische Stabsoffiziere beginnt, zu dem auch eine Anzahl früherer Wurenoffiziere, die sich im letzten Kriege auszeichneten, herangezogen werden. Auch die Errichtung einer Fliegerchule ist in Aussicht genommen.

## Amerika.

### Taft und Roosevelts Vorwettbewerb um die republikanische Kandidatur.

Chicago, 19. Juni. Die Führer der Anhänger Roosevelts und der Anhänger Tafts haben drei Stunden lang über den Antrag des Gouverneurs Dabney beraten, der 22 der angeforderten Taftdelegaten aus der Liste streichen und sie durch Anhänger Roosevelts ersetzen will. Als Watson, der Führer der Anhängerschaft Tafts, die Debatte schloß, wurde Dabney eine ehrenbedrückende Ovation dargebracht. Die Rooseveltanhänger zogen umher und schrien sich vor Begeisterung fast heiser. Als eine Dame dann von der Galerie herab ein Bild Roosevelts schenkte, wuchs der Tumult ins Unbegreifliche. Die Dame wurde von einigen Delegaten in den Saal geholt und auf den Schultern zur Rednertribüne getragen. Aus dem Hörsaal ertönten abwechselnd die Rufe: Wir wollen Roosevelt, wir wollen Dabney!

Der Vorn hielt dreiviertel Stunden lang an, und die Sitzung mußte während dieser Zeit unterbrochen werden. Sobald Dabney sich wieder Gehör verschaffen konnte, beantragte er, daß seine Resolution der Kommission zur Prüfung der Delegationsaufschreibung der Delegaten überwiesen werden solle. Gouverneur Deneene von Illinois brachte einen Zusatzantrag ein, daß kein Delegat, dessen Mandat befristet sei, sich an der Abstimmung beteiligen dürfe. Hierauf beantragte Watson, das Amendement Deneenes unberücksichtigt zu lassen. Der Antrag Watsons wurde mit 504 gegen 510 Stimmen angenommen. Die Annahme bedeutet einen Triumph für Taft. Die Abstimmung zeigt, daß Taft seit der gestrigen Abstimmung 6 Stimmen gewonnen hat. — Die Angelegenheit der angeforderten Mandate wurde sodann unter Beifallsandgebungen der Anhänger Tafts dem Prüfungsausschuss überwiefen, und die Sitzung wurde verlag.

Chicago, 20. Juni. Die Wahlsprüfungskommission des republikanischen Nationalkonvents hat gestern einen Anhänger Tafts gegen einen Anhänger Roosevelts mit 30 gegen 18 Stimmen zu ihrem Präsidenten erwählt. Im Laufe des Abends verließen die Anhänger Roosevelts unter Protest die Kommission, da die Freiheit des Wortes unterdrückt werde. Sie kehrten zwar später zurück, verließen jedoch bald darauf die Beratungen wieder, da sie auf ihr Ergehen, die Wahlen aller angeforderten Delegierten nachzuprüfen, keine befriedigende Zusicherung erhalten konnten.

## Aus der Partei.

### Die Vorbereitung zum italienischen Parteitag.

Rom, 18. Juni. (Fig. Ver.) Der Kongress der Sozialisten des Piemont, der unter dem Vorsitz der Genossen Trebes, Verda und Pistoja am 18. d. M. in Turin stattgefunden hat, hat mit

einem Siege der revolutionären Tagesordnung geendet. Die Tagesordnung Verda erhielt 1228, die linksreformistische Tagesordnung Rodigliani 818 Stimmen bei 208 Stimmenthaltungen.

Auch der gleichzeitig in Forlì tagende Kongress der Sozialisten der Romagna ergab eine große Mehrheit für die revolutionäre Tagesordnung mit der Variante, daß die zur Annahme gelangte Tagesordnung Francesco Ciccottis die Ausschließung der Freimaurer aus der Partei fordert. Da in der italienischen Partei sehr viele Freimaurer sind und auch einige in erster Linie kämpfende revolutionäre Genossen schon seit der Zeit, als noch keine sozialistische Partei bestand, dem Freimaurerorden angehören, kann diese Forderung möglicherweise zu einer Spaltung im revolutionären Lager führen.

Schließlich nahm auch der provinzielle Parteitag von Cremona eine revolutionäre Tagesordnung an. Wie weit diese vorbereitenden Bestimmungen auf einen Sieg der revolutionären Fraktion zu schließen berechtigen, das wird in der Folge in einem Artikel darzulegen sein. Gerade die Sozialisten der Romagna scheinen nicht über Lust zu haben, ein Bündnis der Linksreformisten und der Revolutionären herbeizuführen.

## Jugendbewegung.

### Auf dem Kriegspfade gegen die Arbeiterjugend.

Im Februar d. J. unternahm die Arbeiterjugend Lichtenberg-Kummelsburg bei Berlin einen Ausflug nach den Gohener Bergen, wobei einige Volkslieder gesungen wurden. Als die Teilnehmer, zirka 60 an der Zahl, in hohen Fagen durch Hopenick zogen, wurden sie von einem Polizisten angehalten. Dieser bemähte sich, den Leiter des Zuges festzustellen. Als ihm aber niemand den Leiter bezeichnen konnte, glaubte er in dem jugendlichen Kothler den Leiter des Zuges nicht angemeldetem Aufzuges sehen zu müssen, weil dieser die Vernehmung machte, die Jugendlichen sollten nicht stehen bleiben und weiter gehen. Kothler mit dem Zugen Allem wurden zur Polizeiwache fihrt. Obwohl noch 5—6 Minuten an 9<sup>1/2</sup> Uhr fehlten, die Glocken aber schon läuteten, wurde hier ein Vergehen gegen die „Sonntagsheiligung“ festgestellt.

Bei den Voruntersuchungen in Lichtenberg, auf dem Polizeipräsidium und vor dem Untersuchungsrichter gab man sich die größte Mühe, den Leiter des Zuges ausfindig zu machen, weil Kothler befristet, der Leiter zu sein. Auch das Vorhandensein eines Vereins konnte nicht festgestellt werden.

Das Schöffengericht Hopenick hatte sich am Mittwoch mit der Angelegenheit zu befassen. Auch hier konnte kein Leiter ermittelt werden. Der Amtsanwalt beantragte eine Strafe von 10 M. oder zwei Tagen Haft. In der Urteilsbegründung wurde zum Ausdruck gebracht, daß nicht erwiesen werden könnte, wer der Leiter des Zuges sei. Strafbar macht sich aber derjenige, der sich in einem derartigen Zuge befindet. Ebenso wurde als erwiesen angesehen, daß der Hauptgottesdienst begonnen hatte, weil die Glocken der katholischen Kirche schon läuteten.

Der Angeklagte Kothler wurde infolgedessen zu 2 M. Geldstrafe oder zu einem Tag Haft und zur Tragung der Kosten verurteilt. Der Richter bemerkte in seiner Begründung, daß es bei derartigen Fällen immer so sei, die Sozialdemokratie habe zwar ihre Führer, aber sie seien in solchen Fällen niemals zu finden.

Ob man auch gegen Mitglieder des Pfadfinderbundes und andere „nationale“ Jugendorganisationen um einer ähnlichen Richtigkeit willen das schwere Geschw. von Polizei und Justiz aufgeföhren hätte? Der Arbeiterjugendbewegung können solche Nadelstiche natürlich keinen Wbruch tun. Im Gegenteil!

## Soziales.

### Beseitigung der Konkurrenzklause!

Der Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts beschäftigte sich am Mittwoch mit folgendem Antrage, welcher von Gehilfenbeisitzern (Verein für Handlungskommiss von 1888 in Hamburg und Kaufmännischer Hilfsverein, Verein Berlin) gestellt war: Die bestehenden §§ 74 und 75 des Handelsgesetzbuchs kommen in Wegfall. An deren Stelle ist ein § 74 mit folgendem Wortlaut zu setzen: „Jede Konkurrenzklause, ob sie schriftlich oder mündlich in irgendwelcher Form und Absprache vereinbart wird, ist nichtig.“ Falls dieser Antrag vom Ausschuss des Kaufmannsgerichts nicht angenommen werden sollte, hatten die Antragsteller folgenden Eventualantrag eingebracht, der die Forderungen des Hansabundes zur Frage der Konkurrenzklause präzisiert:

1. Die bisherige Vorschrift des § 74 des Handelsgesetzbuchs: „Eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und Handlungsgehilfen, durch welche dieser für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, ist für den Handlungsgehilfen nur insoweit verbindlich, als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung des Fortkommens des Handlungsgehilfen ausgeschlossen wird.“ soll dahin ergänzt werden, daß nach den Worten „nur insoweit verbindlich“ hinzuzufügen ist: „als berechnete Interessen des Geschäftes geschätzt werden sollen und“.

2. Es ist erforderlich, festzusetzen, daß die Konkurrenzklause nur noch für solche Handlungsgehilfen zulässig sein soll, welche ein Gehalt von mehr als 3000 M. beziehen.

3. Die Vereinbarung einer Konkurrenzklause soll nur dann rechtswirksam sein, wenn dem Handlungsgehilfen für die über die Vertragsdauer hinausgehende Beschränkung seiner kaufmännischen Tätigkeit eine Entschädigung gewährt wird.

Diese vom Hansabund befürworteten sogenannten Verbesserungen der Konkurrenzklause wurden von dem größten Teil der Gehilfenbeisitzer auf das schärfste bekämpft, weil den Handlungsgehilfen nur mit einer völligen Beseitigung der Konkurrenzklause gedient werden kann. Als der Minister des Innern im Juni 1910 ein Gutachten auch von den Ausschüssen der Kaufmannsgerichte verlangte, stellte sich der Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts in seinen Sitzungen im Oktober und November 1910 prinzipiell auf den Standpunkt, daß die Konkurrenzklause in jeder Form zu beseitigen sei. Seit jener Zeit hätten sich die Verhältnisse wesentlich nicht verändert, so daß auch heute nur der erste Antrag auf völlige Beseitigung der Konkurrenzklause in Frage kommen kann. Von seiten der bürgerlichen Kaufleutebeisitzer waren nur 4 Herren erschienen. Diese erklärten, daß sie über die Zugeständnisse, welche sie im Jahr 1910 bei Beratung der Vorschläge des Ministers des Innern gemacht hätten, auch heute nicht hinausgehen könnten. — Sie befürworteten das Weiterbestehen der Konkurrenzklause, weil diese für das Handelsgewerbe unentbehrlich sei und der Handel bei Abschaffung derselben großen Schäden erleiden würde.

Der Hauptantragsteller, der Vertreter des Vereins für Handlungskommiss von 1888, fehlte in dieser Sitzung, ebenso die Vertreter der Kaufleute und des Leipziger Verbandes.

Bei der Abstimmung mußten trotzdem noch 2 Gehilfen auscheiden, da auf der Seite der Kaufleute nur 5 Beisitzer anwesend waren. Für den Antrag auf völlige Beseitigung der Konkurrenzklause stimmten der sozialdemokratische Kaufmann und die 5 Gehilfenbeisitzer, dagegen die 4 bürgerlichen Kaufleute. Der Antrag wurde also mit 6 gegen 4 Stimmen angenommen.

Aum Schluß der Sitzung wurde zur Sprache gebracht, daß der Ausschuss im Oktober 1910 durch eine Kommission verschiedene Beschwerden über die unzulässigen Räume des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts beim Oberbürgermeister Kirchner angebracht habe. Hierauf erfolgte seitens des Registrars erst eine Antwort im Mai dieses Jahres dahingehend, daß für Gewerbe- und Kaufmannsgericht zurzeit andere Räume nicht zur Verfügung stehen. Der Ausschuss erwartete von dem neugewählten Oberbürgermeister Vermuth mehr Entgegenkommen seiner Wünsche und will sich die feinerzeit gewählte Kommission an Herrn Vermuth zwecks Abhilfe der zurzeit bestehenden Mißstände wenden.



# Gewerkschaftliches.

## Die christlichen Gewerkschaften beim Wettstreit!

Kürzlich hatte die christlich-nationale Arbeiterkraft der Minden-Ravensberger Lande auf der Porta-Westfalica eine Kundgebung veranstaltet, bei der neben einer Reihe antimilitärischer Reden auch der christliche Generalsekretär Stegerwald als Redner auftrat. Von zwei Tribünen wurde auf 25 000 Menschen angesprochen, ein Zeichen, daß man bei christlich-nationalen Veranstaltungen das Zählen verlernen kann. Mit den christlichen Gewerkschaftsphrasen hielten die Redner zurück, dafür wurde mehr die nationale Trommel geschlagen. Die „christliche Weltanschauung“ lockt die Arbeiter nicht mehr in zu großer Anzahl hinter dem Ofen weg, und die Agitation der Geistlichen und der Zentrumspreste bringt das auch nicht fertig. Also müssen alle nationalen Parteien, die Behörden und die Regierung für die christliche Gewerkschaftsidee scharf gemacht werden, sonst bleibt die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften auf dem toten Punkt stehen. Besonders eindringlich mahnte Stegerwald, sich der nationalen Eigenschaften der christlichen Streikbrecherorganisationen zu erinnern.

Welchen Nachhall diese Kundgebung hatte und welche weitere Wirkung sie ausüben sollte, darüber gibt die „Westfälisch-Lippische Volkszeitung“ offenherzig Auskunft. Sie schreibt:

„Eins freut uns, daß wenigstens die Regierungen mehr und mehr der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Anerkennung widerfahren lassen. Die Herren Landräte der beiden Kreise Minden und Lübbecke waren des zum Zeichen bei den Kundgebung anwesend. Heute geht zudem durch die Blätter das Telegramm des Herrn Reichsanzlers an Rentier Weber, worin er von der wachsenden Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterorganisation für unsere soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung spricht.“

Das ist hoch erfreulich. Wo aber bleibt die Anerkennung von Seiten der Arbeitgeber? Wie lange will der deutsche Arbeitgeber noch voller Mißtrauen dieser christlichen und nationalen Bewegung gegenüberstehen? Bis es zu spät ist?

Wir meinen, das höchste Auge müßte seit dem Scheitern des Vergarbeitsstreiks infolge der Nichtbeteiligung der „Christlichen“ in diesen Dingen klar sehen, müßte einsehen, welche wahrhaft christliche und nationale Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung innewohnt.“

Also die Behörden erkennen die Betriebsamkeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung schon an. Nun noch die Unternehmer! Wo bleibt die Anerkennung der Arbeitgeber? Seit dem Streikbruch der christlichen Ruhrbergleute sollten die Unternehmer doch endlich lernen, die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppen gegen fordernde Arbeiter zu gebrauchen. Was die gelben Verbände leisten, können die christlichen Gewerkschaften auch. Beweis: Ruhrbergarbeiterstreik! Wir danken dem nationalen Organ für diese Offenherzigkeit.

### Berlin und Umgegend.

#### Lohnbewegung der Bierfahrer in den Brauereien-niederlagen.

Die in den Niederlagen der Brauereien Berlins und Umgegend beschäftigten Bierfahrer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie hatten bereits Mitte April dieses Jahres bei einer Reihe von Brauereien ihre Forderungen eingereicht, erhielten aber dann den Bescheid, daß die Angelegenheit dem Verein der Brauereien überwiesen sei. Dieses Verfahren war merkwürdig insofern, als bei den Verhandlungen über den allgemeinen Tarif für die Arbeiter der Brauereien im Jahre 1910 die Bierfahrer der Niederlagen keine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielen konnten, sondern von den Vertretern des Vereins der Brauereien darauf verwiesen wurden, mit den einzelnen Brauereien über ihre Wünsche zu verhandeln. Die Ansichten haben sich also auf Seiten der Brauereibesitzer geändert, was aber natürlich die Bierfahrer und ihre Organisation, den Transportarbeiterverband nicht abhalten konnte, sich zu Verhandlungen mit dem Verein bereit zu erklären. Jedoch kam bei der Sache nichts heraus. Die Forderungen wurden abgelehnt mit der Begründung, daß das Geschäft schlecht gehe und die Brauereien zurzeit nicht in der Lage seien, den Wünschen Rechnung zu tragen. Die Bierfahrer sollten sich gedulden, bis im Jahre 1914 der Tarif für die übrige Brauereiarbeiterschaft abläuft, und würden dann bei einem neuen Tarifabschluß berücksichtigt werden. Es fand nun gestern abend im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Bierfahrer der Brauereien-Niederlagen statt, in der Kliss über die Angelegenheit berichtete. Die Versammlung beauftragte dann die Organisationsleitung, nochmals mit den Vertretern der Arbeitgeber Rücksprache zu nehmen. Im übrigen aber zeigte es sich deutlich, daß die Bierfahrer nicht die Absicht haben, ihre Forderungen etwa fallen zu lassen oder bis 1914 hinter den Ofen zu stecken. Es sind vorläufig die Brauereien Königsplatz, Bagenhofer, Oswald Berliner, Böghow und Wöhmißes Brauhaus, denen die Forderungen eingereicht sind.

Ein Streik bei der Berliner Paktfahrtgesellschaft. Bei der Berliner Paktfahrtgesellschaft in der Ritterstraße traten die Arbeiter und ihre Begleiter gestern morgen plötzlich in den Streik. Die Ursache dieses Vorgehens ist hauptsächlich darin zu suchen, daß die Gesellschaft ihren Angestellten das Koalitionsrecht vorenthält. Jedem Aufsicht und Begleiter wird bei der Anstellung die Verpflichtung auferlegt, nicht Mitglied des Transportarbeiterverbandes zu sein, solange seine Tätigkeit bei der Gesellschaft dauert, und der Revers, den er unterschreiben muß, enthält überdies die Bestimmung, daß eine Kautions von 50 M. zu hinterlegen ist, die der Gesellschaft zufallen als Strafe für Kontraktbruch, falls der Angestellte einmal in Streik treten sollte. Aber dieser geschwundene Revers konnte die Arbeiter wie auch die übrigen Transportarbeiter der Gesellschaft nicht abhalten, sich doch in immer größerer Zahl ihrem Verbands anzuschließen. Als die Direktion das erfuhr, stellte sie an fünf der Transportarbeiter, die von ihren Kollegen als Vertrauensmänner gewählt waren, unter Drohung mit Entlassung das Ansinnen, aus dem Verbands auszutreten, und entließ sie auch, als sie sich weigerten, das ihnen ja doch gesetzlich zustehende Koalitionsrecht preiszugeben. Da trat die übrige Arbeiterkraft des Betriebes für sie ein, suchte zunächst auf gutlichem Wege ihre Weiterbeschäftigung zu erwirken, und als das nicht gelang, kam es zur Arbeitsniederlegung, die einmütig durchgeführt wurde. Die Leitung des Transportarbeiterverbandes war überrascht von diesem Schritt und erhielt erst um 10 Uhr Kenntnis davon. Inzwischen hatte die Direktion dafür gesorgt, daß der Betrieb durch ein Wachenaufgebot von Schutzleuten unter Führung eines Leutnants und Wachmeisters „bewacht“ wurde. Das verurteilte, wie leicht begreiflich, große Erregung unter der Bevölkerung der ganzen Gegend. Die Organisationsleitung bot, nachdem sie von dem Streik Kenntnis erhalten hatte, der Direktion sofort ihre Vermittlung an, und es fand dann auch bald darauf eine Aussprache zwischen der Direktion und den Verbandsvertretern sowie Vertretern aus den Reihen der Streikenden statt. Auf Vorschlag der Direktion einigte man sich dann zunächst dahin, daß mit einer Kommission von zehn Mann aus den Reihen der Streikenden über deren Wünsche verhandelt werden sollte; ferner, daß die 5 Entlassenen solange zur Disposition stehen sollten, bis die Verhandlungen erledigt waren, und daß unter diesen Bedingungen die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden sollte. Die Streikenden erklärten sich mit diesem

Vorschlägen vorläufig einverstanden wählten eine Kommission von 11 Mann, und die Arbeit wurde dann kurz nach 2 Uhr nachmittags in vollem Umfang wieder aufgenommen. Die Wünsche, die an die Direktion gestellt werden, sind: 1. daß der Anstellungsbrevier zurückgezogen wird; 2. daß die Jugendkategorie zum Verband keinen Entlassungsgrund bilden darf; 3. Weiterbeschäftigung der 5 Entlassenen; 4. Umwandlung des Monatslohnes in Wochenlohn; 5. einige Aufbesserung der Anfangslöhne. — Es bleibt abzuwarten, ob die Direktion den Wünschen Rechnung trägt. Das würde jedenfalls auch im eigenen Interesse der Gesellschaft liegen, die bekanntlich auch mit der organisierten Arbeiterkraft in Geschäftsverbindung steht und verständigerweise darauf Rücksicht nehmen müßte.

Achtung! Wäsche, Neglige, Blusen, Kravatten- und Korsett-zuschneider Berlins. In der Maßregelungs- und Kündigungsangelegenheit der Maschinenzuschneider bei der Firma Illstein u. Co., „Berliner Morgenpost“, tritt am Montag nachmittags 5 Uhr in den Räumen des Gewerbegerichts das Schiedsgericht zur Entscheidung zusammen. Die Differenzen haben sich in letzter Stunde noch verschärft. Der Vertrauensmann der Zuschneider und gleichzeitiger Obmann der Schnittmusterabteilung hat am Dienstag dieser Woche die Betriebsleitung, vor Arbeitsbeginn eine Stunde früher gehen zu können und gab hierfür die richtigen Gründe, daß er eine aufgetragene Funktion seiner Organisation ausführen wolle, an. Der nachgeforderte Urlaub wurde nicht genehmigt, worauf der Zuschneider aber doch eine Stunde vor Arbeitsbeginn fortging. Am anderen Morgen erhielt der Betreffende mit der ersten Post folgendes Schreiben der Firma Illstein u. Co. zugedacht:

„Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß Sie infolge Ihres heutigen Verhaltens von uns mit dem heutigen Tage entlassen sind. Ihr Lohn und Papiere folgen anbei. Ihr Arbeitszeugnis steht Ihnen in unserem Lohnbüro zur Verfügung. Das Betreten der übrigen Arbeitsräume ist Ihnen hiermit untersagt.“

Dies Schreiben ist unterzeichnet von Herrn Dreier, demselben Mann, welcher sich wiederholt abfällig äußerte, wenn Arbeiter oder Arbeiterinnen beim Urlaubsnachsuchen nicht die wahren Gründe angeben haben. Hier erfolgt nun die Entlassung wegen einer veräußerten Arbeitsstunde und Hebertreten eines selbst erlassenen Verbots. Schön ist das von der Firma nicht gehandelt, noch dazu, wenn man nach außen hin, um den Leserkreis nicht zu verlieren, besonders arbeiterfreundlich tut.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Berlin III, Neue Königstr. 6.

#### Tarifbrüche in der Mappen- und Galanteriewaren-industrie.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Album-, Mappen- und Galanteriewarenindustrie hatten sich am Mittwoch bei Graumann in der Raubnstraße versammelt, um über die Frage zu beraten, wie man der fortgesetzten Mißachtung der tariflichen Bestimmungen entgegenzutreten kann. Der Referent Würzberger führte aus, daß ja Streikaktionen über die Auslegung eines Tarifvertrages, namentlich in der ersten Zeit nach einem Vertragsabschluss, nicht zu vermeiden seien und daß man dabei auch nicht viel Aufhebens mache, sondern sie einfach den Tarifinstanzen zur Entscheidung überlasse. Aber hier handele es sich nicht um solche Meinungsverschiedenheiten, sondern die Arbeiter und das Verhalten der Fabrikanten ließen vielmehr Zweifel darüber aufkommen, ob es der Unternehmersonorganisation überhaupt ernst sei, den Tarifvertrag, der am 1. Juli vorigen Jahres abgeschlossen wurde, gewissenhaft durchzuführen. — Zunächst handelt es sich um die Bezahlung der Zeit, die an den Vorabenden der in die Woche fallenden Feiertage länger als sonst gearbeitet wird. Daß diese Zeit zu bezahlen ist, war bei der Eile, mit der der Tarifvertrag seinerzeit durchberaten wurde, nicht so klar ausgedrückt worden, wie es notwendig gewesen wäre. Aber es ist dann durch einen Schiedspruch des Einigungsamtes, also der höchsten Instanz, festgelegt worden, daß die ausfallenden Arbeitsstunden zu bezahlen sind. Hätten die Fabrikanten sich dem gefügt, so wäre die Sache damit erledigt gewesen. Aber nur ein Teil von ihnen tat das; einige Fabrikanten, und sogar solche, die bei der Aufstellung und dem Abschluß des Tarifvertrages mitgewirkt haben, weigern sich immer noch, die Zeit zu bezahlen. Solchem Verhalten gegenüber, erklärte der Redner, bleibe vorläufig nichts anderes übrig, als durch Klagen beim Gewerbegericht den zu wenig erhaltenen Lohn einzufordern. Es sollten darum alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die hier in Betracht kommen, der Organisationsleitung Vollmacht zur Einreichung der Klage erteilen. Ferner handelte es sich um die Frage, wie weit der Passus des Tarifvertrages Geltung haben soll, der von der Ausführung der Heimarbeit handelt. Diese Frage hat schon monatelang das Schiedsgericht und auch das Einigungsamt beschäftigt. Die Arbeiter waren in diesem Punkt den Wünschen der Fabrikanten entgegengekommen. Aber dann kamen die Fabrikanten mit dem weitergehenden Verlangen. Nach langem Hin und Her und nachdem das Schiedsgericht einen Spruch gefällt, dieser aber vom Einigungsamt wieder aufgehoben war, kam es endlich am 22. Mai zu einer friedlichen Vereinbarung zwischen den Vertretern der Parteien, die einstimmig anerkannt und unterschrieben wurde und folgendes festlegte:

Alle Mappen fallen unter dem roten (besseren) Tarif. Alle weichen Ledermappen, die keine feste Rappdeckeleinlage haben, ob aufgezogen oder nicht, sind für die Heimarbeit freigegeben.

Nun geschah aber das Werkwüdrige, daß dieser einstimmig von den Fabrikantenvertretern gefasste Beschluß von der Mitgliederversammlung der Fabrikanten abgelehnt wurde, und das, wie sie mitteilten, einstimmig. Die Fabrikantenversammlung hatte gleichzeitig beschlossen, die Arbeiter zu neuen Verhandlungen einzuladen, die auf Grundlage eines von einer Fabrikantenkommission am 1. Dezember gefassten Beschlusses geführt werden sollten, welcher besagt, daß eine Trennung der Mappen nach dem roten und dem grauen Tarif stattfinden soll. Die Arbeiter haben jedoch den Vorschlag zu solchen abermaligen Verhandlungen abgelehnt. Die Arbeiter müßten darauf beharren, daß alle Mappen unter dem roten Tarif fallen. Durch einen Spruch des Einigungsamtes werde sich die Sache nach den Erfahrungen, die man bisher gemacht, auch nicht mehr erledigen lassen, und wenn die Fabrikanten nicht in allernächster Zeit einlenkten, werde man, wo es nötig sei, zur Arbeitsniederlegung greifen. Auf jeden Fall müsse alles aufgehoben werden, um den Tarif in seinem vollen Umfang zur Geltung zu bringen. — Der weitere Verlauf der Versammlung wurde durchaus einmütig und es wurde die Tarifbrüche unter keinen Umständen länger geschehen lassen will.

Die Versammlung bestätigte ausdrücklich die Auffassung der Kommission, daß alle Mappen unter dem roten Tarif fallen und beauftragte dieselbe, alle Maßnahmen zu treffen, auch vor einem entscheidenden Schritt nicht zurückzusprechen, um endgültig Klarheit in der Mappenfrage zu schaffen. Ferner protestierte die Versammlung gegen die Nichtbeachtung eines Spruches der höchsten Tarifinstanz (dem Einigungsamt) seitens der Unternehmer, die sich weigern, die an den Vorabenden der in die Woche fallenden Feiertage ausfallende Arbeitsstunden nachzuzahlen.

### Deutsches Reich.

#### Lohnbewegungen der Bauarbeiter in der Provinz Brandenburg.

Vor einigen Tagen entließen zwei Unternehmer in Drossen die Maurer, worauf die übrigen die Arbeit einstellten. Die Ursache ist eine Lohnforderung. Die Maurer verlangen eine Aufbesserung des jetzigen Lohnes, der zurzeit 35 bis 38 Pf. beträgt, auf 42 Pf. Bisher herrschten in dem gut bürgerlichen Städtchen auch im Baugewerbe recht idyllische Verhältnisse; die Maurer waren fast alle unmorganisiert. Die Lohnforderung scheint nun die Gemüter der Unternehmer arg zu erschüttern. Am 12. Juni richteten sie an den Zweigverein der Maurer folgenden Brief:

„Auf Ihren heutigen eingeschriebenen Brief haben wir Ihnen mitzuteilen, daß wir unterzeichneten Ihre Forderungen

für diese Saison leider vollständig ablehnen müssen, da uns die jetzigen Verhältnisse keine Lohnzulage gestatten.“

Gleichzeitig erwähnen wir noch, daß wir Unterzeichneten uns heute gegenseitig schriftlich verpflichtet haben, daß jeder von uns jeden um Arbeit ansprechenden Maurer zurückweist, wenn derselbe einen von uns wegen Lohnminderungen verläßt.

Als Erklärung zum letzten Satz sei Ihnen noch erklärt, daß wir nach Ihrer heutigen Stellungnahme gezwungen waren, uns gegenseitig zu verpflichten, neue um Arbeit ansprechende Maurer nur dann einzustellen, wenn derselbe eine schriftliche Einwilligung seines letzten Meisters mitbringt. Lassen Sie sich warnen, denn bei einem etwaigen Ausbruch des Streiks würde das jedwede gemüthliche und schöne Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber für immer aufhören.“

Dieses „gemüthliche und schöne Verhältnis“ ist nun gestört. Hoffentlich gelingt es der Organisation, diese Annahmen und Einschüchterungsversuche der Unternehmer für die Zukunft unmöglich zu machen.

Der Streik in Schönfließ dauert fort. Der Unternehmer Albrecht sucht durch Annoncen Maurer, und auch die „Berliner Morgenpost“ beteiligt sich an diesen edlen Bestrebungen. Natürlich begehrt der Herr nur „unorganisierte Maurer“. Bei der in Berlin im Baugewerbe herrschenden Arbeitslosigkeit meldete sich auch eine Anzahl Maurer, die aber nach erfolgter Erkundigung im Bureau des Bauarbeiterverbandes es entschieden ablehnten, den streikenden Kollegen die Solidarität zu erschließen.

Im Sorauer Streik ist ebenfalls noch keine Aenderung eingetreten. Auch hier bemühen sich die Unternehmer, fremde Maurer heranzuziehen. Die Bauarbeiter sollten allerorts dafür sorgen, daß dieses Werben ohne Erfolg bleibt.

Der Streik der Maurer in Prizerbe ist nach viertägiger Dauer mit vollem Erfolg beendet worden. Das Ergebnis besteht in der Abschließung eines Vertrages, der bis zum 31. März 1914 Gültigkeit hat, und einer sofortigen Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde und einer weiteren Lohnerhöhung von 3 Pf. vom 1. April nächsten Jahres ab. Außerdem wurden Zulagen für Sandarbeit von 3 und 5 Pf. für die Stunde und 10 Pf. für Ueberstunden, Nacht- und Sonntags- und Wasserarbeit gewährt. Von allgemeiner Bedeutung ist außerdem, daß die Unternehmer in Zukunft gehalten sind, bei Ausführung von Arbeiten in anderen Lohn- und Vertragsgebieten den dort üblichen Lohn zu zahlen. Bisher machten sie vielfach in Schmutzkonturren, indem sie ihren aus der Heimat mitgebrachten Arbeitern erheblich niedrigere Löhne zahlten.

Zu einem günstigen Abschluß führte auch der Streik in Odeberg (Marl). Es kam hier zum erstmaligen Abschluß eines Vertrages, in dem außer dem Lohn für Maurer — der forsan 50 Pf. pro Stunde beträgt — auch der Lohn für Bauhilfsarbeiter geregelt ist. Sie erhalten 38 Pf. die Stunde. Der Vertrag erreicht am 31. März 1913 sein Ende.

Der Streik bei der Zementfirma Bokerot in Cüstrin ist durch eine Vereinbarung zwischen der Firma und den Arbeitern beendet. Es tritt eine Lohnerhöhung von 2 1/2 Pf. pro Stunde ein. Ein Organisationsvertrag konnte noch nicht durchgesetzt werden.

Der Dachdeckerstreik in Nordhausen wurde am Montag vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt zugunsten der Arbeiter erledigt. Die Arbeit konnte am selben Tage mittags wieder aufgenommen werden.

Achtung, Metallarbeiter! In Leipzig streiken in den Polophonwerken die Plattenpresser. Wir erziehen, Arbeitsangebote nach dorthin abzulehnen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Klempner und Installateure! Die Klempner und Installateure in Landshut i. B. stehen in einer Lohnbewegung. Bisher war keine Verständigung mit den Meistern möglich, es wird voraussichtlich zur Arbeitsniederlegung kommen. Zugut ist deshalb streng fernzuhalten.

## Letzte Nachrichten.

### Neuwahl in Hagenow-Grevesmühlen.

Hagenow, 20. Juni. (W. T. B.) Bei der heutigen Reichstagsneuwahl im ersten mecklenburgischen Wahlkreise Hagenow-Grevesmühlen wurden abgegeben für Pauli (kons.) 6130, für Sibkovich (lib.) 6580 und für Kober (soz.) 4065 Stimmen. Eine kleine Anzahl Ortschaften steht noch aus. Danach ist Stichwahl zwischen Pauli und Sibkovich erforderlich.

Daß wir diesmal aus der Stichwahl ausscheiden würden, haben wir schon am Mittwoch angedeutet. Durch die Anwendung der alten Wählerlisten sowie Abwanderung der Arbeiter sind eine große Anzahl Arbeiter um ihr Wahlrecht gekommen und erklärt sich daraus die Abnahme der für uns abgegebenen Stimmenzahl. In der Hauptwahl am 12. Januar erhielten Stimmen: Sozialdemokrat 6151, Fortschritt 6140, Konservativ 7063. Bei der Stichwahl siegte der Konservative mit 9865 (2802 mehr wie bei der Hauptwahl) über unseren Genossen, dessen Stimmenzahl um 2604 auf 8755 stieg.

### Austritt aus der polnischen Landtagsfraktion.

Breslau, 20. Juni. (R.-C.) Der polnische Landtagsabgeordnete Pjarrer Kapika, der den Wahlkreis Oppeln Stadt und Land vertritt, hat der polnischen Landtagsfraktion ein Schreiben zugestellt, in dem er seinen Austritt aus der Fraktion erklärt. Er begründet diesen Schritt damit, daß die Politik der polnischen Fraktion sich immer mehr von der Richtung des Zentrums entferne. Die Wählerschaft des Kreises Oppeln wird sich in Kürze mit der Frage beschäftigen, ob Kapika weiterhin sein Mandat ausüben soll oder ob ihm die Niederlegung anzurufen sei.

### Italienische Klage über französische Barbarei.

Rom, 20. Juni. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer richtete der Deputierte Cabagnari eine Anfrage an die Regierung über die schlechte Behandlung der aus der Türkei ausgewiesenen Italiener auf dem französischen Dampfer „Espahan“, mit dem die Italiener von Konstantinopel nach Genua reisten. Unterstaatssekretär Fürst Diescaleso entgegnete, es wäre eine Untersuchung eingeleitet; wenn die Klagen berechtigt seien, werde die Regierung Maßnahmen ergreifen. Cabagnari erklärte, die Untersuchung sei unnötig; es sei Tatsache, daß die Italiener auf dem Schiffe hungerten, und daß die Behörden in Genua sofort bei der Ankunft für Nahrung sorgen müßten. Er protestierte gegen die un menschliche Behandlung seiner Landsleute von Seiten derer, die es lieben, sich Brüder der Italiener zu nennen. (Siehe auch unter „Krieg“.)

### Die Kriegsbegeisterung der italienischen Soldaten.

Trient, 20. Juni. (R.-C.) In verschiedenen Orten Südtirols melden sich fast täglich italienische Deserteure, die ihre Truppenkörper in Oberitalien verlassen haben, um nicht nach Tripolis abzurufen zu müssen.

### Generalstreik spanischer Weber.

Lissabon, 20. Juni. (W. T. B.) Die Weber in Cobilhao haben den Generalstreik erklärt.



Die belgischen Wahlen.

Brüssel, im Juni. (Eig. Bericht.)

II.

Wie der Merikale Wahlsieg zustande kam.

Die Flucht der gemäßigten Liberalen und der „Schwankenden“ oder auch verschämten Merikalen Bourgeoisie war also entscheidend für den Sieg der alten Mehrheit. Die doktrinär-liberale „Stoile Velge“ gab das am Tag nach der Wahl ebenso unumwunden zu wie das offiziöse „Journal de Bruxelles“, das glücklich erklärte, daß für die „Merikale“ Regierung viele nicht Merikale Elemente gestimmt haben. Aber ganz erklärt sich der Sieg damit nicht. Sehen wir zu, welche Umstände und Fakten ihn weiter bewirkt haben.

Da muß vor allem bemerkt werden, daß, wenn die Opposition die Wahlpropaganda mit allen Kräften betrieb, die Merikalen mit ihrer Art der Vorbereitungen wahrhaftig nicht träge waren. Der diesmal entfaltete Apparat stellt vielmehr alles in den Schatten, was Merikaler Fanatismus erfonnen, was sich die Skrupellosigkeit und Korruption einer herrschenden und um ihre Existenz kämpfenden Partei je geleistet. Schreckte man die Geschäftsbourgeoisie damit, daß ein Ministerium der Linken mit sozialen Reformen ihrem Profit, ihrem Portemonnaie zu Leibe gehen würde, so ließ man die Einfältigen und Frommen um ihren Glauben zittern. Kinder beteten in den Schulen auf Anordnung des Kardinal-Erzbischofs Mercier, daß Gott sie bewahren möge vor einem Regime von Liberalen und Sozialisten, das gleichbedeutend wäre mit der Zerstörung der Klöster, der konfessionellen Schulen, der Verjagung der Nonnen und Priester. In dem flandrischen Städtchen Jephem gingen in der Wohlgeleit Kinderzüge durch die Straßen mit Kreuzen auf der Brust und hielten Tafeln mit der Aufschrift: „Familienväter, denkt an die Seelen eurer Kinder und stimmt für die Katholiken!“ Ein Kreuzzug der Kinder durch Gebete — das war die offene Lösung des Merus, um die „bedrohte Religion“ zu retten. Priester gingen von Haus zu Haus in den ländlichen värmischen Gemeinden, öffentliche „Wahl“-Gebete wurden abgehalten, Prozessionen veranstaltet und eine Woche vor der Wahl läuteten die Kirchenglocken, während die Bittgebete zum Himmel stiegen. . . . Der entfaltete Fanatismus der Armen im Geiste trug Früchte. Vor mir liegt ein Dossier der abenteurerlichsten, ach! nur zu wahren Geschichtchen, die sich im bäuerlichen Flandern zugetragen. Da ist eine vornehme Dame, die in einem flandrischen Orte die Leute, die in ihren Häusern wohnten, zusammenbesieht und sie in Gegenwart des Pfarrers auf das Krugig schwören läßt, daß sie für die Katholiken stimmen werden! In Limbourg wurde in einem Dorfe am Vortage der Wahl das Gerücht verbreitet, in Brüssel sei die Revolution ausgebrochen. Die antiklerikale Bevölkerung, angestiftet von Sozialisten und Liberalen, erkürmten die Klöster, massakrierten Mönche und Nonnen, und es gäbe bereits Lote. . . . Und das schon am Vortage der Wahl! — In derselben Provinz erschien in einem Dorfe gleichfalls einen Tag vor der Wahl der Bürgermeister, begleitet von zwei Feldweibern, bei den Bauern, die des Liberalismus verdächtig waren und nahmen Messungen an ihrem Grundbesitz vor. Der Gemeindebevollmächtigte erklärte den Leuten dann mit erster Wiener auf ihre Frage, was diese Messungen zu bedeuten hätten, daß im Falle des Sturzes der Merikalen Regierung die Güter unverzüglich geteilt würden, und so treffe man bereits die notwendigen Maßnahmen. . . . Und die des Unterrichts bare oder mit der Merikalen Volksschulwissenschaft belehrte Bevölkerung Flanderns und Limburgs bringt diesen Dingen mehr oder weniger Glauben entgegen. — Neben der Vorbereitung durch die Schule und die Kirche wirkte nicht minder die durch das gedruckte Wort und das Bild. In dem schon zitterten Städtchen Jephem war die Kirche bis zu 20 Meter mit katholischen Plakaten bedeckt; die Priester wurden dort von ihren Hausherrn gezwungen, Merikale Plakate und die Porträts der Regierungslandbiden anzubringen, falls sie nicht die Kündigung wollten. In Limburg wie in Flandern waren die Wahllokale mit diesen Plakaten geschnüdt! Man vergesse nicht, daß dort eben viele Wahllokale in kongregationistischen Schulen ihren Sitz hatten. Welcher

Art diese Plakate waren, davon war hier schon die Rede. Neben wir noch das hübsche Sittenbildchen Merikalen Stumpfsinns, daß mancherorts in der Provinz Limburg am Wahlsonntag die Missionäre erklärten, dies sei nun die letzte Messe, die die Priester heute celebrieren, denn morgen. . . . Und man weinte, warf sich zu Boden, betete. . . . und stimmte natürlich für die Merikalen. Das war so die moralische Vorbereitung der unwissenden bäuerlichen Wählermassen, die das gegenwärtige Wahlsystem wohlweislich mit einem politischen Liebergewicht ausstattet. Aber die Merikalen sind tüchtige Leute. Sie „arbeiten“ nach jedermanns Geschmack, ganz nach dem Rezept des Theaterdirektors im Faust. Und Herr v. Broqueville ist ganz der Mann dafür, ein solches „Agout“ zu bereiten, unberührt durch etwaige Skrupel „wie schlecht ein solches Handwerk sei“.

Herr v. Broqueville hat unter sich 80 000 staatliche Angestellte, die man schlechtlich nicht mit denselben Methoden gewinnen kann, wie die värmischen Pluralwähler wie die Dorfleute, die Kaufmannswelt und Industriellen. Damit kommen wir zu dem wirklich imposanten

Kapitel der offiziellen Korruption.

ausgeführt vom Chef der Regierung Herrn v. Broqueville zu Zwecken einer, in dieser Art wohl noch nicht dagewesenen Wählerbeeinflussung durch finanzielle Mittel. Wir meinen den Goldregen in Form von Gehaltsaufbesserungen, Gratifikationen, Indemnitäten und sonstigen materiellen Gunstbezeugungen irgendwelcher Gestalt, den Herr v. Broqueville auf die Angestellten der staatlichen Ressorts durchschickte am Vorabend der Wahlen niedergehen ließ. Klagen, die 25 Jahre ungehört blieben, obgleich sie bei jeder Budgetrede ans Ohr der Minister tönten, fanden mit einemmal und „ausgerechnet“ am Vorabend der Wahl Gehör. Wie hartnäckig und hartherzig die Merikalen Minister seit ihrer Wirksamkeit gegenüber „ihrem“ Personal waren, mag man daraus ersehen, daß sie sich selbst — und vor noch nicht so langer Zeit — der Forderung eines Mindestlohnes von 3 Fr. pro Tag für die Eisenbahnarbeiter widersetzt hatten! Und was sie sonst für die breite Masse der staatlich Angestellten übrig hatten, läßt sich daraus beurteilen, daß die Herren Minister eine Zeitlang daran dachten, ihren Untergebenen das Stimmrecht zu nehmen. Selbst in der Zeit des allerchristlichen und demokratischen Eisenbahnministers Helleputte waren die Bemühungen der sozialistischen Befürworter des staatlichen Personals vielfach vergeblich.

Da kamen die Wahlen vom 2. Juni. Die Regierung hatte mit ihrem Schulgesetz einen bösen Schlag erlitten. Die erzwungene Demission Schollaerts hatte ihr moralisches Ansehen schwer geschädigt. Die sechs Stimmen Majorität waren sichtlich in Gefahr in der diesmaligen, von den Antiklerikalen gut ausgenützten Situation. Auf jeden Wähler kam es diesmal an. Und Herr v. Broqueville hat 80 000 unter sich, die er — beeinflussen kann. Und so erschien am 29. Mai — am 2. Juni war die Wahl! — das Zirkular der Eisenbahnverwaltung, worin die Gehaltsbesserungen, Ernennungen, Avancementsbedingungen für alle Kategorien und Grade mitgeteilt waren. Die ministerielle Gunst schloß hoch und niedrig ein: Direktoren und Inspektoren, Abteilungs- und Bureauchefs im Verwaltungsdienst, Kontrolleure, Stationschefs, Konduktoren, das technische, das Expeditionspersonal, die Post- und Telegraphenangestellten. Wir lesen aus der vor und liegenden offiziellen Liste einige Brocken auf und finden unter anderem: alle Beamten erhielten oder werden erhalten je nach ihrem Dienstalter eine Indemnität von 500 oder 1000 Fr. Ein Teil der Beamten erhielt die Ernennung am Vortage der Wahl, die anderen wurden verständigt, daß sie in der allernächsten Zeit die Ernennung bzw. Gehaltsbesserung erhalten würden. Ferner wurden Verfügungen der Wartzeit für das Gehaltsmaximum gewährt 12 Verwaltungsdirektoren und 35 Inspektoren usw. Diese erhalten ferner eine Indemnität von je 1000 Fr. Gehaltsbesserungen erhielten oder erhalten weitere 12 Inspektoren, 87 Abteilungs- und Bureauchefs, 221 Hauptbureauchefs und Kontrolleure, 692 Unterchefs usw. Die letzteren Abteilungen erhielten am Vorabend der Wahl den Befehl, daß ihnen eine Indemnität von 500 Fr. gewährt wird. Verklärung der Wartzeit für das Avancement wurde weiter gewährt 836 Stationschefs 1., 2. und 3. Klasse, eine Gehaltsbesserung von 400 Fr.

429 Stationschefs 4. Klasse. In die Gunstbezeugungen sind noch einbezogen das Juggpersonal, 3200 Bahnangestellte und 437 Beamte des technischen Personals, die Angestellten des Post- und Telegraphendienstes, Gerichtsdiener, Rechnungsbeamte, Voten, Werkmeister, Bahnmeister usw. Alle deforierten manuellen Arbeiter erhielten eine Gratifikation von 50 Fr., die Angestellten bis zu einem Gehalt von 3100 Fr. eine Gratifikation von 100 Fr. Manche Angestellte, deren Aufbesserungen noch nicht geregelt waren, erhielten vor der Wahl durch Staatstelegramme die Mitteilung von der bevorstehenden Gehaltsbesserung. — In einer Staatswerkstätte in Namur erfreuten sich von 1100 Angestellten 600 einer Lohnbesserung. — Wieviel längst geforderte, längst fällige und nur zu sehr berechtigte materielle Aufbesserungen diese Liste brachte, haben wir angedeutet. Aber wie will man es nennen, daß nach einem Vierteljahrhundert brutaler Weigerung die Merikale Partei bzw. ihr Chef just den Augenblick der Wahlen auslacht, um auf die staatlich Angestellten das Füllhorn ihrer Gnade auszusütren.

Neben der großen Korruption der Regierung gab es die der Merikalen Partei im allgemeinen. In der Provinz Limburg z. B. wurden in vielen Städten Fünffrankstücke und „sogar“ Zwanzigfrankstücke verteilt, mit dem Versprechen, daß auch noch später was abfiel, wenn die Merikalen triumphierten. Man kaufte die Wähler in den Straßen, in der Kirche, vor dem Wahllokal, und in den Dörfern gab es Gratsidgelage in den Kneipen.

Ein ehemaliger katholischer Deputierter, ein Merikaler Dissident, erzählt in seinem Blatt, daß bei der Wahl in Dinant in der Provinz Namur Geld in der skandalösesten Weise zu Bestechungszwecken verwendet wurde.

Neben dieser Korruption wirkte für den Merikalen Wahlsieg der offene Schwindel bei der Abstimmung selbst, dessen Fakten jetzt die Parteien der Linken sammeln, um ihn in der Kammer atemmäßig zu belegen. Besonders hervorragend waltete der Wahlschwindel in der Provinz Limburg, in den beiden Flandern, im Wahlkreis von Ribelles in Brabant, in den Wahlkreisen von Dinant und Namur. In Dinant zum Beispiel fand man 4000 markierte Bulletin in den Urnen. Im Vorzuge wurden tausend Wähler durch eine uneheliche Anlegung der Listen um ihr Wahlrecht gebracht. Seltsame „Jertümer“ zugunsten der Merikalen ereigneten sich auch bei der Kartellwahl im Wahlkreis Berton in Luxemburg, in Courtrai in Flandern usw. Die Interpellationen in der Kammer werden, wie gesagt, aufzeigen, in welchem Maße der Wahlschwindel zum Merikalen Wahlsieg beigetragen hat. In dem dritten und letzten Artikel werden wir nachweisen, inwiefern des Pluralwahlrecht und die verärflichte Proportionalvertretung den Merikalen zu ihrer Majorität von 16 Stimmen mitverholfen haben.

Der Schapiroprozeß.

Am zweiten Verhandlungstage befand als Zeuge der jetzige Berliner Stadtrat Berndt: Die Anregung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, eine Polizeiaffizientin anzustellen, fand bei mir sofort sympathische Aufnahme. Ich habe auch das Arbeitsprogramm für die Affizientin aufgestellt. (Das zur Vorsehung kommende, sehr ausführliche Programm sieht drei Hauptpunkte für die Tätigkeit der Affizientin vor: polizeiliche Mitwirkung, öffentliche Gemeindefürsorge und öffentliche Krankenpflege.) In strafprozessualen Dingen sollte die Affizientin nicht selbständig vorgehen, sondern immer unter der Verantwortung des zuständigen Beamten arbeiten. Das hatte die Oberstaatsanwaltschaft gewünscht. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte einstimmig das Arbeitsprogramm. Von den vielen Bewerberinnen wurde Frau Schapiro gewählt, die in Freiburg (Schweiz) ein Spital gegründet hatte, das später von der Gemeinde übernommen wurde. Nach mehr als zweiwöchiger informatorischer Beschäftigung bei der Polizei übernahm Frau Schapiro anfangs März 1910 ihre Geschäfte. Der Zeuge hatte mit ihr allwöchentlich eine Konferenz, in der eingehend alle Vorkommnisse besprochen wurden. Nach der ihr von ihm beigegebenen Instruktion hatten sich der Polizeirat und die Affizientin in ständiger Fühlung zu halten. Frau Sch. sollte mit dem größten Eifer vorgehen, sich weniger als Polizei, mehr als Fürsorgedame betragen, die Dinge an sich herantommen lassen, nicht aber sie auffuchen;

Kleines feuilleton.

Joseph Olbrich. Im Lichthof des Kunstgewerbemuseums ist der zeichnerische Nachlaß von Joseph Maria Olbrich ausgestellt. Er soll dauernd der Bibliothek des Museums angehören. Man kann für diese Bereicherung an künstlerischem Vergnügen und ästhetischer Erziehung nur dankbar sein. Alle Kunstfreunde, besonders aber alle Schaffenden, die Architekten, die Raumbildner, die Buchgewerbetler, werden immer wieder diese Entwürfe eines der empfindsamsten Talente unserer Zeit studieren müssen. — Olbrich war ein fabelhafter Zeichner; keiner in dem üblichen Sinne des Fassadenzeichners, vielmehr ein Zeichner aus dem Geiste des alten Handwerkers, aus dem Geiste Dürers, Bischofs und derer, die den gotischen Türmen das plastische Leben, den Sakramentscharakter die glühende Herrlichkeit gaben. Nicht betrachtet, war eben Olbrichs Zeichnung nie politern, nie leblos, aber auch nie phantastisch. Jeder Strich war Produktion und darum blieb alles Schaffen, jede Materialisation anmutig, gläubig und reich an Phantasie. Es ist sehr leicht, nachzuweisen, daß Olbrich vieles unrichtig und gegen alle Arabien gemacht hat; daß er eigentlich niemals ein Architekt gewesen sei, sondern stets nach der Art der Maler mit leichtbeweglichen Stoffen gearbeitet habe. Das alles kann ganz ruhig zugegeben werden; Olbrich hat wirklich oft der Gesehe gespottet und die Notwendigkeit mißachtet, hat oft mehr gezeichnet als gebaut, war oft mehr Musiker als Konstruktur. Aber all diese Fehler und Eigenwilligkeiten wandelten sich unter seinen Händen doch schließlich zu seltenen Blüten, die voll schwerer Duftes waren, die vom Sonnenschein tranken schienen. Er war ein Amateur, dem die Regel wenig galt, der nur einen Gott hatte: den Geschmack, der ihm in den Ketten lag. Alles Hässliche war ihm unerträglich und bereitete ihm körperliches Weh; Wohlklang und Harmonie mußten um ihn sein. Aber wiederum unerträglich war ihm einseitige Vernünftigkeit und harmlose Solidität; er bedurfte der Agente, der Nuancen. Er liebte es, absonderlich zu sein, aber er war es stets mit Grazie. Er ging ungern gewohnte Wege; neue Möglichkeiten zu finden, war sein Sport. In dessen trotz aller Willkür drang er doch zur geschlossenen Wirkung. Der Rhythmus des Tages vergehend, ging sein Streben danach, den Heiterkeiten glücklicher Stunden einen reifen Ausdruck zu gewinnen. Und so, mehr schwebend als arbeitend und weniger der Aufgabe als dem eigenen Genießen dienend, war Olbrich einer der entschiedensten Förderer des jungen deutschen Kunstgewerbes, hat er wesentlich dazu beigetragen, den Sieg zu gewinnen.

Eins freilich bleibt anzumerken: auch an Olbrich bewährte sich der alte Spruch vom guten Zeichen und vom schlechten Architekten. Vergleiche man Olbrichs Zeichnungen mit der Photographie noch dem fertigen Objekt, so sieht man verblüfft vor einer wörtlichen, Atom für Atom durchgeführten Verwirklichung der falligraphisch hingeschriebenen Idee. Und dennoch: das Wirkliche scheint minder

gesund, weniger selbstverständlich, scheint härter, unsinnlicher, lebloser. Lehten Sinnes war Olbrich, wie alle neuen Wiener, ein Flächenkünstler und kein Architekt. H. W.

Der Kampf gegen Kinematographen und Schundliteratur brennt gegenwärtig lichterloh. Zunächst in geschäftlicher Hinsicht, dann auch aus künstlerischen Erwägungen bekämpft Rechtsanwalt Dr. Arthur Wolff namens des „Deutschen Bühnenvereins“, dem ja fast nur lauter Direktoren angehören, den „Kinetopp“. In seiner Denkschrift bedauert er zunächst, daß die Lichtbildbühnen heute geföhrlich besser gestellt seien, als die wirklichen Theater. Deshalb sei die Einführung der Konzessionspflicht, die Präventivzensur u. a. notwendig. Die grundsätzliche Stellung des deutschen Bühnenvereins zum Kinematographen ergibt sich aus den programmatisch geformelten Schlusworten Wolffs: „Nicht ein Kampf gegen irgend eine Kunst ist es, der hier geführt wird. Im Gegenteil! Die „Kinetöpfe“ bilden einen gefährlichen, schwer zu brechenden Widerstand gegen alle künstlerischen Bestrebungen, sie verdrängen das hohe Wort und die edle Gese, nur ein klägliches Surrogat bieten sie. Jede mechanische Verwickelung schließt jede Kunst, wie sie bis heute verstanden worden ist, aus. Die mechanische Darstellung des Kinematographen ist bar jedes höheren Interesses der Kunst. Der Kinematograph und die dramatische Kunst sind geborene Feinde. Anders ist es natürlich da, wo der Kinematograph sich der Wissenschaft dienstbar macht. Auf diesem Felde, als Mittel wissenschaftlicher Volksaufklärung, wird er der sorgsamsten Pflege aller Kreise des Volkes gewiß sein, frei von aller Sensation, frei von aller falschen Kunst, einem großen Zweck untertan. Um deswillen müssen die Kinematographen auf dieses eine Gebiet beschränkt bleiben.“

Ein neues Mittel gegen die Gefahr der Eisberge. Um die Höhe von Eisbergen zu erkennen, werden bei transatlantischen Dampferfahrten die unsichigen Wetter oder zur Nachtzeit in kurzen Zwischenräumen die Meerestemperaturen gemessen, da ein rasches Fallen der Wassertemperatur in den meisten Fällen die Nachbarschaft von Eisbergen ankündigt. Aber diese Temperatursenkungen sind nur in der unmittelbaren Nähe der Eisberge einwandfrei festzustellen. Nun tritt der Professor an der Universität von Leeds, Robert Copland, mit einem neuen Beobachtungssystem hervor, das sich auf die Schwankung der elektrischen Leitungsfähigkeit im Meerwasser stützt. Das Süßwasser ist bekanntlich kein Leiter; das Auftauchen der Eisberge führt dem Meerwasser Süßwasser zu und vermindert damit die Leitungsfähigkeit. Experimente haben gezeigt, daß bereits ein Zufuß von ein Achtzigstel getauten Süßwassers die Leitungsfähigkeit des Meerwassers um 1 Proz. vermindert, bei ein Zehntel Süßwasserzufuß sinkt die Leitungsfähigkeit bereits um 12 Proz. Ein Apparat, der diese Wandlungen registriert, würde also auf sichere und zuverlässigere Feststellungen rechnen lassen, als sie das Thermometer gegeben hat.

Humor und Satire.

Der Reichsländerverband.

Hörst, hört und redt die Hölle, fühlt die hohe Sonne ganz, nach der Edith ward die Elfe Heilige des Reichsverbands. Edith war nur so ein Dirndchen, froh des Reichsverbandsprofis, Elfe hat ein Dichtersünden, und der Ludwig protegiert's. Seinen Einfluß läßt er fließen auf die Kritikerstier, daß sie besser kann genießen, was der Regulus gebat. Aber ach, der Zwischenhändler ging zu unvorzüglich los, und als Reichsländerverbandler steht er nach da und bloß. Les' ich die kleine feine reichsverbändlerische Tat, staun' ich, was für kurze Weine manchmal auch die Kritik hat. Dabaja.

Notizen.

- Der Protest von 89 Schauspielern gegen die Besoldung des Präsidenten der Bühnengenossenschaft Kissen, wurde vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg zurückgewiesen.
— Die Jury der Großen Berliner Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof hat von 3246 eingereichten Bildwerken und Skulpturen 2330 zurückgewiesen, also nur 916 angenommen.
— In der Romischen Oper will Frau Mey-Chapman vom 1. Juli ab wieder zwei Monate hindurch populäre Opern aufführen.
— Lustspieligen. Erste Dramen „gehen“ nicht. Um so forscher verlegen sich die Bühnendichter auf die Fabrikation leichter Ware. Mindestens ein halb Duzend Autoren, darunter Schönthan, Köhler, Brand, Stein, Wagenhof und andere warten schon mit neuen Lustspielen, Schwänken und Possen der Erfolge, die da kommen sollen.
— Otto von Guericke's Ministerium „Die ersten Menschen“ wurde von der Königinen Jenzurbehörde nur bedingungsweise für fünf Aufführungen freigegeben.
— Der vom Verband der Kunstgewerbezeichner geplante „Allgemeine Kunstgewerbezeichnertag“ findet in der Zeit vom 29. Juni bis 2. Juli in München statt. Der Zeichnertag soll die Öffentlichkeit über die Bedeutung der Zeichner für das heutige Kunstgewerbe, über ihre künstlerische Bestimmung sowie über ihre soziale Lage aufklären.
— Die Tänzerin Otero ist unter die Schloßkünstler gegangen. Reußlich debütierte sie als „Carmen“ in der Pariser Romischen Oper mit „glänzendem Erfolg“ — berichtet die Kritik.



feiner sollte sie sich nicht um fogenannte feste Verhältnisse bekümmern. Bei strafrechtlichen Dingen hatte sie nicht selbständig zu handeln, sondern sich erst von der Polizei Auftrag geben zu lassen. Ausdrücklich habe Zeuge ihr eingeschärft, daß es ein Sittlichkeitsgericht, weiter zu gehen, nicht gebe. In sittenpolizeilichen Sachen sollte sie mindestens der Hälfte der Fälle kein Gewicht beilegen, da sie meist aus unläuterer Denunziationen erwachsen. Der Angeklagte habe von ihm gesagt, daß er den Alva und Torquemada spiele, heimlich aber den Juan oder Faust sei. Der Zeuge erklärt, stets für Milde in allen solchen Angelegenheiten eingetreten zu sein. Gerade auf seine Anordnung hin wurde in Mainz mit dem frühesten Brauch gebrochen, sofort Akten in Sittlichkeitsdingen anzulegen. Wenn es einmal vorkam, daß gegen ein bisher anständiges Mädchen durch irgendeine Anzeige Akten entstanden und dann nichts gegen das Mädchen festgestellt wurde, habe er immer angeordnet, daß ein ausdrücklicher Vermerk darüber zu machen war. Im übrigen müsse doch gesagt werden, daß die Mainzer Polizei ein selbständiges Institut sei, bis auf die Erlosung von Polizeiverordnungen, die nach der Stadtordnung der Bürgermeisterei zustehen. Ueber die Tätigkeit der Frau Schapiro hat Zeuge nie eine Klage gehabt; die Dame sei außerordentlich klug und gewandt, die sehr leicht und wirkliche Liebe für ihren Beruf hegt. Sie habe seine volle, uneingeschränkte Anerkennung. Es ist ihr in vielen Fällen gelungen, Mädchen vor sittlicher Verwahrlosung zu retten, insbesondere habe sie es vorzüglich fertiggebracht, auch solche Mädchen mit ihren Familien auszuheben. In ihrer Tätigkeit gehe sie so weit, daß sie in die eigene Tasche greife, um fortzuhelfen. Sie verstand immer, sofort in der praktischen Weise zuzugreifen, was wohl auch ihre Erfolge erklärte.

Da kamen plötzlich die beiden Artikel im „Neuesten Anzeiger“ vom 10. und 21. Oktober mit Angriffen auf die Polizeiaffizientin. Der Zeuge war darüber um so mehr erstaunt, als noch am Tage vorher das Blatt einen Artikel mit viel Anerkennung für die Affizientin brachte. Der Zeuge war der Meinung, daß Justizrat Horch der Verfasser der Angriffe war. Im Zweifel, was er tun sollte, fragte der Zeuge den Obersekretär Schäfer, der ihm von einer Verächtlichkeit abriet; dann ging er zum Oberbürgermeister, der unbedingt für Verächtlichkeit war, während der Zeuge nicht wollte. Er mußte die Verächtlichkeit aufheben. Daß sie nicht unterzeichnet wurde, geschah nach der bis dahin auf der Bürgermeisterei gehandhabten Übung. Die zweite Verächtlichkeit hat er aber unterzeichnet, weil Hirsch an das Nichtunterzeichnen der ersten Verächtlichkeit seine Geflossen geknüpft hatte. Der Zeuge war schon damals für Klageerhebung. Gegenüber der Behauptung des Angeklagten, der Zeuge habe ihm in der Verächtlichkeit Mangel an Mut, Mangel an Anstand vorgevorfen, sei zu konstatieren, daß er (der Zeuge) ja ursprünglich der Meinung war, Justizrat Horch sei der Verfasser, der Wortlaut der Verächtlichkeit habe sich darum auch nur an die Adresse Horch gewandt. Trotzdem kam dann Hirschs Angriff auf den Zeugen als „Gato“.

In der Stadtverordnetenversammlung antwortete der Zeuge ausführlich auf die Vorwürfe gegenüber Frau Schapiro. Es sei dabei zu einem Zusammenstoß zwischen Horch und dem Zeugen gekommen wegen der Neuerung „Jaggründe“. Mit diesem Ausdruck hat der Zeuge nur an Interessenten von Animmierzweigen gedacht. Er habe bei dieser Gelegenheit auch keine „wütenden Ausfälle gegen die Presse“ gemacht wie das Hirsch nachher behauptete. In seinem anderen Blatte wird auch eine solche Behauptung aufgestellt. Am 27. Oktober richtete dann Hirsch ein Schreiben an den Oberbürgermeister, das eine Flut von Beleidigungen enthielt; so in der Bemerkung: „Die Polizeiaffizientin wurde auch hier (in Mainz), wenn sie es nicht verstände, zuweilen ein Auge ihres Sittengesetzes zuzubrüden, Rimode vorfinden, die öffentlich jedem den Jagdpak verweigern, aber selbst heimlich Schnepfen schießen“. Zeuge bestritt im weiteren Verlaufe seiner Aussage noch, daß er irgendwelche Moral gepredigt habe. Er habe auch wiederholt die Polizeiorgane ermahnt, doch nicht von Amts wegen Ehrabschneiderei zu treiben.

In der zweiten Verächtlichkeit hat der Zeuge die gewissenhafteste Prüfung des Materials des H. zugesichert, sogar unter Zuziehung einer Kommission. Trotzdem die Bürgermeisterei gar nicht verpflichtet war, eine Kommission zuzulassen, haben wir das doch zugesandt. In Mainz bestand doch auch die Meinung, daß er eher zu scharf gegen die Beamten vorgeing als zu milde. Er sei bereit gewesen, die Führung der Untersuchung abzutreten, wenn dabei erklärt worden wäre, daß ihm damit kein Mißtrauensvotum erteilt werde. Einmütig wurde er dann mit der Untersuchung betraut. Mit der Bemerkung, eine Untersuchung des Hirschs Materials werde in Nichts zerrinnen, habe er seiner festen Überzeugung Ausdruck gegeben, die ich gewonnen habe aus den allwöchentlichen Besprechungen mit der Affizientin, daß ich ihr absolutes Vertrauen entgegenbringen konnte. Auf den Vorhalt, daß man dem Zeugen doch in der Sache Befangenheit entgegengebracht habe, erwidert der Zeuge: Rückschauend würde er heute den Ausdruck „in Nichts zerrinnen“ nicht gebrauchen, nachdem er weiß, daß man ihm den Vorwurf der Befangenheit macht. Damals habe er jedenfalls nicht annehmen können, daß man ihn darum für befangen hielt. Der Affizientin habe er immer die Weisung gegeben, leidenschaftlos und unbefangenen die Dinge zu betrachten, namentlich bei Denunziationssachen. Das habe er sich zur Aufgabe gemacht. Die Behauptungen Hirschs über die Beamtenuntersuchungen haben sich nach Prüfung als Phantasien und unbegründete Beschuldigungen erwiesen. Im ganzen Deutschen Reich wird mit Dedadressen gearbeitet. Das Verfahren ist nicht schön, aber die Polizei kann diese Mittel nicht entbehren. Die Mitwirkung der Affizientin dabei (Paul Wagner) habe er auch beanstandet. Sie sei indessen entschuldigbar dadurch, daß sie auf Weisung des Polizeikommissars Kindhäuser gehandelt habe und jedenfalls damals noch nicht wissend, daß gegen solche Anfinnen, Justizrat Horch habe seine Beschuldigungen nicht mehr aufrecht erhalten. Auch Hirsch wurde das gesamte Material angeboten; er lehnte aber die Einsichtnahme ab.

Der Zeuge setzt dann auseinander, daß die Ladungen der Mädchen nicht vor die Sittenpolizei lauteten; sie sollten in welchen Umständen überbracht werden; das ist auch in den meisten Fällen geschehen. Es handelt sich nicht um „Vorführungen“, sondern nur um Zwangsbefestigungen, die erfolgen, wenn bei Mädchen die Gefahr der Geschlechtskrankung vorliegt. Solche Zwangsbefestigungen sind nicht Handlungen der Polizei im Auftrage der Staatsanwaltschaft, sondern beruhen auf polizeilichem Grundlag. Die Polizei habe das Recht, Mädchen, die verdächtig sind, Geschlechtskrankheiten zu übertragen, vorzuladen, untersuchen zu lassen und das Weitere zu verfügen.

Ein beiführender Richter: Wenn aus gesundheitspolizeilichen Gründen das Recht hergeleitet wird, Mädchen wegen Verdachts der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten vorzuladen, könnte doch auch aus demselben Grunde gegen Männer eingeschritten werden?

Zeuge Berndt: Mag das theoretisch auch richtig sein, so würde ich mich doch sehr hüten, in Mainz damit den Anfang zu machen; denn dann würden sofort die Zeitungen ein großes Lamento anschlagen. Der Zeuge verbreitet sich des weiteren über die allgemeinen Bestimmungen, die die Angriffe der Presse auf ihn und die Polizeiaffizientin gereizt haben, die Beamtenhaft habe ihn nicht mehr respektiert, in dem Glauben, daß er ja nun doch seine Stellung verlassen müsse. Persönlich wurde er häufig insultiert, mit anonymen Aufschriften drohenden und schmähenden Inhalts überhäuft; seine Arbeitsfähigkeit habe schwer unter diesen Umständen zu leiden gehabt. Auch jetzt noch sei er solchen Beleidigungen ausgesetzt. Als bekannt wurde, daß er in Berlin als Stadtrat zur Wahl stehe, habe man nach dorthin verschiedene Aufschriften, u. a. angeführte Artikel des „Neuesten Anzeigers“ gerichtet, die den Zweck hatten, ihn unmöglich zu machen.

Verteidiger Dr. Bopp: Ist es richtig, daß der Oberbürgermeister sich bemühte, die Strafsache Hirsch zu vergleichen und ist es richtig, daß das an Ihrem Mißverständnis gescheitert ist?

Zeuge Berndt: Das ist ganz richtig. Nachdem Strafantrag gestellt war, und ich durch die Drohung, daß Hirsch über den Fall eine Broschüre veröffentlichen werde, so zu dem Vergleich gepeicht werden sollte, war für mich eine Vergleichsverhandlung unmöglich.

Zeuge Kreisassistentenarzt Dr. Descher bekundet, daß unter der Tätigkeit der Affizientin die Zahl der ausgegriffenen und untersuchten Mädchen sich etwa um 10 Proz. vermehrt hätten im Zeitraum der Tätigkeit der Frau Schapiro. Er hat in dieser Zeit eine auffallende Häufung der Untersuchungen von Mädchen nicht beobachtet können. Daß Mädchen ohne Grund zur ärztlichen Untersuchung herangezogen wurden, könne er nicht behaupten. Von Nebenvergriffen der Affizientin könne nicht die Rede sein.

Zeugin Frau Schapiro verbreitet sich über ihre Tätigkeit in Mainz. Auf der Grundlage der Tätigkeit auf polizeilichem Gebiete baute sie ihre Fürsorgetätigkeit auf. Ein Teil ihrer Fürsorgetätigkeit setzte sich um in die eines Vormundes. In der ersten Zeit hatte sie ungeheuer zu tun. In sittenpolizeilichen Sachen hielt sie sich streng an die Vorschrift des Polizeirats, den sie jedesmal fragte. Vor ihrer Tätigkeit in Mainz war dort das Vorgehen gegen Unzuchtverdächtige und Geschlechtskranke viel strenger. Beanstandungen ihrer Tätigkeit hatte sie nicht. Darum war sie um so mehr erstaunt über die Vorwürfe Horchs; ebenso über die Zeitungsartikel. Durch die Angriffe in der Zeitung sei sie schwer geschädigt worden, nicht nur in ihrer Berufsehre, sondern auch persönlich. Sie sei sich nicht eines Falles bewußt, in welchem sie ohne Wissen ihres Vorgesetzten gegen ein Mädchen vorgegangen ist. Eine Vorladung zu ihr in ihr Bureau werde doch nicht soviel Schaden anrichten für ein junges Mädchen wie eine Ladung zur Gerichtsstelle. Sie habe nach der Weisung des Weigeordneten Berndt stets das fürsorgliche Moment hervorgehört, wie sie an ihren Schützlingen beweisen könne. Was sie als Fürsorgesache betrachtet hat, hat sie selbständig geladen; was es eine sittenpolizeiliche Angelegenheit, so ergriff sie ihre Maßnahmen erst nach Rücksprache mit ihrem Vorgesetzten.

An den Nazien — wenn man das überhaupt so nennen darf, denn bei der Polizei versteht man ganz etwas anderes darunter — habe sie sich wohl in zwei Fällen auf Veranlassung ihres Vorgesetzten zwecks Information beteiligt. Es handelte sich dabei um Ermittlungen Jugendlicher, die sich draußen herumtreiben und die man vor dem Hüll zu bewahren suchte.

Ich habe niemals eine Untersuchung selbständig und direkt veranlaßt; vielmehr solche sogar verhindert, wo ich sah, daß es sich um einen falschen Verdacht handelte. Bei einer der Untersuchungen war der Vorgesetzte in jedem Falle verantwortlich. Ich habe die Untersuchung nur anordnen lassen, wenn ein Mädchen in einer Anstalt untergebracht werden mußte; in Fürsorgefällen erfolgte sie im Einverständnis mit den Eltern. Es ist ja vorgekommen, daß sich Mädchen als geschlechtskrank herausstellten, die nur auf und wegen Angelegter untersucht wurden. Auf sittenpolizeilichem Gebiete kann ich mich nicht auf einen Fall entsinnen, wo ich ohne Benehmen mit dem Polizeirat gehandelt hätte. Ich hatte das Recht der Anordnung überhaupt nicht, das war Sache der Polizei. Mir stand nur ein Vetorecht zu, wovon ich Gebrauch machte, wenn ich es für angebracht hielt. Auf weitere Fragen der Verteidigung betont die Zeugin, daß das Fräulein Sattler um Untersuchung wie auch um ein ärztliches Attest ihrer Virginität ersucht habe.

Nach einer Reihe weiterer Zeugenvernehmungen, die wir im Zusammenhang bringen werden, wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Darmstadt, den 20. Juni.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Der dritte Verhandlungstag brachte in seinem Schluß ein sehr klaffendes Beispiel dafür, wie die „Fälle“ gegen die Polizeiaffizientin Frau Schapiro zurecht konstruiert wurden. Schon in der Verhandlung vor der Mainzer Strafkammer war ein Zeuge Refraute Schmidt aufgetreten mit der Behauptung, seine 53jährige Schwägerin habe durch das Eingreifen der Frau Schapiro einen Nervenschoc erlitten, so daß sie etwa sechs Wochen nachher im Spital zubringen mußte. Auch heute bekundete der Zeuge wiederum in demselben Sinne. Es wird aber dann in der Verhandlung festgestellt, daß die Vernehmung der Schwägerin im März 1910 stattfand, daß aber ihre Einlieferung ins Spital erst im Spätherbst erfolgte. Die Weigeordneten Berndt bekundet hierzu, daß ihn ein Arzt auf die Wirtschaft der betreffenden Frau aufmerksam gemacht hat, in welcher geschlechtliche Orgien gefeiert wurden. Er habe hierauf die Frau Schapiro mit der Untersuchung der Sache beauftragt. Frau Schapiro tat das. Danach wurde die Sache dem Polizeirat weitergegeben. Die Beantwortung der Frage des Staatsanwalts, ob die Verteidigung zugebe, daß in diesem Falle die Information des Angeklagten eine durchaus unzutreffende sei und daß Frau Schapiro hier einwandfrei gehandelt hat, lehnt die Verteidigung ab. In einem weiteren, unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelten Fall, der zwei Stunden in Anspruch nahm, wird der gegen Frau Schapiro vom Angeklagten erhobene Vorwurf fallen gelassen. Es handelte sich um folgendes: Ein junges Mädchen hatte einen Strafbefehl wegen Treibens von Unzucht erhalten. Von der Verteidigung wurde hierzu der Frau Schapiro vorgeworfen, daß sie die Erhebung des Einspruchs gegen den Strafbefehl seitens des Mädchens verhindert habe. Es stellte sich aber heraus, daß das Mädchen lieber ins Wasser gehen wollte, als vor dem Schöffengericht erscheinen. Von den weiteren Zeugenvernehmungen ist noch die des Justizrats Dr. Schmidt erwähnenswert, der in der Kommission der Stadtverordnetenversammlung, die die Untersuchung leitete, tätig war. Ueber den Weigeordneten Berndt läßt sich der Zeuge wie folgt aus: Berndt ist ein ganz außerordentlich gewissenhafter, fleißiger, kenntnisreicher Mann, der jeder Stadtwahlverwaltung zur Stütze gereichen wird. Als der Seniorenkonvent der Stadtverordnetenversammlung von Quertreibereien hörte, die in der Berufung Berndts nach Berlin hineinspielen, hat der Seniorenkonvent eine Depesche nach Berlin geschickt, daß Berndt nach dem Prozesse vollständig gerechtfertigt dastehet. Weiterhin wurde dem lebhaftem Bedauern über das Scheitern Berndts Ausdruck gegeben. Die Stadtverordnetenversammlung habe kein einziges Mal Anlaß gehabt, in die Glaubwürdigkeit und das ernste Streben Berndts Zweifel zu setzen. Berndt sei ein talentvoller Mensch, der das, was er will, richtig anfasse und durchführe.

Zeuge Oberbürgermeister Wittelmann hat von der Tätigkeit der Frau Schapiro nur den besten Eindruck gewonnen; sie sei eine durchaus ernste Dame, die es mit ihrer Aufgabe ernst nehme. Sie habe dabei absolut nicht die Absicht, jemand hineinzureiten, sondern zeichne sich vielmehr aus durch eine mütterliche Art der Behandlung der in ihrer Amstättigkeit zugeführten Personen. Sie gehe mit Takt und Menschenliebe vor. Dem Angeklagten hatte er seinerzeit ausdrücklich gesagt, daß die Untersuchungen der Stadtverordnetenversammlung über die vorgebrachten Beschwerden gegen die Frau Schapiro keinerlei Beanstandung gereizt haben. Auf Befragen erklärt Zeuge, die Zeitung des Angeklagten sei ein Sensationsblatt. Es gewähre einen pilanten Reiz, daß der Angeklagte einen Brief des Oberbürgermeisters in einer anderen Angelegenheit vorlegen konnte, in welchem die Rede von dem Vorfall, daß sich der Briefschreiber unter den „Schuß“ des Adressaten stelle. Den Weigeordneten Berndt hält der Zeuge für einen durchaus ehrenhaften und glaubwürdigen Mann, der das halte, was er sage, und nie für Verschärfung der Bestimmungen auf sittenpolizeilichem Gebiete eingetreten, sondern sei stets für milde Handhabung gewesen. Den Jahresbericht der Polizeiaffizientin hält der Zeuge für ausgezeichnet. Er war erstaunt, daß man diesen Bericht als eine Fundgrube für Unstlichkeiten bezeichnete. Der Bericht sei allerdings keine Lektüre für höhere Richter, aber sachlich gehalten. Auf Befragen des Verteidigers Berndt antwortet der Zeuge, sich nicht erinnern zu können, ein Aktienstück über Fräulein Sattler gelesen zu haben.

Es wird dann festgestellt, daß dieses Aktienstück schon vor der Zeit der Frau Schapiro angelegt wurde, und zwar von einem Kriminalschaffmann. Angeklagter wird darauf gefragt, ob er in seinem Artikel hätte sagen wollen, daß dieses Aktienstück besetzt worden sei. Er gibt aber keine bestimmte Antwort. Das Aktienstück selbst liegt dem Bericht vor.

## 11. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Stuttgart, 19. Juni.

Dritter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Vorstandsberichte wird fortgesetzt.

Fackel (Vorstandsmitglied) äußert sich zunächst zu einer Reihe von Anträgen und dann zu den Ausstellungen, die zu dem Verhalten des Vorstandes bei Lohnbewegungen gemacht worden sind. Ebenso polemisiert er gegen die geistigen Ausführungen Kräpigs. Der Vorstand habe lediglich verlangt, daß die Debatte sich bei Streiks und Lohnbewegungen den Intentionen des Vorstandes zu fügen hat. Und dieses Verlangen sei selbstverständlich. Ist die Debatte über die Führung des betreffenden Kampfes anderer Meinung, so mag sie ihre Meinungsverschiedenheit nach Vereinbarung der Bewegung zum Ausdruck bringen. Denn in keiner Weise will der Vorstand die Meinungsfreiheit beschränken, auch nicht die Redigierung des Organs in dem allen sozialistischen Sinne der Arbeiterbewegung, von dem die Textilarbeiterbewegung von jeher und auch der jetzige Vorstand voll durchdrungen ist. Aber es sei möglich, wie schon Bebel sagte, im Fachorgan diesen Geist zu pflegen, ohne das Wort Sozialdemokratie auch nur ein einziges Mal anzuwenden.

Banger-Leipzig wundert sich über die Stellungnahme Fackels, aus dessen Ausführungen seine frühere unverfälschte Hochhaltung uneres Ideals nicht herauszuhören sei. Der Redner plädiert dann für ein schärferes Vorgehen bei Lohnbewegungen, der Vorstand dürfe nicht in so übervorsichtiger Weise dremdeln bei Lohnbewegungen eingreifen. Mit lauter Zurückschaltung komme man nicht voran. Ebenfalls sei jegliche Zurückschaltung in bezug auf die Propagierung der sozialistischen Anschauungen im Fachorgan nicht zu billigen.

Nachdem 35 Redner zum Wort gekommen sind, wurde ein Schlußantrag angenommen.

Im Schlußwort ging Hübsch auf die Einwände bezüglich der nicht genügenden Bewilligungen bei Lohnbewegungen ein. In allen diesen Fällen haben die Dinge so gelegen, daß der Prozentsatz der Organisation ein sehr geringer war.

Zum Massenbericht erhielt Kassierer Jehms, zum Pressebericht Redakteur Krähig das Schlußwort. Der letztere ging neben anderem auch auf seine geistigen Ausführungen ein, von denen er nicht das geringste zurücknehmen könne. — In einer längeren persönlichen Erklärung führt Krähig (Vorstand) aus, daß die Ausführungen Krähigs jeder Verächtigung entbehren, da Krähig in keiner Sitzung derartige Beschwerden, daß der Zentralvorstand in die Intentionen der Redaktion eingreife, vorgebracht habe.

Ausschuhvorsitzender Vetterlein-Gera erklärt im Schlußwort, daß er in dem sachlichen Meinungsstreit über die Tendenz des „Textilarbeiter“ nur für möglichst viel Bewegungsfreiheit in der notwendigen Besprechung politischer Angelegenheiten, vor allem solcher, die Lebensinteressen der Textilarbeiter als solche betreffen, im Fachorgan eintreten könne. Man müsse in dieser Beziehung alles verhüten, was eine Verflachung des „Textilarbeiters“, der zu einem der besten Gewerkschaftsorgane gehöre, herbeiführen und dessen geistiges Niveau herabdrücken könne. Für mögliche Bewegungsfreiheit müsse er auch plädieren in bezug auf die Ausübung von parlamentarischen Mandaten in städtischen und staatlichen Körperschaften durch Verbandsbeamte.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen erfolgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Vier Anträge, die sich mit Versicherung der Unterassizier und der Veranstaltung von Lichtbildvorträgen befassen, werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Weiter wird dem Vorstande überwiesen, allen Filialen die für die Textilarbeiter einschlägigen Gesetze und literarischen Werke zu liefern; an den Reichstag einen Antrag gelangen zu lassen, der besagt, daß Arbeiterausschüsse auf geistlichem Wege einzuführen sind; für die Branche der Färber, Wäscher und Delaheure usw. eine allgemeine Konferenz einzuberufen; desgleichen eine solche für die Flachspinnereien.

Angenommen wurden Anträge, die den Vorstand beauftragen, sich mit der Leitung des Bauarbeiterverbandes in Verbindung zu setzen, damit diese ihre Mitglieder, die im Winter in Textilbetrieben arbeiten, antwist, in den Textilarbeiterverband überzutreten; durch in fremden Sprachen gedrucktes Agitationsmaterial und Verbandsstatuten die Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern und Arbeiterinnen stärker zu fördern; in Flugblättern und Broschüren Illustrationen aufzunehmen, die die Wirkände und das Elend der Textilarbeiter veranschaulichen; Erweiterungen anzustellen, ob es ratsam ist, in den Filialen, wo die Zahl der Mitglieder 500 übersteigt, das Vertretersystem einzuführen; alljährlich eine Agitationsausgabe des „Textilarbeiter“ zur allgemeinen Verbreitung zu bringen; dem Statut einzufügen, daß bei minderwertigen Verfehlungen gegen dasselbe anstatt auf Ausschließung von allen Instanzen auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern erkannt werden kann und Rügen erteilt werden können.

Ein Antrag auf Einführung einer sachlichen Monatsbeilage zum „Textilarbeiter“ wurde dem Vorstande zur Ausführung überwiesen. Am Donnerstag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

## Aus der Frauenbewegung.

### „Sozialdemokratie und Frauenarbeit.“

Es gibt keinen Unsin, wenn er sich gegen die Sozialdemokratie richtet, der nicht Unterfund in der Scharfmacherpresse finden könnte. Man könnte einen Preis aussetzen für das Kunststück, so hahnensichere Ungereimtheiten gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschmierem, daß kein Blatt es wagen würde, das Zeug seinen Lesern vorzulegen. Der Preis bliebe unerobert! Als Beweis dafür, was auf diesem Gebiete geleistet wird, kann ein Artikel in den „Mitteilungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“ dienen. Die würdevolle „Nordd. Allgem. Zig.“ härtete ihm unter der obigen Ueberschrift den gebührenden Platz. Daraus vernehmen die Wehmannsgläubigen, die Sozialdemokratie sei eine — Gegerin der Frauenarbeit! Das ist doch mal ganz was Neues, wirklich Apartes. Bisher hat doch alle Welt das Gegenteil geglaubt. Es ist erklärlich, daß der Enbeder der Wahrheit Töne höchster sittlicher Entrüstung findet, um die Tüde der Arbeiterinnenfeindschaft der Sozialdemokratie gehörig an den Pranger zu schlagen. Ein Satz, der sich gerade in dem Blatt mit der Theorie: „die Frau gehört ins Haus“ wunderbar ausnimmt, sei hier in seiner ganzen wuchtig-niedererschmetternden Macht wiedergegeben:

„Genau so wie die Sozialdemokratie internationale Verbindungen anstrebt und trotzdem mit Reid und Mißgunst jeden ausländischen Arbeiter betrachtet, der als „internationaler Propagandist“ sich erdreistet, in Deutschland Arbeit zu suchen, genau so magen auch die Gewerkschaften entgegen ihrer Theorie Front gegen das weitere Eindringen der weiblichen Arbeit. Eine ganze Reihe von Verufen wird anerkanntermaßen durch weibliche Arbeit besser ausgeführt als durch die Männer.“

Daß die Gewerkschaften ausländische Arbeiter mit „Reid“ und „Mißgunst“ betrachten, ist eine grandiose — Erfindung! Nun will man doch, weshalb sie sogar Organe in der Muttersprache herausgeben, um diese so zu erzielen, daß sie eben so hohe Löhne fordern und erlangen können als wie ihre deutschen Klassengenossen ver-



langen. Das geschieht aus — Reib! Und wie reizend ist doch die Konstatierung, daß eine „Reihe von Berufen“ „anerkanntermaßen durch weibliche Arbeit besser ausgeführt“ wird „als durch Männer“. — Das las man schon oft in der sozialdemokratischen Presse! Allerdings meistens mit der Schlussfolgerung, daß für gleiche Leistung gleicher Lohn verlangt werden müsse. Aber gerade diese Voraussetzung droht die heftige Liebe der Unternehmer für die weibliche Arbeitskraft erkalten zu lassen. Der geniale Erfinder schlägt einen logischen Salto mortale und konstatiert: die Sozialdemokratie fordert höhere Löhne für Arbeiterinnen — aber sie ist eine Feindin der Frauenarbeit! Ein solcher Akrobat müßte jede Konkurrenz im Lunapark mit Leichtigkeit in die Flucht schlagen. Er hat übrigens auch seine moralische Pose noch nicht verloren, und so läßt er im Drußton der Ubertreibung sich weiter vernehmen:

„Die Tatsache, daß die weiblichen Arbeitskräfte hauptsächlich für weniger qualifizierte, meist mechanische Arbeitsleistung in Betracht kommen, kann auch von der Sozialdemokratie nicht weggelugnet werden und rechtfertigt natürlich auch eine unterschiedliche Bezahlung.“

Also in einer Reihe Berufe leistet die Frau besseres als der Mann — aber ihre Leistung ist minderwertig, darum unterschiedliche Bezahlung! — Mit solchen geistigen Branourleistungen ist natürlich die höhere Qualifikation des Mannes über jeden Zweifel erhaben erwiesen. Aus dem Gefühl heraus, daß sein Nachweis von der Feindschaft der Sozialdemokratie gegen die Frauenarbeit noch nicht genüge, geht er noch weiter ins Feig. Die Sozialdemokratie fordert mehr Arbeiterinnenschutz — folglich ist sie gegen Frauenarbeit! An die Größe dieser Feststellung reicht wieder nicht die schöne Entrüstung heran, daß die Sozialdemokraten in der Entfernung der proletarischen Mütter von ihren Kindern keinen Idealszustand erblicken. Das sind für die Gemütskranke „weiter nichts wie Phrasen“. Und schließlich reicht er der sozialdemokratischen Partei vollends die Nase vom Gesicht mit der welterschütternden Enthüllung, daß in der Partei nur einzelne radikale Genossinnen zu Amt und Würden gelangen. Jetzt merkt man ungefähr, was der in der „Allgemeinen“ über den Schellenhaus gelobte Bund gegen Frauenemanzipation für schöne Aufgaben lösen könnte. Erstens, die Sozialdemokratie für die Fabrikarbeit — der Proletarierinnen begeistern, zweitens, für niedrige

Entlohnung der Frauenarbeit kämpfen, drittens, Arbeiterinnenschutz durch Verhinderung, viertens, die volle Gleichberechtigung der Frauen in der Sozialdemokratie erkämpfen!

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Vierter Kreis.** Die Genossen und Genossinnen der 34. Abteilung des vierten Kreises unternehmen am Sonntag, den 23. Juni, eine Besichtigung der Konsumgenossenschafts „Ausstellung im Clou. Treffpunkt nachmittags 2 1/2 Uhr bei Schulz, Schreinerstr. 18, Villetts a 10 Pf. sind dort noch zu haben.

**Stralau.** Die Genossinnen veranstalten am Sonntag, den 23. Juni, einen Familienausflug nach Sabowa (Waldschänke). Treffpunkt vormittags 9 1/2 Uhr Bahnhof Stralau-Kummelsburg. Nachzügler werden dort erwartet. Die Bezirksleitung.

### Gerichts-Zeitung.

Das Herumtragen von Wahlplakaten ist verboten.

Daß es endlich an der Zeit ist, mit den veralteten Plakatsgesetzen aufzuräumen, und auch diese Materie im neuzeitlichen Sinne rechtsgeschichtlich zu regeln, beweist wieder einmal aufs Schlagendste ein Prozeß, der am Montag das Kammergericht beschäftigte. Am Tage der Reichstagswahl (12. Januar) verteilte Klemm in Halle a. S. vor dem Wahllokal in der Lerchenfelder Straße sozialdemokratische Stimmzettel. Zugleich trug er, wie das alle Parteien machen lassen, auf der Brust ein größeres Plakat. Es zeigte im Wilde auf gelbem Untergrunde eine Gruppe von Personen vor einer aufgehenden roten Sonne. Dazu enthielt es eine Inschrift, die die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Fritz Kunert nahelegte und andeutete, daß, wer Fritz Kunert wähle, zugleich gegen Ausbeutung, für billige Lebensmittel, für Befreiung indirekter Steuern und für allgemeines Wahlrecht stimme.

Wegen des Tragens dieses Plakats wurde Klemm angeklagt. Er sollte dadurch gegen § 9 des alten Preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 verstoßen haben, der durch § 20 Absatz 2 des Reichs-Preßgesetzes aufrecht erhalten ist. Er lautet: „Anschlagzettel und

Plakate, welche einen anderen Inhalt haben, als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Versammlungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, dürfen nicht angeheftet, angeklebt oder in sonstiger Weise öffentlich ausgeheftet werden.“ Folgt eine Ausnahme bezüglich amtlicher Bekanntmachungen.

K. berief sich gegenüber der Anklage auf § 43 Absatz 3 der Gewerbeordnung, wonach ohne polizeiliche Erlaubnis auch auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen zulässig ist, die Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahltages. K. meinte, das Verteilen von Druckschriften sei mehr als das Herumtragen eines Wahlplakats. Folglich müsse angenommen werden, daß das letztere durch § 43 Absatz 3 der Gewerbeordnung mit umfasst sei. Es müsse danach in der angegebenen Zeit, also auch am Wahltag zulässig sein.

Das Landgericht in Halle als Berufungsinstanz verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe.

Das Kammergericht, bei dem K. Revision einlegte, verwarf das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Daß es sich um ein Plakat handele, sei ohne Rechtsirrtum festgestellt worden, da der Inhalt der auf einem Pappbogen aufgeklebten, sich an das Publikum wendenden Drucksache ohne weiteres für das Publikum verständlich sei. Auch handele es sich zweifellos um ein öffentliches Ausstellen des Plakats, wenn es jemand auf der Brust trage und öffentlich zur Schau stelle. Nun habe sich Angeklagter auf § 43 Absatz 3 der Gewerbeordnung berufen. Dieser könne aber nicht Anwendung finden, denn er spreche nur von einem Verteilen von Druckschriften zu Wahlzwecken, nicht aber von einem öffentlichen Ausstellen solcher Druckschriften. § 9 des preussischen Preßgesetzes werde nicht davon berührt. Er sei auch noch rechtsgültig, da § 20 Absatz 2 des Reichs-Preßgesetzes ausdrücklich bestimmt, daß durch dieses Gesetz nicht berührt werde das Recht der Landesgesetzgebung, u. a. Vorschriften über das öffentliche Anheften, Ankleben und Ausstellen von Plakaten zu erlassen. Da nun solch Wahlplakat einen anderen Inhalt habe, als ihn § 9 des preussischen Preßgesetzes zulasse, so sei sein öffentliches Ausstellen verboten.

**Je feiner Sie den „Kornfranck“ mahlen, desto größer ist der Nutzen, den Sie aus ihm ziehen können.**

Es gibt nur einen „Kornfranck“!

23

Den echten „Kornfranck“ gibt es nur in den grünen Paketen.

Einmaliges Angebot!



10%

Einmaliges Angebot!



25%

0/0

# Saison-Ausverkauf

10-25% Rabatt auf sämtliche braune Leder-, Leinen- und Lastingartikeln.

Schuhwaren-

Fabrik

**CONRAD TACK & CO. H.F.G.**

Bis 60% im Preise herabgesetzte Restposten und Einzelpaare.

**Beginn:**

**Ende:**

21. Juni

C. Spittelmarkt 15 (im Teilhaus)  
C. Rosenthaler Straße 14  
W. Potsdamer Straße 50  
W. Schillstraße 16

NW. Turmstraße 41  
NW. Wilsnacker Str. 22  
NW. Bousselstraße 29  
N. Friedrichstraße 127  
N. Müllerstraße 3

N. Reinickendorfer Str. 23  
N. Brunnenstraße nur 37  
N. Danziger Straße 1  
O. Andreasstraße 50  
O. Frankfurter Allee 125

SO. Oranienstraße 32  
SO. Oranienstraße 2a  
SO. Wrangelstraße 40  
SW. Friedrichstr. 240-241

Charlottenburg: Wilmersdorfer Straße 122-123  
Rixdorf: Bergstraße 30-31  
Potsdam: Brandenburger Straße 54

13. Juli







Stadtverordneten-Versammlung.

21. Sitzung vom Donnerstag, den 20. Juni 1912, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Mischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß der Stadtv. Warth (A. L.) heute morgen im Wichow-Krankenhaus von schweren Leiden durch den Tod erlöst worden ist.

Des Hinscheidens des früheren langjährigen Mitgliedes Pasquel gedenkt der Vorsitz hierauf ebenfalls; „wir werden ihm, trotz allem, was vorgefallen ist, ein treues Andenken bewahren.“

Die Magistratsvorlage betr. Vermietung einer Teilfläche von circa 80000 Quadratmeter des Gasanstaltsgrundstücks zu Schmargendorf an den Kaufmann Fedor Freund bzw. eine durch ihn zu begründende G. m. b. H. zu Sportzwecken

hat einen Ausschuss in zwei Sitzungen beschäftigt. Dieser ist schließlich einstimmig zum Vorschlag der Ablehnung gekommen, da die Ration von 100000 M. seitens des Unternehmers nicht hinterlegt worden ist. Referent ist Stadtv. Jacobi (A. L.).

Ohne Diskussion wird die Vorlage nach dem Ausschuhentwurf abgelehnt.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.) referiert über die Ausschuhberatung des Antrags M. obler wegen Bewilligung von 15000 M. aus städtischen Mitteln zur Errichtung des geplanten

Feuerwehrrholungsheims

in Verbindung mit einer Landesfeuerweherschule. Der Ausschuh schlägt vor, den Antrag M. obler mangels erforderlicher Begründung und Unterlage abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, erforderlichenfalls in den nächsten Etat einen angemessenen erscheinenden Betrag einzuflechten, der zugunsten erholungsbedürftiger Beamten und Mannschaften der Berliner Feuerwehr verwandt werden kann.

Der Berichterstatter führt aus, daß Berlin über das Maß der gesetzlichen Verpflichtung hinaus erhebliche Beträge im Interesse des Feuerwehrrholungsheims leistet. An Ruhegehältern u. dergl. ständen im Etat für 1911 über 700000 M. Die Humanität müsse im eigenen Heim beginnen; sei die Errichtung eines Erholungsheims und einer Schule für die Berliner Feuerwehr notwendig? Diese Frage sei eigentlich allseitig vom Ausschusse verneint worden. In den Heimstätten seien die Berliner Feuerwehrleute stets gern gelehnte Gäste gewesen; auch darüber hinaus seien Beamte und Offiziere der Feuerwehr in Kurorte, Seebäder usw. auf städtische Kosten gefahren worden. Auch habe man sich für eine Klassenscheidung im Ausschusse nicht eben begeistert können. Eine Feuerweherschule für die Berliner Feuerwehr, die als muster-gültig in der ganzen Welt anerkannt werde, sei vollends kein Bedürfnis. Die geplanten Einrichtungen seien im wesentlichen nützlich und vorteilhaft nur für die Feuerwehren der Vororte und der Provinzgemeinden. Von den Urhebern des Antrages habe sich niemand in den Ausschuh wählen lassen. Man habe nur ein Ergebnis erhalten, herrührend aus der Feder des Branddirektors. Dieses auch sonst fehlerhafte Ergebnis nenne an einer Stelle den Branddirektor einen Vandalen; hätte wirklich ein solcher das Ergebnis aufgestellt, es wäre finanztechnisch bündiger ausgefallen. In erster Linie hätten an der geplanten Einrichtung der Staat und die Feuerversicherungs-gesellschaften ein Interesse; Berlin aber möchte vielleicht mit den 15000 M. eine Verpflichtung übernehmen, die es eventl. später, wenn die anderen Quellen versagen, zur Leistung viel größerer Beträge zwänge. Gegenwärtig habe das Projekt noch einen embryonalen Charakter; liege ein durchgearbeitetes, mit Unterlagen versehenes Projekt vor, so stehe später nichts im Wege, auch eine größere Summe als 15000 M. von Stadt wegen herzugeben.

Stadtv. Löfer (A. L.) empfiehlt, den Antrag M. obler dem Magistrat zur Prüfung zu überweisen und ihn zu ersuchen, eventuell der Versammlung eine bezügliche Vorlage zu machen.

Stadtv. Dreißer (Soz.): Wir stimmen für den Ausschuhentwurf. Der Antrag M. obler hätte schon bei seiner Einbringung Verwunderung erregt. Ein Teil der Kollegen der Antragsteller in der Fraktion und in den anderen bürgerlichen Fraktionen erwiderte sich sogar direkt als verärgert, woraus sich auch wohl erklärt, daß sie dem Ausschusse fern blieben. Jeder von und gönnt der Feuerwehr von Herzen jede Erleichterung; hier aber sollen Mittel der Gemeinde in Anspruch genommen werden, und da muß zunächst einmal eine gründliche Prüfung der Sache im Magistrat erfolgen. Von der Notwendigkeit der Forderung des Erholungsheims sind wir nicht überzeugt. (Die Ausführungen des Redners gehen in der Annahme der Versammlung, der der Vorsteher vergeblich zu steuern sucht, für die Berichterstattertribüne zum großen Teil verloren.) Es darf auch nicht unbeachtet bleiben, daß die Feuerwehrleute vielfach in der dienstfreien Zeit, wo sie sich der Erholung widmen sollten, noch einem Erwerbe nachgehen müssen; es sollte daher jeder in erster Linie dahin wirken, auch diejenigen einflussreichen Herren, die hinter diesem Projekte stehen, daß die Feuerwehrleute eine auskömmlichere Besoldung erhalten.

Stadtv. Kommsen (Fr. Fr.): Wir stehen auf dem Standpunkte des Ausschusses. Die Notwendigkeit, von Stadt wegen für diese Zwecke Gelder herzugeben, müssen wir verneinen.

Stadtv. Gaffel (A. L.): Ob die Gehälter der Feuerwehrleute auskömmlich sind, darüber erlaube ich mir für jetzt kein Urteil. Ich sehe aber nicht ein, warum die Stadtgemeinde für diese Zwecke nichts hergeben soll, und ich verstehe insbesondere nicht, warum sie es nicht tun soll, weil Private sich für diese Einrichtungen interessieren und Sammlungen dafür veranstalten.

Nach weiterer Debatte, an der sich die Stadtv. Ladewig (A. L.), Kommsen und Gaffel beteiligen, schließt die Beratung.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Antrag Löfer abgelehnt, der Ausschuhentwurf angenommen.

Darauf findet in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner die Neuwahl für die aus der Versammlung des Verbandes Groß-Berlin ausgeschiedenen 4 Mitglieder (Dr. Steiniger, Stadtrat Hoffe, Stadtv. Kommsen und Golland) und 2 Erfahrmänner (Stadtrat Franz und Stadtv. Vernein (Soz.) statt. Es werden durch Zufall gewählt die Herren Kämmerer Böß, Stadtrat Benzly, Stadtv. Löfer und Gelpke; als Erfahrmänner Stadtrat Kast und Stadtv. Schneider (Soz.).

Darauf führt die Versammlung in der Erledigung ihrer Tagesordnung und der beiden Nachträge dazu fort.

Die Vorläufe der städtischen „Technischen Mittelschule, höheren Lehranstalt für Maschinenbau und Technologie“ soll in eine fünfte Klasse verwandelt werden. Der Handelsminister hat die Umwandlung als eine der Bedingungen aufgestellt, unter welchen der Absolutent der Anstalt die gleichen Berechtigungen wie denjenigen der staatlichen höheren Maschinenbauhörschulen verliehen werden können.

Die Vorlage gelangt zur Annahme. An die schwedische Viktoria-Gemeinde will der Magistrat 750 Quadratmeter Gelände am Planufer, nächst der Waterloostraße

zum Bau einer Kirche nebst Gemeindegarten

zum Preise von 100 M. pro Quadratmeter unter der Bedingung überlassen, daß das Grundstück kostenlos an die Stadt zurückfällt, sobald die Benutzung der Kirche zu gottesdienstlichen Zwecken der hiesigen schwedischen Kirchengemeinde aufhört.

Es wird vom Stadtv. Wöttcher (Fr. Fr.) Ausschuhberatung beantragt.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Wir lehnen die Vorlage ohne Ausschuhberatung ab. Die Gemeinde soll für kirchliche Zwecke nichts hergeben. Für Vereinshäuser und ähnliche würden Sie jedenfalls solche Plätze nicht hergeben. Wir sollten doch mit unsern wenigen freien Plätzen nicht so umgehen, daß wir sie auch noch mit Kirchen besetzen. Ein Uferweg von ganzen 4 Metern soll frei bleiben. Wir geben uns in Berlin mit großen Opfern Mühe, Uferstraßen freizulegen, hier wollen wir dauernd auf diesem Wege eine Uferstraße verhindern. An Parcellen fehlt es in Berlin; wir sollten die wenigen, die wir haben, doch zu erhalten suchen.

Die Niederlegung eines Ausschusses wird abgelehnt.

In der zweiten Lesung beantragt Stadtv. Gaffel nochmals Einsetzung eines Ausschusses, weil dort erst die Gründe für und wider gründlich erwogen werden könnten.

Stadtv. Hoffmann bittet wiederholt, den Ausschuh abzulehnen. In der Vorlage seien die freundschaftlichen Beziehungen zu Schweden direkt als ausschlaggebend angegeben. Es sehe wirklich danach aus, als wenn das ein Gesicht sein solle für die freundliche Aufnahme unserer Vertreter in Schweden.

Oberbürgermeister Kirchner: Diese Erwähnung der freundschaftlichen Beziehungen ist nicht als Hauptgrund geltend gemacht worden, sondern geht in der Begründung nur nebenher. Eine Uferstraße ist an der Stelle nicht möglich. Im Ausschusse wird sich volle Aufklärung schaffen lassen.

Stadtv. Gaffel bebauert, daß der Dezernent Stadtrat Ramskau nicht zugegen ist; er wünscht in dieser Beziehung Abhilfe für die Zukunft.

Stadtv. Hoffmann: In der Vorlage steht überhaupt kein anderer Grund als der der Rücksicht auf das freundschaftliche Verhältnis zu Schweden. Also ist es doch besser, die Vorlage abzulehnen und dem Magistrat zu überlassen, eine neue mit Gründen zu machen. Die freundschaftlichen Beziehungen von Berlin zu Schweden bestehen hauptsächlich vom Hjärigen Kriege her. (Große Heiterkeit.) Mögen die Ausländer sich hier Kirchen bauen, soviel sie wollen, aber nicht auf Kosten der Stadt. Flußläufe und Kanäle sollen in Berlin doch nach Möglichkeit auf beiden Seiten freigelegt werden.

Stadtv. Gaffel: Tatsächlich leben wir seit mehreren hundert Jahren mit dem schwedischen Volke in friedlichem und freundschaftlichem Verkehr.

Stadtv. Hoffmann: Das schwedische Volk kommt hier gar nicht in Frage, sondern nur eine bestimmte Kirchenrichtung. Wir müssen die Konsequenzen des Antrages beachten dem Auslande gegenüber. Es ist ja alles ganz nett, wenn man sich im Auslande beliebt, wenn Stammesgenossen sich den Bruderkuß geben; das ist ja sehr hübsch, weiter darf es aber doch nicht gehen. (Heiterkeit.)

Die Einsetzung eines Ausschusses wird nunmehr beschlossen.

Zur Durchführung der Reichsversicherungsordnung ist auch für Berlin ein

Versicherungsdamt

zu errichten. Vorsitzender desselben ist nach dem Befehl der Oberbürgermeister. Durch Ministerialerlass vom 14. Mai 1912 hat das Handels- und Generalregister angeordnet, daß alle Versicherungsdamten am 1. Juli d. J. ins Leben zu treten haben. Zu ständigen Vertretern des Vorstehenden sollen die bisherigen Dezernenten Magistratsräte Dr. Meyer, Korn, Dr. Brühl, Magistratsassessoren Dr. Henschel, Dr. Siegel, Dr. Simm und Gerichtsassessor Dr. Werthhold bestellt werden.

Die Versammlung stimmt zu.

Dem Ersuchen der Versammlung, die Ortszulage von 900 Mark den Gemeindegemeinschaften und -rektoren schon nach vollendetem 28. Dienstjahre zu gewähren, ist der Magistrat beigetreten.

Auf dem Gelandebrunnen-Markthallengrundstück, und zwar mit der Front nach der Grünthaler Straße, soll das Gebäude für die 8. Volkshochschule errichtet werden. Der Kostenüberschlag schließt mit 897000 M. ab.

Die Versammlung genehmigt den Vorwurf.

Der spezielle Entwurf zum Erweiterungsbau des Volkshauses in der Barnsdorfer Straße unter Benutzung der städtischen Vorgelände Ecke Wilms- und Barnsdorferstraße schließt mit 764000 M. ab.

Auf Antrag des Stadtv. Derberg (Fr. Fr.) wird die Vorlage einem Ausschuh überwiesen, den der Vorstand sofort ernannt.

Der Magistrat legt den Entwurf für den Bau eines Depots für die städtischen Straßenbahnen in der Urbanstraße sowie den Kostenanschlag (682000 M.) vor.

Die Vorlage wird angenommen.

Die Errichtung einer Benzinanlage auf dem Osthafen ist jetzt vom Polizeipräsidenten genehmigt worden. Die Ausführung wird infolge der weitgehenden Anforderungen der Polizei an Sicherheitsvorkehrungen sich um 80000 M. verteuern und statt 365000 M. nunmehr 445000 M. kosten.

Die Vorlage wird angenommen.

Mit der provisorischen Aufnahme der Hausabwässer aus dem westlichen Teil des Tempelhofer Feldes in die Kanalisation von Berlin hat sich der eingesezte Ausschuh einverstanden erklärt und den Entwurf des betreffenden Vertrages mit der Gemeinde Tempelhof mit geringen Modifikationen zur Annahme empfohlen. Der Anschuh soll vorläufig auf 5 Jahre genehmigt werden. Ueber die Ausschuhverhandlungen referiert Stadtv. Buhle (Fr. Fr.).

Die Versammlung nimmt die Ausschuhvorschläge ohne Debatte an.

Schluss nach 1/2 Uhr.

Aus aller Welt.

Die Eisenbahnkatastrophe bei Gaschwitz.

Nach den genaueren Feststellungen sind bei dem bereits gestern gemeldeten Zugzusammenstoß in Gaschwitz in Sachsen drei Personen getötet und neunzehn zum Teil schwer verletzt worden. Tödlich verunglückt sind außer dem Zugführer Erler aus Leipzig der Kaufmann Reuhof aus Wölitz-Ehrenberg und eine Frau Schönsfeld aus Leipzig. Ueber das schwere Verletzungslid werden folgende Einzelheiten berichtet: Das Unglück ereignete sich abends 7 Uhr 46 Minuten auf der Station Gaschwitz, ungefähr 200 Meter von der Bahnhofshalle entfernt. Der um 7 Uhr 35 Min. von Leipzig abfahrende beschleunigte Personenzug Leipzig-Hof fuhr dort in den um 7 Uhr 5 Min. von Rieritzsch abfahrenden Personenzug. Der Zusammenstoß war entsetzlich. Der hinter der Lokomotive des Personenzuges angekuppelte Gepäckwagen schob sich vollständig in den hinter ihm befindlichen Wagen vierter Klasse, der mit Reisenden dicht besetzt war. Der weithin hörbare dumpfe Knack des Zusammenstoßes wurde sofort von gellenden Hilferufen aus dem Wirtswart der Eisenmassen überdönt. Einer der Reisenden, das Gesicht blutüberströmt, stürzte hilflos aus den festgeklebten Wagen und geriet in den Schrecken der Katastrophe. Der Zugführer Erler des Personenzuges geborgen, der sich auf dem Gepäckwagen befunden hatte. Der Kermisse war tot; ihm war der Brustkorb eingedrückt worden. Eine Frau lag tot unter den Trümmern; ein Puffer des Gepäckwagens hatte ihr das Rückgrat gebrochen. Als man sie aufhob, sah man unter ihr ihre beiden Kinder liegen. Ihr 13jähriger Sohn war nur leicht verwundet und auch die 17jährige Tochter hatte nur geringe Quetschungen davongetragen. Zwei Männer, schwerverletzt, waren

so fest zwischen den Trümmern eingeklemmt, daß sie erst nach minutenlanger Arbeit mit Hammer und Äxt befreit werden konnten. Die beiden Lokomotiven waren relativ wenig beschädigt. Von dem beschleunigten Personenzug Leipzig-Hof entgleisten mehrere Wagen. Der Zusammenstoß ist darauf zurückzuführen, daß der Führer des Leipzig-Hofer Zuges ein Haltsignal überfuhr.

Ein anderes Eisenbahnunglück hat sich in der Nacht zum Donnerstag auf dem Bahnhof Schlebusch (Rheinland) zugetragen. Dort entgleisten beim Rangieren eines Güterzuges zwei Wagen, wovon einer umstürzte. Der Kurassier Flid vom Kurassierregiment Nr. 8 wurde getötet, der Kurassier Krummel vom gleichen Regiment erlitt eine schwere Nervenschütterung, ein weiterer Kurassier wurde leicht verletzt.

Neuer deutscher Höhenrekord.

Bei der Flugwoche, die zurzeit in Kiel stattfindet, ist es gelungen, neue Rekorde für den Höhenflug zu schaffen. Und zwar war es nicht der bisherige Inhaber des Höhenrekords, der Sieger im Flug Berlin-Wien, Helmut Girth, der die Höchstleistung erreichte, sondern der Hamburger Flieger Referendar Caspar, der es mit einer Erich-Rumpler-Taube auf 8250 Meter Höhe brachte und damit den von Girth mit 2480 Meter aufgestellten Höhenrekord ganz beträchtlich drückte. Girth selbst machte allerdings gleichfalls zwei sehr bemerkenswerte Höhenflüge. Bei dem ersten Aufstieg erreichte er mit Passagier 2500 Meter, bei dem zweiten Aufstieg ohne Passagier sogar 2000 Meter. Er hat auch die Absicht, am Freitag einen erneuten Versuch zu unternehmen, um Caspar seinen neuen Höhenrekord streitig zu machen. — Der Welt Höhenrekord für Flugmaschinen wird von dem französischen Flieger Garros mit 8900 Metern gehalten.

Eine Interpellation über den Prozeß Paternò.

In dem Prozeß des wegen Mordes seiner Geliebten angeklagten italienischen Leutnants Paternò hat es die Verteidigung für nötig gehalten, über 300 Liebesbriefe, die die ermordete Hofdame an den Angeklagten richtete, den Geschworenen vorlesen zu lassen. Mit einer wahren Wollust bemächtigte die wohlwollende Presse — auch die deutsche — sich dieser Sensation und druckte mit vielem Behagen die Liebesergüsse der Toten ab. Das hat den italienischen Abgeordneten Genossen Podrecca zu folgender Interpellation veranlaßt: „Der Unterzeichnete wünscht den Justizminister zu befragen, ob er die Verlesung von mehreren 100 Liebesbriefen, die die Presse der krankhaften Reugier des Publikums preisgegeben hat, in einem Strafprozeß für erziehlisch, moralisch und billig hält.“ An der Interpellation befreundet die Auffassung, daß eine Gerichtsverhandlung erziehlische und moralische Zwecke haben sollte. Es liegt auf der Hand, daß eine Gerichtsverhandlung gar nicht berufen ist, derartigen Zwecken zu dienen. Der unbedingt sinnlose Zeitverlust, und eventuell die ohne Not erfolgende Wogstellung einer Toten hätten wohl besser die Anfrage motiviert. Gerichtssäle sind keine Erziehungsinstitute, und wenn schon gar die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, dann bleiben überhaupt nur die biederen Herren Geschworenen zu erziehen!

Vorleben Nebenache.

Im Heiratsmarkt des „Berliner Tageblattes“ lesen wir folgendes Angebot:

Fürsten-Heirat.

Für österreichischen Reichsfürsten gelehrteten Alters (erblicher Fürstentum), vornehme, markante Erscheinung, tadellos Charakter, Gutsbesitzer in großer Stadt, wird eine Gattin mit großem Vermögen gesucht. Stand, Alter, Konfession, Rationalität und Vorleben Nebenache. Vermittler verboten. Strengste Discretion.

Es ist nur gut, daß der österreichische Reichsfürst, der sich meistbietend verkaufen will, selbst betont, daß er ein tadellos Charakter ist. Der Inhalt des Inserats läßt eher auf das Gegenteil schließen.

Kleine Notizen.

Lebendig verbrannt. Einen schrecklichen Selbstmord verübte im Orte Schwere bei Posen die 68 Jahre alte Frau des Zimmermeisters Schaefer. Sie begab sich in ihrer Wohnung mit Petroleum, legte sich ins Bett und zündete hierauf das Bett an. Gerbeiendenden Nachbarn gelang es, das Feuer zu löschen. Die Frau konnte nur noch als verkohlte Leiche aus den Trümmern des Hauses geborgen werden. Was die Frau zu dieser entsetzlichen Tat veranlaßt hatte, sieht nicht fest.

Sie konnten zusammen nicht kommen... In Düsseldorf gab der Schlosser Robert Jodorf auf seine Geliebte, die achtzehnjährige Arbeiterin Antoinette Kolasch, drei Revolvergeschosse ab, wodurch das Mädchen schwer verletzt wurde. Hierauf richtete der Täter die Waffe gegen sich selbst und verletzte sich durch einen Schuß in die Schläfe lebensgefährlich. Das Motiv zu der Tat ist die Weigerung der Eltern des Mädchens, das Verhältnis ihrer Tochter mit dem Arbeiter fortsetzen zu lassen. Die beiden Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus geschafft.

Tunnelsturz in Frankreich. Bei Arrangouet, Departement Oberpennäns, stürzte ein im Bau befindlicher Tunnel ein, durch den die Wassermassen eines Sturzabaches der Elektrizitätszentrale der Südbahn-Gesellschaft zugeführt werden sollten, und verschüttete vier Arbeiter. Die Leichen der Verunglückten konnten geborgen werden.

Dampferzusammenstoß im Aermelkanal. Der Dampfer „Ella“ von Southampton nach Cherbourg unterwegs, ist in der Bucht von Ketch mit dem Dampfer „Kosma“ zusammengestoßen. Letztere sank sofort. Es gelang, die Mannschaft bis auf drei Matrosen zu retten. Die „Ella“ erlitt keine Beschädigungen und konnte ihre Fahrt fortsetzen.

Marktbericht von Berlin am 19. Juni 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—56,00. Limen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinh.) 6,00—13,00. 1 Kilogramm Hirse, von der Sorte 1,70—2,40. Hirse, Bauernfleisch 1,40—1,90. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Dammfleisch 1,80—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,20. Rale 1,60—3,20. Bänder 1,60—3,60. Dehte 1,60—3,00. Barke 0,80—2,00. Schote 1,40—3,20. Niele 0,80—1,60. 60 Stück Ruchje 4,00—40,00.

Witterungsbericht vom 20. Juni 1912.

Table with 10 columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur, Stationen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke. Rows include Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Caparanda, Vierzburg, Siedlitz, Albersen, Paris.

Wetterprognose für Freitag, den 21. Juni 1912.

Etwas kälter, vielach heiter, aber sehr veränderlich mit leichten Regenfällen und ziemlich häufigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.



Unserem Genossen **Fritz Siebert** und unserer Genossin **Berta Siebert** die herzlichsten Glückwünsche zur **hundertsten Hochzeit**.  
Die Genossen vom Bezirk 505.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokr. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Frankfurter Viertel, Bez. 256. Beerdigung.**  
Die Beerdigung des Genossen **Heinrich Noz** findet Sonnabendmorgen 1/2 Uhr von der Halle des Jentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Verband der Sattler u. Portefeullier Ortsverwaltung Berlin.**  
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kreidriemenmacher **Heinrich Noz**, verstorben ist.  
157/12  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Jentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am Sonnabend, den 15. Juni, verstarb unser Genosse **August Wolf**  
Rahlder Straße 20.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes, Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung eruchtet  
Der Vorstand.

**Deutscher Bauarbeiterverband. Sektion der Patzer.**  
Unseren sowie den Mitgliedern des Sängervereins der Patzer hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege **August Wolf** (Bez. Schönhauser Vorstadt) plötzlich verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes, Friedrichsfelde aus statt.  
Um recht rege Beteiligung bitten  
Die örtliche Verwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Straßenbahnarbeiter **Reinhold Goers** am 18. d. Mts. im Alter von 23 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Ferner verstarb unser Mitglied, der Fräuleinfriseur von der Berna Bengler **August Schulz** am 19. d. Mts. im Alter von 33 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Gingige Beerdigung 2 Uhr 30 Min. nach dem Belegener Kleinbahnhof, Fruchtstraße.  
Um rege Beteiligung eruchtet  
04/18 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter **Karl Stolzenburg**, Schlemmerstr. 18, am 19. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weichmanns-Friedhofes in Nordend-Nieder-Schönhausen aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
119/12 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Straßenbahnarbeiter **Reinhold Goers** am 18. d. Mts. im Alter von 23 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Ferner verstarb unser Mitglied, der Fräuleinfriseur von der Berna Bengler **August Schulz** am 19. d. Mts. im Alter von 33 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Gingige Beerdigung 2 Uhr 30 Min. nach dem Belegener Kleinbahnhof, Fruchtstraße.  
Um rege Beteiligung eruchtet  
04/18 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter **Karl Stolzenburg**, Schlemmerstr. 18, am 19. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weichmanns-Friedhofes in Nordend-Nieder-Schönhausen aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
119/12 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Straßenbahnarbeiter **Reinhold Goers** am 18. d. Mts. im Alter von 23 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Ferner verstarb unser Mitglied, der Fräuleinfriseur von der Berna Bengler **August Schulz** am 19. d. Mts. im Alter von 33 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Gingige Beerdigung 2 Uhr 30 Min. nach dem Belegener Kleinbahnhof, Fruchtstraße.  
Um rege Beteiligung eruchtet  
04/18 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter **Karl Stolzenburg**, Schlemmerstr. 18, am 19. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weichmanns-Friedhofes in Nordend-Nieder-Schönhausen aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
119/12 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Straßenbahnarbeiter **Reinhold Goers** am 18. d. Mts. im Alter von 23 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Ferner verstarb unser Mitglied, der Fräuleinfriseur von der Berna Bengler **August Schulz** am 19. d. Mts. im Alter von 33 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Gingige Beerdigung 2 Uhr 30 Min. nach dem Belegener Kleinbahnhof, Fruchtstraße.  
Um rege Beteiligung eruchtet  
04/18 Die Bezirksverwaltung.

**Dankjagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, Mutter, Schwester, Schwiegermutter und Großmutter **Auguste Bjeske** geb. **Riemer** sagen ich hiermit allen Verwandten, Bekannten, sowie dem 525. Bezirk des 6. Berliner Wahlkreises unseren herzlichsten Dank.  
21405  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**J. Bjeske.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter Mann und guter Vater, der Stereotypen **Theodor Weyland** am 19. Juni nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
Um stille Beileid bitten  
**Helene Weyland** geb. **Hellwig** nebst Sohn.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes, Seefraße, aus statt.  
21526

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am 19. Juni verstarb unser Genosse und Bezirksführer, der Stereotypen **Theodor Weyland**  
Koloniestr. 35.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Philippus-Apostel-Kirchhofes aus auf dem Städtischen Friedhofe, Müllerstraße, Ecke Seefraße, statt.  
Um rege Beteiligung eruchtet  
229/16 Der Vorstand.

**Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlin und Umgegend.**  
Am 19. d. Mts. verschied nach langem qualvollen Leiden unser langjähriges Mitglied, der Stereotypen **Theodor Weyland** im 53. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45, aus nach dem Städtischen Friedhofe, Müllerstr. 44/45, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

**Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler u. Berufsgen. (E. d. St.)**  
Verwaltungsstelle Berlin D. **Rohrstr.**  
Am 15. Juni verstarb unser Mitglied **Friedrich Kübart**.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. Juni, statt.  
292/13  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter **Karl Stolzenburg**, Schlemmerstr. 18, am 19. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weichmanns-Friedhofes in Nordend-Nieder-Schönhausen aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
119/12 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Straßenbahnarbeiter **Reinhold Goers** am 18. d. Mts. im Alter von 23 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Ferner verstarb unser Mitglied, der Fräuleinfriseur von der Berna Bengler **August Schulz** am 19. d. Mts. im Alter von 33 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Gingige Beerdigung 2 Uhr 30 Min. nach dem Belegener Kleinbahnhof, Fruchtstraße.  
Um rege Beteiligung eruchtet  
04/18 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter **Karl Stolzenburg**, Schlemmerstr. 18, am 19. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weichmanns-Friedhofes in Nordend-Nieder-Schönhausen aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
119/12 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Straßenbahnarbeiter **Reinhold Goers** am 18. d. Mts. im Alter von 23 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Ferner verstarb unser Mitglied, der Fräuleinfriseur von der Berna Bengler **August Schulz** am 19. d. Mts. im Alter von 33 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Gingige Beerdigung 2 Uhr 30 Min. nach dem Belegener Kleinbahnhof, Fruchtstraße.  
Um rege Beteiligung eruchtet  
04/18 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter **Karl Stolzenburg**, Schlemmerstr. 18, am 19. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weichmanns-Friedhofes in Nordend-Nieder-Schönhausen aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
119/12 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Straßenbahnarbeiter **Reinhold Goers** am 18. d. Mts. im Alter von 23 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Ferner verstarb unser Mitglied, der Fräuleinfriseur von der Berna Bengler **August Schulz** am 19. d. Mts. im Alter von 33 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Köpenick aus statt.  
Gingige Beerdigung 2 Uhr 30 Min. nach dem Belegener Kleinbahnhof, Fruchtstraße.  
Um rege Beteiligung eruchtet  
04/18 Die Bezirksverwaltung.

**Dankjagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, Mutter, Schwester, Schwiegermutter und Großmutter **Auguste Bjeske** geb. **Riemer** sagen ich hiermit allen Verwandten, Bekannten, sowie dem 525. Bezirk des 6. Berliner Wahlkreises unseren herzlichsten Dank.  
21405  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**J. Bjeske.**

**Köpenick.**  
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Straßenbahnarbeiter **Reinhold Goers** am 18. Juni tödlich verunglückt ist.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Juni, nachmittags 6 Uhr, auf dem Köpenicker Friedhofe statt.  
21506  
Um stille Teilnahme bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen: Eltern, Geschwister, Schwager und Onkel.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein Sohn, unser lieber Bruder, Schwager, Neffe und Onkel, der Metallschleifer **Reinhard Richter** nach langer schwerer Krankheit im Alter von 24 Jahren verschieden ist.  
Statt besonderer Meldung zeigt dies, um stille Beileid bittend, trauernd an  
21426  
**Reinhard Richter** nebst Familie.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Reußener Gemeinde-Friedhofes, Wartendorfer Weg, aus statt.

**Dankjagung.**  
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner Lebensfrau, unserer guten Mutter **Marie Vetter** sagen wir allen Bekannten und Verwandten, insbesondere den Angehörigen der Buchhandlung Roswärt, Potensfrauen der Bonwärdspedition Redarstraße, Spektoren, dem Transportarbeiter-Verband sowie dem sozialdemokratischen Wahlverein (19. Bezirk) unseren herzlichsten Dank.  
21486  
**Franz Vetter** nebst Kindern.

**Arbeiter-Radfahrer-Band Solidarität. Ortsgruppe Berlin. Touren**  
zum Sonntag, den 23. Juni.  
1. Abt.: 4 Uhr: Neu-Suppen (Schiller), 1 Uhr: Vadenberge (Endelab). Start: Wilmsstr. 66.  
2. Abt.: Am 22. abends 9 1/2 Uhr: Streckzüge durch den Blumenthal, am 23. 12 Uhr: Straußberg (Hungr. Wolf). Start: Schönleinstr. 6.  
3. Abt.: 6 u. 11 1/2 Uhr: Mojen. Start: Lauffter Platz 11.  
4. Abt.: Am 22. abends 8 Uhr: Guben, am 23. 1 Uhr: Schöneiche (Wann). Start: Köftriner Platz.  
5. Abt.: 4 Uhr: Budow (Schwielgershaus), 9 Uhr: Straußberg (Hungr. Wolf). Start: Elmsum.  
6. Abt.: 4 1/2, 12 Uhr: Weizen a. D., 1 Uhr: Familientour nach Badmannslust (Schwielgershäuser). Start: Oberberg Str. 28.  
7. Abt.: Am 22. abends 8 1/2, 12 Uhr: Lampiontour nach Alenide a. Nordb. (Altermann). Start: Schillerstr. 29.  
8. Abt.: Am 22. 7 Uhr: Rindheimfahrt. Ziel wird am Start bekanntgegeben. Am 23. 1 Uhr: Schwaide (Witte). Start: Levetowstr. 21.  
9. Abt.: 8 u. 12 1/2, 12 Uhr: Mojen. Start: Schillingstraße 22.  
10. Abt.: Am 22. 9 Uhr: Rahnendorf. Start: Or. Hamburg Str. 18/19. Jugendlige Bundesgenossen: 1 Uhr: Spielpartie nach Richtenau (Gefellshaus). Start: Stralauer Brücke 8.

**Agitationstour**  
am Sonntag, den 23. Juni, nach Weizen a. D. Der wichtigen Veranstaltung wegen werden bis 6 Uhr dringend eruchtet, sich rege an der Tour zu beteiligen. Sammelstart: 6 Uhr: Frankfurter Allee, am Bahnhof. 11/18  
Die Agitationskommission.

**Zentral-Samariterföhung**  
am Donnerstag, den 27. Juni, abends 9 1/2, 12 Uhr, Stralauer Brücke 8.  
**Reinickendorf.**  
1. u. 2. Abt.: 6 Uhr: Liebenwalde, 2 Uhr: Bezirksfest. Start: Schornweberstr. 37 und Kienendstr. 83.  
**Bezirk 21: Bezirksfest.**  
Die Bundesgenossen werden gebeten, sich zahlreich an der Korfahrt zu beteiligen. Der Start ist auf 9 1/2 Uhr am Vorkagener Platz in der Grünberger Straße festgesetzt, von hier aus um 8 Uhr mit Musik durch Rummelsburg nach „Casé Bellevue“ am See, Hauptstr. 2.  
Einladungen sind am Start zu haben.  
Die Bezirksleitung.

**Gäfte an allen Touren und Veranstaltungen willkommen.**  
**Zahnarzt Freund, Neukölln, Riddistr. 66.**  
Sprechzeit 8-8 abends.  
Schmerzlos, Zahngelb, Wund-, Gebisse billig. Behandl. all. Kassenmitglieder. Unben. u. Arbeitslose Bez. unentgeltl.  
**Zigarren-W. Herbst**  
Fabriken  
1862. Tel.: Moritzplatz 3873.  
BERLIN SW., Ritterstr. 53  
Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.  
- Tarifarbeit.

**Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden).**  
**Neuerscheinungen:**  
**Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung.**  
Herausgegeben von **Max Grünwald.**  
Heft 2:  
**Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik** von **August Mai.**  
Heft 3:  
**Goethe und die Arbeiter** von **Max Grünwald.**  
Preis jedes Heftes 40 Pf.

**Haut- u. Harn-Heilung.**  
leiden, Ehrlich-Kata, Quecksilber-schäd. Spezialärztliche Leitung. Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc. Honorar mäß., Teilzahlung gestattet.  
**Dr. Homeyer & Co. (Kons. Spez. Lab.)**  
Friedrichstr. 81.  
gog. Panopt. Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2  
**Blumen- und Kranzbilderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.**

**Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden).**  
**Neuerscheinungen:**  
**Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung.**  
Herausgegeben von **Max Grünwald.**  
Heft 2:  
**Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik** von **August Mai.**  
Heft 3:  
**Goethe und die Arbeiter** von **Max Grünwald.**  
Preis jedes Heftes 40 Pf.

**Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden).**  
**Neuerscheinungen:**  
**Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung.**  
Herausgegeben von **Max Grünwald.**  
Heft 2:  
**Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik** von **August Mai.**  
Heft 3:  
**Goethe und die Arbeiter** von **Max Grünwald.**  
Preis jedes Heftes 40 Pf.

# ROLAND

Schuhwarenvertriebsgesellschaft m. b. H.

gegenüber dem Rathaus **Königstrasse 53-54** gegenüber dem Rathaus

Unser diesjähriger

## Inventur-Ausverkauf

beginnt heute Freitag, den 21. d. M.

### Wir gewähren bis 50% Preisermässigung

Daher liegt es im Interesse eines jeden, unseren Inventur-Ausverkauf sehr schnell zu besuchen, bevor die besten Sachen vergriffen sind.

|| Beispiele, wie billig man jetzt zu Schuhwaren kommen kann ||

**Damen-Halbschuhe** schwarz und braun nur soweit Vorrat . . . jetzt **3 95**

**Herren-Stiefel** schwarz, mit Agraffen, nur soweit Vorrat . . . jetzt **4 85**

**Damen-Stiefel** schwarz und braun nur soweit Vorrat . . . jetzt **3 95**

**Herren-Stiefel** braun, Goodyear-Welt, nur soweit Vorrat . . . jetzt **7 35**

**Mehrere 100 Paar Herren- u. Damen-Stiefel Goodyear-Welt** sonstiger Verkaufspreis bis 16.50 **9 25**

### Kinder-Stiefel in braun u. schwarz

grosse Preisermässigung.

Wer Bedarf hat, der kaufe, wer keinen Bedarf hat, der kaufe Vorrat. Diese Gelegenheit bietet sich jedes Jahr nur einmal.

**Probieren Sie!**



**Knorr Suppe**  
**Weibertreu**  
3 Teller 10 Pfg.

**Haut- u. Harn-Heilung**

leiden, Ehrlich-Kata, Quecksilber-schäd. Spezialärztliche Leitung. Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc. Honorar mäß., Teilzahlung gestattet.  
**Dr. Homeyer & Co. (Kons. Spez. Lab.)**  
Friedrichstr. 81.  
gog. Panopt. Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2

**Blumen- und Kranzbilderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.**

**Augen auf!**

Wenn Einkauf Ihrer Sommer-Garderobe! Wir empfehlen modern gearbeitete Herrenanzüge, Jacketts, Hosen in reich, reich form. in bester Verarbeitung, in höchsten Preislagen auf Rohstoffen mit Handnähten.

|                              |      |      |      |      |
|------------------------------|------|------|------|------|
| Jackett-Anzüge, einfarbig    | 10.- | 15.- | 20.- | 25.- |
| Jackett-Anzüge, blau         | 15.- | 20.- | 25.- | 30.- |
| Wasser- wie Wild             | 15.- | 20.- | 25.- | 30.- |
| Hosen, einfarbig, zweifarbig | 15.- | 20.- | 27.- | 30.- |
| Wendel-Anzüge                | 25.- | 35.- | 40.- | 45.- |
| Wendel-Anzüge                | 8.-  | 12.- | 16.- | 20.- |
| Wendel-Anzüge                | 3.-  | 5.-  | 6.-  | 8.-  |

**Extra-Abteilung:**  
Krawatte, Smoking, Gesellschafts-Anzüge sowie jede andere Garderobe wird vertieft.

**J. Wand, Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116.**  
2. Geschäft: Chausseest. 89. 8. Geschäft: Jägerstr. 11.  
Im Hauptgeschäft Gr. Frankfurter Str. 116:  
**Wach-Abteilung.**  
Verkauf nach außerhalb.

|                        |         |         |         |
|------------------------|---------|---------|---------|
| Wäsche nach Maß        | 12 40.- | 12 50.- | 12 60.- |
| Wäsche, Hosen nach Maß | 15.-    | 18.-    | 21.-    |

Korrekturen  
Stücke, welche nicht passen, brauchen nicht abgenommen zu werden.  
Sonntag geöffnet von 9-10 Uhr.



# Bei Darmstörungen,

welche in den heißen Sommermonaten und bei reichlichem Obstgenuss so häufig auftreten, ist ein vorbeugendes und linderndes Mittel wie

## Dr. Michaelis' Eichel-Kakao mit Zucker u. präpariertem Mehl.

von unschätzbarem Werte. Er ist seit mehr als 25 Jahren ärztlich erprobt und wird jung und alt bei Brechdurchfall und Diarrhöe verordnet. In Apotheken und Drogerien.  
Fabrikanten: Gebrüder Stollwerck A.-G., Köln.  
Man weise Nachahmungen zurück.  
Nahrhaft! Wohlschmeckend!

Das echte



**Dr. Gentner's Goldperle**  
Toiletseifenpulver

mit den reizenden, praktischen und brauchbaren Geschenkbeklagen können Sie nur in obiger Packung bekommen.  
Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Schuhcreme „Nigrin“  
Carl Gentner, Fabrik chem.-techn. Prod., Göppingen.

Vertretung für Groß-Berlin: 200/12\*  
Max Hirsch, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 215. Tel. Neukölln 9280.

**Vorwärts-Bibliothek**  
Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen

Soeben neu erschienen:  
Band II  
**Der Ausweg**  
Erzählung von Ernst Proczanz  
Preis: gebunden 1 M.

Band I  
**Erweckt**  
Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger  
Preis: gebunden 1,25 M.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69 (Laden)

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Teilw. wöchentl. 1 M.  
Plomben 1,50 M. Fast vollk. schmerzloses  
Zahnziehen. Umarbeitung schlecht sitzender  
Gebisse. Reparatur sofort. Sprechst. 8-7.  
jetzt Potsdamer Str. 55. Hochbahnh.

**Charlottenburg.**  
**S. Hoffmann,** Wilmsdorfer Straße 12  
Ecke Schulstraße

empfiehlt zur Reise-Saison sein reichhaltiges Lager von guten Herren- und Knaben-Garderoben zu bedeutend herabgesetzten Preisen.  
Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45 M. an in eigener Betriebswerkstätte.  
Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch **Mann**  
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei  
**Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufs-Kleidung**

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 68  
Höhe Alexanderplatz. Ufer Weimelstraße. am Friedrichshain. (Richtofen) am Ringbahnst.

Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Maßart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

# Theater und Vergnügungen

Freitag, 20. Juni 1912.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Uda.  
Kgl. Schauspielhaus. Geschlossen.  
Prater. D diese Berliner.  
Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Der Großglöcker, Gastein, Salzburg.  
**Komische Oper.** Heiligenwald.  
**Königsgräber Straße.** Die fünf Handlanger.  
**Kurparktheater.** Der Langenwall.  
**Neues.** Der liebe Augustin.  
**Residenz.** Alles für die Firma.  
**Berliner.** Große Rollen.  
**Schiller O.** Hohe Politik.  
**Schiller - Charlottenburg.** Das Konzert.  
**Neues Operetten.** Der Kongress von Sevilla.

**Thalia.** Autolobchen.  
**Kleines.** Der Unerschämte. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Kravatte.  
**Metro.** Schwindelmeister u. Co.  
**Rolle.** Blüten des Lebens.  
**Apollo.** Spezialitäten.  
**Passage.** Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Zeffing.** Vergnügungsdrehe.  
**Neues Schauspielhaus.** Partellig Nr. 10.  
**Lustspielhaus.** So'n Windhund.  
**Griech.** Wild. Schauspielhaus.  
**Die feuchte Eszanne.**  
**Volles Copier.** Parfians-Ensemble  
**Walhalla.** Um eine Krone.  
Anfang 8.30 Uhr.

**Zuifen.** Schwester Carmen.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Kammeroper.** Mein Freund Teddy.  
**Neues Volkstheater.** Der Königsleutnant.  
**Königsstadt-Kasino.** Spezialitäten.

**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.  
**Schiller-Theater O.** Theater.  
**Hohe Politik.**  
Schwan in 3 Akten v. R. Stowronnet.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage:  
**Hohe Politik.**

**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
**Das Konzert.**  
Lustspiel in 3 Akten von Herrn. Bahr.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage:  
**Das Konzert.**

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Große Rollen.**  
Theater in der Königsgräber Straße  
Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der liebe Augustin.**  
Operette von Led. Hoff.

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
8 Uhr:  
**Alles für die Firma.**  
Schwan in 3 Akten von H. Hennequin und G. Michel.  
Morgen u. folgende Tage: Alles für die Firma.

**Theater des Westens**  
Abends 8 Uhr:  
**Die schöne Helena.**

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anfang 8 Uhr.  
**Bilanzen des Lebens.**  
Auf der Gartenbühne:  
Juhu! Es ist erreicht.

**IKLA**  
Intern. Kongress Lebender Abnormitäten.  
Die größte Ausstellung  
**lebender Naturwunder**  
von 10 bis 10 Uhr  
in den Gesamträumen des  
**Passage-Panoptikums.**  
Eintritt, alles inkl. 50 Pf.  
Kinder, Sold. 25 Pf.

**Voigt-Theater.**  
Geldbrücken Badstraße 58.  
Quelle sowie täglich:  
**Die Tochter der Hexe**  
Gr. rom. Handlungsspiel in 5 Akten und 5 Bildern.  
Neue Beleuchtungseffekte usw. usw.  
u. d. große Spezialitäten-Programme.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.



**HAGINBEKS INDIEN**

**Tempelhofer Feld**  
Täglich geöffnet von 11 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.  
Haupt-Vorstellungen: 11 1/2, Vm., Nm. 3, 4 1/2, 6, 7 1/2 u. 9 1/2 Uhr.  
Ab 3 Uhr: **Doppelkonzert** unt. pers. Uhr: **Leitg. des Kgl. Obermusikmeisters a. D. Gustav Offenay.**  
Fußgänger-Promenade 50 Pf.  
Reserv. Sitzplätze: Loge 2.—, I. Trib. 1.50, II. 1.—, Kinder u. Militär die Hälfte.  
Unbeschränkter Aufenthalt.

**Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berl. Reichstagswahlkreis**  
Sonnabend, den 22. Juni 1912,  
im Garten und in den Gesamträumen der **Sophien-Säle**, Sophienstraße 17-18:  
**Großes Sommernachts-Fest**  
**Humoristische Vorträge.**  
Beim Morgenrauchen Kaffeekochen im Garten.  
Anfang 9 Uhr. 220/15\*  
Eintritt inkl. Tanz 30 Pf.

**Deutscher Holzarbeiterverband**  
Zahlstelle Berlin.  
Sonntag, den 23. Juni,  
im großen Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114:  
**Eröffnungsfeier**  
zum neunten ordentlichen Verbandstag.  
Das Konzert wird ausgeführt vom „Berliner Volkschor“ (M. d. D. A.-S.-B.), Dirig. Herr Dr. Zander — unter Mitwirkung des „Berliner Sinfonie-Orchesters“, Dirigent Herr Maximilian Fischer.  
Einlaß 6 Uhr, Anfang 7 Uhr abends. Eintrittsgeld 60 Pf. inkl. Garderobe u. Programm. Kinder haben zur Eröffnungsfeier keinen Zutritt. 65/11  
Karten sind in allen Zahlstellen, bei den Oblouten, bei Schwemko, Schönleinstr. 34, im Restaurant Zehrend, Hasenheide 9 und im Bureau zu haben.

**Die Unfallgefahren in der Holzindustrie**  
Wander-Ausstellung des Deutschen Holzarbeiterverbandes  
vom 23. Juni bis 21. Juli 1912  
im Berliner Gewerkschaftshaus, Saal III  
Engelufener 14-15  
Geöffnet v. 9-1 u. 4-9 Uhr  
Sonntags von 9-1 Uhr  
**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

**2000 LOGISCHER GARTEN**  
Täglich ab 4 Uhr:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 M.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.; Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
Jahres-Abonnement an allen drei Schalterkassen.

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr  
Das Tagesgespräch Berlins!!!  
10 große Attraktionen.  
Raffayottes Wunderkunde.  
Paul Beckers.  
u. a. v.

**Metropol-Theater.**  
Schwindelmeier & Comp.  
Spannendste mystische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von H. Freund. Musik von H. Kellon u. a. Länge v. 2 1/2 Stunden.  
In Szene gesetzt vom Dr. R. Schulz.  
Anfang 8 Uhr: Karten gestattet.

**LUNA PARK**  
Sonnabend:  
**Elite-Tag**  
mit  
**Pracht-Feuwerk**

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Zum Schluß neu:  
**Sanatorium Sonnenstich.**  
Burdette von Weibel.  
Anfang 8.30.  
Sonntags 7 1/2 Uhr.

**Königsstadt-Kasino.**  
Ede Holzmarkt- u. Alexanderstr.  
Täglich: **Theater und Varieté.**  
Anfang wochentags 8, Sonntags 6 Uhr. Vom 16. Juni bis 1. Juli: Erkl. Spezialitäten u. „Rosen a. d. Süden“, gr. Operettenburleske

**Admiralspalast**  
am Bahnhof Friedrichstraße, z. Z. einziger Eispalast.  
Angenehm kühl. Aufenthalt.  
Allabend- „Yvonne.“  
Neb: Eisballett in 3 Bildern.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise.  
**Restaurant 1. Ranges**  
Wein- und Bier-Abteilung.

Berlin SO. 16.  
**H. & P. Uder,** Engel-Afer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
General-Depot von **F. J. Burrus St. Kreuz i. L.**  
Größte Firma in Feinschnitt-Tabaken des Kontinents  
Spezialität: **Shag Tabake u. Zigaretten.**  
Amt Moritzplatz 3014.



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-  
ufer 14/15, Saal 4 (ArbeitslosenSaal):

## Sitzung der Ortsverwaltung.

### Achtung!

Die Bibliothek wird im Juli zwecks Inventur ge-  
schlossen. Alle Bücher müssen bis zum 30. Juni ein-  
geliefert werden.

Die Ortsverwaltung.  
**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler  
und anderer gewerblicher Arbeiter (E. H. 3)  
Berlin J.**

Sonntag, den 23. Juni cr., vorm. 11 Uhr, bei Greive,  
Königsener Straße 2:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Delegierten resp. Stellvertreters zur Generalversammlung.
  2. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung der Frauenkasse.
  3. Wahl eines Beitragsamtlers.
  4. Verschiedene Kasseeingangsangelegenheiten.
- Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend erforderlich.  
Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Wanderverein „Berlin“**  
Verein zur Förderung d. Wandersports unter den  
organisierten Parteigenossen Groß-Berlins  
Sitzung jeden 3. Mittwoch im Monat Restaurant Wühlsch, Falther Str. 22.  
Unseren Gästen und Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß wir die  
Teilnehmerliste zu der am **Sonntag, den 23. Juni**, stattfindenden

## Spreewaldfahrt

wegen großer Beteiligung schließen mußten. 1/5

Wir veranstalten deshalb am **Sonntag, d. 14. Juli**, eine 2. eintägige

## Spreewaldfahrt

Teilnehmerliste a 7,50 M. (Eisenbahn und Robnfahrt, Ritttagessen und  
Nachmittagskaffee) sind bei den Führern **Georg Wehnacht**, Berlin O.,  
Oranienstr. 21, und **Fritz Kruse**, Berlin SO., Mariannenstr. 11, zu haben.  
Zusätzlich jede gewünschte Auskunft.

**Zentralverband der Maschinisten und Heizer  
sowie Berufsgenossen Deutschlands**

Sonntag, den 23. Juni 1912, vormittags 10 Uhr,  
im großen Saal des Gewerkschaftshauses zu Berlin,  
Engelshfer 15:

## Kombinierte Mitglieder-Versammlung

folgender Jahrestellen:

Berlin, Charlottenburg, Friedrichshagen, Herzfelde,  
Kalkberge, Köpenick, Königswusterhausen, Köpenick-  
Krug, Nowawes, Oberschönweide, Spandau, Welten.

Tagesordnung:

1. Ergänzungswahl des Verbandsvorstandes und der Rechtskommission.
2. Zusammenfassung der Jahrestellen zu einer Geschäftsstelle Groß-Berlin.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um starken Versammlungsbefuch wird gebeten. Der Vorstandsvorsitz.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof III.  
Hof I. Charitéstraße 3. Hof II. Hof III.  
Amt Norden, Nr. 1239. Amt Norden, Nr. 1987

Sonntag, den 23. Juni 1912, vormittags 10 Uhr,  
im gr. Saal d. Branerei Friedrichshagen, Amt Friedrichshagen 16/23:

## Versammlung

aller in den

**Eisenkonstruktions-Betrieben  
Groß-Berlins beschäft. Arbeiter**

Tagesordnung:

1. Bericht über die letzten Verhandlungen mit den Arbeit-  
gebern und unsere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion.

Die Vertrauensleute treffen sich eine  
Stunde vorher im kleinen Saal.

Mitgliedsbücher sind zwecks Kontrolle mitzubringen.  
Kollegen! Sorgt für vollständigen Besuch der Versammlung.

Sonntag, den 23. Juni 1912, vormittags 10 Uhr,  
in den Muster-Festsälen, Kaiser-Wilhelmstr. 18m, großer Saal:

## Branchen-Versammlung

der

**Eisen-, Metall- und Revolver-  
dreher sowie Rundscheifer.**

Tagesordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Das Ueberstunden-  
unterliegen. 4. Verschiedenes.

Die Kollegen der Firma Daimler-Motorenfabrik  
werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Zur Ausstellung der Konsumgenossenschaft  
sind für unsere Mitglieder Billets a 10 Pfennig im  
Bureau zu haben.

Die Ortsverwaltung.

**Würzburger Hühneraugenmittel**

von **Dr. H. Unger**. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Bl. Anweisung frei.  
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen  
Hanfextrakt.)

**Dr. H. Unger in Würzburg.**

Berlin (20 Bl.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-  
Apothek, Barnimstr. 23. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

# Sechster Wahlkreis.

Die

## Stichwahl

zwischen den Genossen **Frank** und **Joseph** findet am

Sonntag, den 23. Juni,

in folgenden Lokalen statt:

**Obiglio**, Schwedter Str. 23.  
**Lopper**, Zionskirchstr. 11.  
**Gründel**, Bärthner Str. 15.  
**Dobroslaw**, Schliemannstr. 39.  
**Brecht**, Bischerstr. 3.  
**Wachgänger**, Schibelbeiner Str. 23.  
**Gliesche**, Kopenhagener Str. 74.  
**Hoffmann**, Swinemünder Str. 47.  
**Henkel**, Straßfunder Str. 17.  
**Thomas**, Hufitenstr. 35.  
**Bruder**, Schlegelstr. 9.

**Faber**, Stephanstr. 11.  
**Paersch**, Oldenburger Str. 10.  
**Köhler**, Wittstoder Str. 19.  
**Petermann**, Habelberger Str. 15.  
**Fünke**, Triftstr. 63.  
**Shade**, Köstner Str. 9.  
**Waer**, Badstr. 44.  
**Pose**, Koloniestr. 15.  
**Glawe**, Liebenwalder Str. 4.  
**Doye**, Müllerstr. 38a.  
**Tauschel**, Rameruner Str. 53.

Gewählt wird in der Zeit von 10 bis 1 Uhr.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Wer länger als drei Monate mit seinen Beiträgen restiert, kann nicht wählen.

Der Vorstand.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
dient am  
**Prinzenstr. 41, Moritzplatz**  
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

**Getreidegeschäft**  
(Gutterartikel, Kunstbänder und  
Rohlen)  
direkt am Verladebamm und Schiffs-  
gelegen, zu 200 Baggern Umsatz,  
andere Unternehmungen halber so-  
fort zu verkaufen. 21569  
**A. Linder, Loppow**  
(Eisenbahn) bei Döhrenhof.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn  
**Möbel** direkt in der Möbelfabrik  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden  
Tel. A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene  
Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

# Leineweber

Berlin E, Kölnischer Fischmarkt 4-5-6  
gegenüber der Dreieck Straße



Für jede  
Grösse  
passende

## Anzüge

zu den

**SERIEN-  
PREISEN**

Mark

|    |    |
|----|----|
| 21 | 25 |
| 28 | 32 |
| 36 | 42 |
| 48 | 54 |
| 60 | 68 |

Nur eigenes Fabrikat,  
daher höchste  
Leistungsfähigkeit

Sonntags nur von 8-10 Uhr geöffnet

# Lewinsohn's Ausverkauf

Rosenthaler Str. 40-41  
Hackescher Markt.  
Bitte genau auf die Hausnummer  
zu achten.



Stauend  
billige  
An-  
gebote!

Nur kurze Zeit  
solange Vorrat

## Damen-Stiefel

schwarz im Chevreau  
mit Lackkappe, moderne  
Fassons . . . jetzt nur **4.75**  
schwarz Chevreau mit Lack-  
kappe, schlanke u. breite  
Fassons . . . jetzt nur **5.95**  
schwarz prima Chevreau  
mit, auch ohne Lackkappe, die  
eleganteren Fassons, die  
Goodyear-Welt jetzt nur **7.95**  
braun Chevreau mit  
Lackkappe, moderne  
Fassons . . . jetzt nur **5.95**  
braun Ia Chevreau mit Lack-  
kappe, breite u. schlanke  
Fassons . . . jetzt nur **6.75**

## Halbschuhe

Damen, schwarz Chevreau  
mit Lackk., jetzt nur **3.95**  
braun Chevreau  
mod. Fassons, jetzt nur **4.25**  
schwarz Derby, große  
Osa, Lackk., jetzt nur **4.95**  
braun Chev., Derby  
mit Lackk., jetzt nur **4.95**  
Lack-Halbschuhe  
amerikanisch, Fassons, **5.95**  
jetzt nur

## Herren-Stiefel

schwarz Rindbox - Behn-  
stiefel, breite Fassons, kräftig  
Straßestiefel, auch Zug  
u. Schnalle . . . jetzt nur **5.95**  
schwarz Chevreau - Behn-  
stiefel mit Lackkappe, schlanke  
und breite Fassons, jetzt nur **6.95**  
schwarz Chevreau - Behn-  
stiefel, eleg. amer. und franz.  
Fassons, Goodyear, Welt . . . jetzt nur **8.95**  
braun Chevreau - Herren-  
stiefel, schlanke und  
breite Fass., jetzt nur **6.95**  
braun Ia Chevreau - Herren-  
stiefel, neueste For-  
men . . . jetzt nur **7.95**

## Kinder-Stiefel

schwarz,  
mit und ohne Lackkappe  
kräftige Strapazierstiefel  
20-24 25-26 27-30 31-35  
**1.55 2.95 3.25 3.75**

braun, mit Lackkappe,  
Normalfassons  
21-24 25-26 27-30 31-35  
**2.95 3.45 3.75 4.25**

## Rindleder- Sandalen

20-24 25-26 27-30 31-35  
**1.95 2.25 2.55 2.75**  
30-42 43-46  
**3.35 3.85**

## Hauschuhe

in Leder mit Absatz **1.65**  
für Damen . . . . .

## Hauschuhe

in Leder mit Absatz **1.95**  
für Herren . . . . .

**Lewinsohn**  
Rosenthaler  
Str. 40-41  
Hackescher Markt.

Prompter Versand nach außerh.  
Umtausch jederzeit.



Partei-Angelegenheiten.

6. Wahlkreis.

Zu der Polenversammlung am Dienstag, den 26. Juni, im Stadttheater Noabit findet am Sonntag, 23. Juni, vormittags 8 Uhr, eine Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus statt.

Neukölln. Die noch ausstehenden Bücher der Wahlvereins-Bibliothek sind bis zum 30. d. M., der Inventur wegen, abzuliefern. Die Bibliothekskommission.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 23. Juni, veranstaltet der Wahlverein in allen Räumen des „Volkshauses“ ein Sommerfest. Eintritt 25 Pf. Kaffeefläche von 2 Uhr ab geöffnet. Billets an der Kasse.

Friedenau. Am Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 1/2 3 Uhr, Sammelpunkt „Kaiserliche“ zum gemeinsamen Besuch der Konsumgenossenschaftsausstellung im „Clou“. Einladungskarten sind zur selben Zeit beim Genossen Kleemann zum Preise von 10 Pf. zu haben.

Steglitz. Die Privat-Theatergesellschaft „Thalia“ hält am Sonntag, den 22. Juni, im „Schloßpark“ einen Theaterabend ab, wozu sie besonders in Arbeitstreuen Eintrittskarten abzugeben sucht. Wir verweisen darauf, daß der „Schloßpark“ der Arbeiterschaft für Versammlungen nicht zur Verfügung steht.

Tempelhof. Heute Freitag: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Resenthal, Wilhelmshagen, Nieder-Schönhausen-West. Sonntag, den 23. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Rindrodt, Kronprinzenstr. 15: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht der Bezirksleitung. 3. Neuwahl der Bezirksleitung. 4. Anträge und Verschiedenes.

Vernau. Die Mitgliederversammlung am 22. Juni fällt aus, dafür ist Sonnabend, den 29. Juni, die Generalversammlung. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Für den „Preussischen Feuerwehrcorps“ hatten zur Förderung des geplanten Unternehmens eines Feuerwehrgesellschaftsheimes nebst einer Landes-Feuerweherschule ein Antrag Modler einen Beitrag aus Mitteln der Stadt Berlin gefordert. In dem Ausschuss, dem dieser Antrag zur Vorberatung überwiesen worden war, fand sich keine Mehrheit für ihn. Man war der Ansicht, daß das Heim wie die Schule mehr den Feuerwehren der Vororte und der Provinzstädte als denjenigen Berlins not tue und nützen werde. Der Ausschuss empfahl, den Antrag abzulehnen, da ihm die Begründung fehle, und dafür den Magistrat zu ersuchen, nötigenfalls in den nächsten Etat Mittel zu besonderer Fürsorge für Erholungsbedürftige der Feuerwehre einzustellen. Für diesen Vorschlag trat auch die sozialdemokratische Fraktion ein. Ihre Gründe wurden von unserem Genossen Drescher dargelegt, der im übrigen — unter dem Protest des Stadtverordneten Cassel — darauf hinwies, daß auch den Feuerwehrenten die Gewährung eines auskömmlichen Gehaltes die erwünschteste Fürsorge ist. Die Versammlung beschloß, was der Ausschuss vorschlug.

Für die Kirche will der Magistrat etwas tun. Unterstützen will er eine in Berlin bestehende schwedische Kirchengemeinde, der er unter für sie günstigen Bedingungen einen Bauplatz überlassen möchte. Genosse Hoffmann trat diesem Plan entgegen, indem er sich gegen jede Unterstützung von Kirchengemeinden durch Stadtgemeinden erklärte. Sein Rat, den Antrag des Magistrats ohne weiteres abzulehnen, fand nicht den Beifall des Stadtverordneten Cassel. Mit Eifer stritt der für die Kirche, die Hoffmann mit einem kalten „Wir geben nichts!“ abfertigen wollte. In Anbetracht der „alten freundschaftlichen Verbindung“ zwischen Schweden und Norddeutschland, die in der Magistratsvorlage als einziger Grund angegeben worden war, hielt Herr Cassel es für ein Gebot der Höflichkeit, die Sache in einen Ausschuss hinein zu retten. Das gelang ihm denn auch, nachdem zuvor der Oberbürgermeister Kirchner wegen dieser wunderlichen Begründung der Vorlage sich bei unserem Genossen Hoffmann eine amüsante Absprache geholt hatte.

Schülerspielplätze im Grunewald sind auch eins der modernen Mittelchen, um die Jugend ins nationale Schlepptau zu nehmen und für Kriegshalmeien zu begeistern. Wie bei allen solchen Dingen schiebt man große Erziehungsprobleme vor und läßt für die Öffentlichkeit die Hauptfrage mehr im Hintergrunde. Es wird darauf verwiesen, daß die Schulen der Großstadt nur selten in der glücklichen Lage seien, ihren Schülern in unmittelbarer Nähe der Schule einen großen Platz als Lummelstätte zu bieten. Die meisten Schulhöfe seien von Häuserblöcken umschlossen, die Nachteile des Hallenturnens im Sommer ganz offenkundig. Zudem dürfe nicht verkannt werden, daß der Schultununterricht an sich mit seinen Freiübungen und seinem Geräteturnen in der heute betriebenen Art auch eine gewisse geistige Anstrengung der Schüler, besonders gleich nach anderen Lehrstunden, mit sich bringe, während der Turnunterricht einen Ausgleich in körperlicher Hinsicht für die geistige Anspannung in den Schulstunden bilden solle. Deshalb seien höhere Lehranstalten schon auf den Ausweg des Wassersports verfallen, von dem aber aus sozialen und anderen Gründen nicht alle Schüler den entsprechenden Nutzen haben. So kamen andere höhere Lehranstalten des westlichen Groß-Berlin auf einen neuen Gedanken. Es entstand eine Vereinigung, die sich die Schaffung von Schülerplatzanlagen im Walde zur Aufgabe macht, und es können an diesen Schulplätzen unter Leitung von Turnlehrern auch Gemeindeführer, Mitglieder von Turnvereinen und anderen Vereinigungen teilnehmen. Der erste dieser Schülerplatzanlagen wurde vor drei Jahren, der zweite vor einigen Tagen eröffnet. Beide liegen an der Grenze des Grunewaldes, bei Dohlem und Gieskamp. Der Fortschritt hat die Benutzung, auch im Winter, für eine billige Pachtsumme hergegeben, auch sollen zum Ausleihen, Ausdrücken usw. sind vorhanden. So weit ist alles ganz schön. Aber schon an der Tatsache, daß ein Hofenzollernprinz Protektor der Vereinigung ist und bei der Eröffnung des zweiten Schülerplatzes zugegen war, merkt man, wohin die Sache zielt. Die Jungen sollen nationalisiert, dem sozialen Zuge der

Zeit entfremdet werden. Der rein turnerische, körperkräftigende Gedanke der Einrichtung ist genau identisch mit der Jugendpflege der Sozialdemokratie. Aber das hindert nicht, unserer Jugendpflege die denkbarsten und oft ungeschicktesten Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Ob wohl der Hofenzollern auch einer Arbeitervereinigung Spielgelände zur Verfügung stellen würde?

Aus der Gewerbe-Deputation.

In der letzten Sitzung beschäftigte sich die Gewerbe-Deputation von neuem mit dem Antrag der Handwerkskammer Berlin, ihr zum Zwecke der Abhaltung von Meisterkursen den Betrag von 5000 M. zu bewilligen. Die Angelegenheit zeitigte eine längere Debatte, weil nicht mit wünschenswerter Deutlichkeit aus dem Antrage hervorging, ob der angeforderte Betrag für entstandene Defizits früherer Jahre oder für das kommende Etatsjahr Verwendung finden solle.

Es wurde beschlossen, nur unter der letzteren Voraussetzung dem Plenum des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Annahme zu empfehlen. Die Deputation für das Fortbildungsschulwesen, deren Gutachten eingeholt war und vorlag, empfahl ebenfalls die Bewilligung.

Vom Vorstand der Wäcker-Zwangsbauung lag der Antrag vor, die Zustimmung des Gesellenauschusses zu § 7 der von der Innung beschlossenen Bestimmungen für den Arbeitsnachweis zu ergänzen. Es handelte sich hier um die verschiedenartige Vermittlungsgebühr für Arbeitsuchende, die in Beträgen von 25 Pf. bis zu 1 M. erhoben werden sollen, und zwar je nach der Art der Arbeit, für die der Wäckergehilfe eingestellt wird, ob als Auerer, dritter oder vierter Geselle usw.

Diesen Bestimmungen hatte der Gesellenauschuss seine Zustimmung verweigert, so daß die Gewerbe-Deputation die verweigerte Zustimmung, wie es in § 95 der Gewerbeordnung so lausich heißt, „ergänzen“ sollte. Vom Gesellenauschuss lag eine längere Begründung für die Ablehnung seiner Zustimmung vor. Es wurde ausgeführt, daß der Gesellenauschuss Wert lege auf eine einheitliche Gebühr, und zwar auf keine Vermittlungs-, sondern auf eine Einschreibgebühr, wie dies von den paritätischen Arbeitsnachweisen gehandhabt werde, und die man einheitlich auf 20 oder 25 Pf. festsetzen könne. Die Einnahmen des Nachweises würden, wie rechnerisch dargelegt wurde, keineswegs leiden, überdies sei die Innung nicht dazu da, aus etwaigen Ueberschüssen sich besondere Einnahmen zu verschaffen. Für das Erheben einer Einschreibgebühr und seiner Vermittlungsgebühr wurde weiter geltend gemacht, daß jeder, der in die Listen des Nachweises eingetragen werde, dieselbe Arbeit verrichte und daher die Erhebung dieser Gebühr eine gerechtere sei. Vor allem müsse aber der Gesellenauschuss dagegen protestieren, daß die bei Antritt der Stelle vom Arbeitslosen nicht sofort gezahlte Vermittlungsgebühr von dem betreffenden Arbeitgeber später bei der Lohnzahlung in Abzug gebracht werde. Dieser Zustand würde auf beiden Seiten zu dauernden Streitereien führen.

Der Innungsvorstand begründete die Erhebung einer Vermittlungsgebühr und die stufenweise Erhebung damit, daß dem Arbeitsnachweis dadurch erhöhte Arbeit und Unkosten entstünden, weil gleichzeitig der Nachweis die Anmeldung der vermittelten Arbeitskräfte an die Innungsstellen zu erleichtern habe. Unseren Genossen gab dies Gelegenheit, zu betonen, daß es überhaupt nicht Aufgabe des Arbeitsnachweises, sondern Verpflichtung jedes Wäckermeisters selbst sei, diese ihnen durch das Gesetz zugewiesene Arbeit zu erledigen. Den Innungsmeistern scheint es aber hierum mehr zu tun zu sein. Auf den vom Magistratsvertreter und von bürgerlicher Seite erhobenen Einwand, der Geselle der vermittelt werde, sei eher in der Lage, die Vermittlungsgebühr zu zahlen, wurde von unseren Genossen geantwortet, daß es für den Arbeitslosen ganz gleich sei, ob er Einschreib- oder Vermittlungsgebühr bezahle, über reichlichere Mittel verfüge der Vermittelte ebenjowenig, als der in die Listen eingetragene. Es wurde nach längerer Debatte, behufs Einholung weiterer Informationen unter den beteiligten Kreisen, die Vertagung der Angelegenheit beschlossen.

Die Anträge wegen anderweitiger Regelung der seit dem 1. Januar d. J. neu geregelten Sonntagsruhe wollen kein Ende nehmen.

Es lagen Petitionen bzw. Gutachten verschiedener Körperschaften und Vereine vor, u. a. „Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft“ und „Berliner Handelskammer“, „Verband deutscher Kohlenhändler“ und „Verein der Journalisten“. Einige wünschten den Fortfall des Unterschiedes der Verkaufszeit im Sommer und Winter und Einführung der Einheitszeit: Verkaufszeit ohne Rücksicht auf die Jahreszeit von 8—10 Uhr vormittags, die Kohlenhändler wollen, wenn dies nicht durchgeführt wird, völlige Sonntagsruhe.

Unter Bezugnahme auf die bereits früher mitgeteilten Gründe (siehe Bericht in Nr. 108 des „Vorwärts“ vom 10. Mai d. J.) lehnte es die Deputation ab, auf diese gedruckten Wünsche einzugehen.

Ein Ersuchen des Polizeipräsidenten um Äußerung über die Freigabe einer Abendstunde (6—7 Uhr) für den Verkauf von Milch an Sonn- und Festtagen in Kollereien wurde in zustimmendem Sinne erledigt. Es betrifft dies, wie ausdrücklich noch hervorgehoben sein mag, nur Kollereien. Auf gewöhnliche Milchhandlungsgeschäfte soll diese Ausnahme keine Anwendung finden.

Schildkröten an märkischen Gewässern kommen noch recht häufig vor. Besonders viele sind in den letzten Jahren in den Havelseen beobachtet worden, vorzugsweise auch bei Bickelswerder. An warmen Sommerabenden kann man das eigentümliche Weisen der Wasserchildkröte vernehmen, wenn gerade mal das liebliche Froschkonzert einen Augenblick verstummt. Wer mit den Gewässern und den Bieblingsplätzen der Tiere vertraut ist, braucht gar nicht lange zu suchen, um mehrere zu entdecken. Gewöhnlich sind es kleine Exemplare. Ueber Handtellergröße wachsen sie in unseren Gewässern selten hinaus.

Stadtverordneter Richard Barth ist gestern im Virchow-Krankenhaus im Alter von 59 Jahren gestorben. Barth vertrat seit 1900 den 5. Gemeindeviertelbezirk in der 2. Abteilung. Der Verstorbene war ein sehr tätiges Mitglied der Alten Linken und gehörte mehreren ständigen Ausschüssen und Deputationen an.

Die Straßenbahnlinie 92 wird eine Umleitung erfahren und nicht mehr durch die Kochstraße, sondern über Lützowplatz, Kurfürstent., Nürnberger, Spichernstraße und Kaiser-Allee verkehren.

Einführung des südlichen Seefischverkaufs. Mit Rücksicht darauf, daß der Stadtgemeinde die zur Erhaltung der Seefische während der heißen Jahreszeit nötigen Konzentrierungsanstalten nicht zur Verfügung stehen, wird der städtische Seefischverkauf mit dem 2. Juli dieses Jahres bis auf weiteres eingestellt. Der letzte Verkauf findet demnach am Dienstag, den 2. Juli d. J., statt.

Besichtigungsfahrten der Berlin umgebenden Wälder und Freizeitanlagen werden von den Mitgliedern des Ausschusses des Zweckverbandes für Groß-Berlin vorgenommen. In nächster Zeit sind Besichtigungsfahrten für die gesamten Mitglieder des Zweckverbandes und deren Erziehungsmänner in Aussicht genommen; also für die 300 Personen. Im den Besuch der Wälder an Sonntagen kennen zu lernen, ist auch ein Sonntag für diesen Zweck vorgesehen. Automobile und Motorboote oder Dampfer werden die Mitglieder nach den verschiedensten Gegenden befördern.

Die Arbeiten am Spreetunnel sind in den letzten Wochen außerordentlich schnell gefördert worden, daß man in den nächsten Tagen an das Auspumpen der beiden großen Wasserreservoirs gehen kann, die durch Querspundwände von der Gesamtauffüllung

abgegrenzt worden sind. Auf dem Hinterland der Ufergrundstücke stehen in einem Schuppen schon vier mächtige Solomobilen und ebenso viel Kompressoren bereit, um die Rammpumpen in Tätigkeit zu setzen. Nachdem die beiden Bassins entleert sein werden, wird man den Tunnel von der Spree bis zur Stralauer Straße einbauen. In der Mitte des Flusses werden die letzten Spundpfeile, eiserne U-Eisen von nahezu 20 Meter Länge, eingerammt. Zwei haushohe Dampfstrahlen, deren jede 42 Tonnen (= 840 Zentner) wiegt, bewegen sich auf den Schienen vor- und rückwärts; sie stehen auf drehbarer Plattform und holen die 60 Zentner schweren Pfeile mit fabelhafter Leichtigkeit heran. Diesen Gewichten entspricht der Wär, der mit 80 Zentner Schwere auf die Köpfe der Pfeile niedersinkt. Die Gangdämme sind nochmals gesichert und gedichtet worden, teils durch kräftige Verankerungen, teils durch Einschlitten von Sandmassen, die noch jetzt aus der Baustelle Klosterstraße in Kipploren herangeschafft werden. In dem äußersten Teile des Gangdamms, der das Kopfende des schon fertigen Tunnels umschließt, werden noch einige Tiefbrunnen gebohrt. Danach dürfte die Reparatur der schon fertigen Tunnelhälfte keine Schwierigkeiten mehr bieten; sie soll aber, wie schon gemeldet, erst in Angriff genommen werden, nachdem das jetzt in Arbeit befindliche Tunnelstück und die nach der Klosterstraße emporführende Rampe vollendet worden ist.

Heilerziehungshaus für psychopathische Kinder.

Die Eröffnung dieser neuartigen, von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge geschaffenen Anstalt in Templin (Potsdam) steht demnächst bevor. Es wird hier den minderbemittelten Schichten unserer Bevölkerung die Möglichkeit geeigneter Anstaltsbehandlung für solche Kinder geboten, die bei sonst guten doch an sich ausreichenden intellektuellen Fähigkeiten — das ist die unerlässliche Vorbedingung für die Aufnahme in das neue Heim — in der Schule nicht gelingen oder im Elternhause allen Erziehungsversuchen gegenüber nicht die für eine zukünftige Selbstständigkeit im Leben erforderlichen Eigenschaften entwickeln. Die Ursache des Mißerfolges solcher Versuche sind häufig leichte psychische Anomalien, die sich als Schwäche oder allzu leichte Bestimmbarkeit des Willens darstellen, als Zerstreutheit, Unaufmerksamkeit, Unfähigkeit zu geistiger Konzentration, als häufige Stimmungsschwankungen und -stürze, als motorische Unruhe und Reizung zu unüberlegten Handlungen, als Abweichen oder verfrühtes Erwachen des Geschlechtslebens, als übermäßige Entwicklung der Phantasie oder Reizung zu zwangsmäßigem Denken und Handeln.

Für derartige Kinder ist nach neueren Forschungserfahrungen Heilung oder wenigstens weitgehende Besserung möglich; aber nur, wenn sie dauernd, d. h. jahrelang in eine geeignete Umgebung versetzt und dort durch harmonisches Zusammenwirken von pädagogischen und pädagogischen Grundregeln behandelt werden. Geeignete Spezialheilanstalten bestehen einstweilen nur für Kinder der Kreise, die in der Lage sind, erhebliche finanzielle Opfer für ihre Kinder zu bringen, und für Fürsorgepflichtige. Die schon an sich schwerer gefährdeten psychopathischen Kinder der minderbemittelten Volksschichten mußte man bis dahin rettungslos ihrem Schicksal überlassen, das sie fast mit Notwendigkeit dem Selbstmord oder dem sozialen Niedergang, ja sogar dem Verbrechen oder der Prostitution in die Arme treibt, sie häufig auch völliger geistiger Unmündigkeit überläßt.

Hier sucht das von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge errichtete Heilerziehungshaus Templin zunächst in einem ersten Anfang Schritte zu schaffen. Das Heim ist vorerst nur für Knaben im Alter von 8 bis 14 oder 15 Jahren bestimmt. Das Pflegegeld einschließlich Schulunterricht wird sich voraussichtlich auf 60 M. monatlich belaufen. Mit der Zeit sollen einige halbe und ganze Freistellen eingerichtet werden. Die Behandlung der Jünger wird das Hauptgewicht darauf legen, ihren Zustand durch ärztliche und pädagogische Einwirkung zu bessern und sie, wenn irgend möglich, so weit zu fördern, daß sie als nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft durchs Leben gehen können.

Die Aufnahme in die Anstalt erfolgt auf Grund einer in Berlin stattfindenden ärztlichen Untersuchung seitens desjenigen Wäckermeisters, der die Behandlung der Kinder in der Anstalt überwacht. Anmeldungen, denen ein Lebenslauf und ein Bericht über die Krankheitserscheinungen des betreffenden Kindes beizufügen ist, werden von der Geschäftsstelle der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Berlin O. 19, Wallstraße 89, entgegengenommen.

Im die jugendlichen Teilnehmer des Pfadfinderbundes ist eine lebhafte Fehde ausgebrochen. Am Pfingstsonntag waren die jungen Deutschen auf einen Exerzierplatz des Grunewaldes geladen und der Generalsuperintendenten Rahusen glaubte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen zu sollen, ohne den jugendlichen Gottesdienst zu verurteilen zu haben. Diese Tatsache hat aber wiederum den Horn der katholischen Blätter wie der „Germania“ und der „Kölnischen Volksztg.“ heraufbeschworen, die in der Sonntagspredigt des Herrn Rahusen eine „konfessionelle Ausschreitung“ erblickten. Die „Kreuzztg.“ beilegte sich, den Vorfall zu verteidigen mit dem Hinweis, daß es sich an dem frohlichen Pfingstsonntag nicht um eine eigentliche Predigt, sondern um eine Feldandacht gehandelt habe. Die Feier sei weder konfessionell noch interkonfessionell gewesen, sondern hätte eine freie patriotisch-religiöse Ansprache dargestellt. Diese Einwände lassen nun wieder die katholischen Blätter nicht gelten. Die „Germania“ erklärt, es handele sich eben um einen evangelischen Gottesdienst, und dem Generalsuperintendenten müsse bekannt sein, daß einem Katholiken eine innere Teilnahme an einem nichtkatholischen Gottesdienst — und dahin gehöre auch eine „Feldandacht“, wie sie war und mit der Pfadfinder-Jugend abgehalten wurde — verboten sei, jedenfalls aber müßte Herr Rahusen schon vom Katechismusunterricht her das Kirchengebot bekannt sein, wonach jeder Katholik an allen Sonn- und Feiertagen eine heilige Messe mit Andacht hören soll.

Wie der Streit ausläuft, ist nicht ganz uninteressant. Vielleicht werden in Zukunft die jugendlichen Teilnehmer des Pfadfinderbundes noch nach Konfessionen gegliedert. Damit ihnen ja kein Seelenheil geschieht. Dann aber dürfte das Interesse an den Veranstaltungen nur noch mehr nachlassen. Unserer Jugendbewegung kann diese Entwicklung der Dinge nur nützen.

Der Wattenmörder Zinke ist gestern nachmittag in Leipzig verhaftet worden. Bei seiner Vernehmung auf der Polizei räumte er die Tat ein. Zinke wollte seine Absicht, sich das Leben zu nehmen, die er in dem von Leipzig aus geschriebenen Briefe angekündigt hatte, gestern in einer Gastwirtschaft in der Berliner Straße im Norden der Stadt auszuführen. Er hatte bereits ein größeres Quantum Salzsäure getrunken. Dies war von anderen Gästen bemerkt worden, die sich um Zinke sofort bemühten, und ein herbeigerufener Schutzmann stülpte ihm ein größeres Quantum Milch ein, so daß er den Mageninhalt von sich gab. Zinke wurde nach dem städtischen Krankenhaus St. Jakob gebracht, wo er vernommen wird. Daß er der Gesuchte ist, hat er bereits zugegeben, ob er die Mordtat zugeben wird, wird erst die Vernehmung beweisen.

Dem Restaurateur Müller aus der Frottestr. 9 in Berlin ist gestern früh mit der ersten Post noch ein acht Seiten langer Brief des Zinke aus Leipzig zugegangen. In dem langen und ziemlich konfusem Schreiben schüttet Zinke seinem Freunde Müller, bei dem er viel verkehrt und am Tage vor der Mordtat noch vorsprach, sein Herz aus. Er schiebt alle Schuld auf seine Schwiegermutter, die ihm systematisch das Herz seiner Frau entfremdet habe, um die letztere mit einem anderen Manne zu verheiraten.



Drei Geldstrafenbrecher wurden in der vergangenen Nacht auf dem großen Kohlenplatz von Friedländer u. Co. in der Dultgasse in Raabit auf frischer Tat iberführt und festgenommen. Sie waren von einem Nachbargrundstück über den Bretterzaun gestiegen, hatten dann eine Fensterleiche eingedrückt, das Fenster aufgeriegelt und waren so in das Privatlokal der Geschäftsleitung eingedrungen. Hier machten sie sich sofort daran, um das große und starke Spind aufzufaden. Ein junger Mann aber hatte bemerkt, wie die drei Männer den Raum überstiegen und benachrichtigte das 74. Polizeirevier. Sechs Schutzmänner eilten nach dem Kohlenplatz. Während drei den Hof bewachten, drangen die anderen mit Gewalt in das Gebäude ein und überstiegen die Emdreher bei der Arbeit. Die Ergappten gaben sich ohne Widerstand gefangen und ließen sich willig nach der Revierwache abführen.

Bei einem eigentümlichen Samariterdienst wurde am 14. d. M. ein Arbeiter Georg Felten überrascht. Am Nachmittage dieses Tages war ein Mann, der etwas über den Dacht getrunken hatte, an der Mauer der Mailäferstraße in der Chausseestraße etwas zusammengelungen. Ein anderer kam dazu und machte sich an ihm zu schaffen, als ob er ihm hätte auf die Beine helfen wollen. Nachdem ihm dies halbwegs gelungen war, machte er sich aus dem Staube. Vorübergehenden fiel sein Gebaren auf. Sie folgten ihm, stellten ihn zur Rede und übergaben ihn der Polizei. Der Angehaltene entpuppte sich als der alte, schon oft bestrafte Flederer Georg Felten. Er gestand auch, dem Betrunknen 6 Mark weggenommen zu haben; in Willigkeit waren es aber über 50 Mark. Das gestohlene Geld liegt jetzt sicher bei der Kriminalpolizei, der Flederer sitzt in Raabit hinter Schloß und Riegel, der Gefiederte aber hat keine Anzeige gemacht, und es ist der Kriminalpolizei auch sonst nicht gelungen, ihn zu ermitteln.

Auf eine Familientragödie läßt ein doppelter Leichenfund in Treptow schließen. Dort entdeckte man gestern nachmittag in einem Schiff am Ufer in der Nähe des Spreetunnels die Leichen einer jungen Frau und eines kleinen Knaben. Beide wurden nach der Friedhofshalle in Treptow gebracht. Bis gestern spät abends gelang es noch nicht, die Toten festzustellen. Die Mutter ist etwa 25 bis 30 Jahre alt, blond und etwa 1,50 Meter groß. Sie trug unter anderem einen graugestreiften Mantel und schwarze Handschuhe und Strümpfe. Der etwa 2 1/2 Jahre alte Knabe hat ebenfalls blondes Haar und war mit einem rot-schwarzfarbigen Kleidchen, einer braunen Schürze und einer roten Mütze bekleidet.

In dem Adressenverzeichnis der Kinderschutzkommission werden wir gebeten mitzuteilen, daß die Sprechstunden der Genossin Platau, Wandelstraße 18 (6. Kreis) am Mittwochabend von 7-8 Uhr stattfinden.

Der Gesangsverein „Männerchor Ost“, M. d. D. A. S., Gau Berlin, veranstaltet am Sonntag, den 23. Juni, in der Brauerei Friedrichshain ein Sommerkonzert. Mitwirkende sind das Berliner Blasorchester, Dirigent Franz v. Dion. Anfang 4 Uhr. Eintritt 25 Pf.

Vermischt wird seit dem 30. April der sechzehnjährige Formerlehrer Max Wiegand. Der junge Mensch ist für sein Alter sehr stark entwickelt; er trug bei seinem Fortgang eine graumelierte Hose, schwarzes Jackett, ebensolche Weste, blaues Hemd, schwarze Schnürschuhe, gelblich-blauen Schlapphut. Etwaige Mittelungen werden an die Eltern, Max Wiegand, Goldbner Str. 66, erbeten.

Wer sind die Toten? In der Jungfernhöhe wurde ein unbekannter, etwa 60 Jahre alter Mann tot aufgefunden. Er hatte eine Karte vom Brunwald bei sich, auf der „Neulöcher Casé Juppelin“ geschrieben steht, außerdem zwei Lüten mit Stempeln über Abrechnungen vom 8./6. und 15./6. auf den Namen Sonnemann, und endlich eine Wochenkarte Schönholz-Reinickendorf. — Noch nicht bekannt ist ferner ein etwa 20-25 Jahre alter Mann, der sich im Brunwald in der Nähe des Teufelssee erschossen hat. Er ist kaum mittelgroß und hellblond und hat viele Sommersprossen im Gesicht.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte am Mittwoch wieder eine so umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, daß die Sitzung sich bis spät in die Nacht hinein erstreckte. Zu lebhaften Erörterungen führte u. a. die Mitteilung des Magistrats betreffend den Stand des Nachhilfeunterrichts. Der Magistrat kommt damit einem Wunsch der Versammlung entgegen, die ihn gelegentlich der vorjährigen Etatberatungen um statistische Angaben über den Stand des Nachhilfeunterrichts ersucht hat. Der Nachhilfeunterricht ist seit 1906 in den Charlottenburger Schulen eingeführt, in kurzer Zeit wird diese Einrichtung in allen Gemeindefschulen bestehen. Von den etwa 15 000 Kindern, die im Bedarfsfalle des Nachhilfeunterrichts hätten teilhaftig werden können, haben im Laufe des Jahres 1910 8775 diesen Unterricht erhalten. Das sind 58 Proz. der in Frage kommenden und 15 Proz. sämtlicher Gemeindefschüler. Daraus geht hervor, daß der Nachhilfeunterricht einen großen Umfang angenommen hat. Die Kosten beliefen sich im Jahre 1910/11 auf 12 940 M., auf den Kopf des Schülers bezogen sie 3,80 M. Um noch weitere Auskünfte vom Magistrat zu erlangen, überwies die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage einem besonderen Ausschuss.

Die Vorlage betreffend Bewilligung von 20 000 M. als Beitrag zur Rationalflugspende rief bei einem Teil der Versammlung Widerspruch hervor. Die Liberalen waren nur zum Teil dafür zu haben; die Sozialdemokraten, in deren Namen Genosse Richter sich scharf gegen derartige Sammlungen wandte, lehnten die Vorlage rundweg ab. Schließlich aber entschloß sich die große Mehrheit der Liberalen, ihren Worten nicht die Tat folgen zu lassen, sondern der Vorlage zuzustimmen. Die Annahme erfolgte mit knapper Mehrheit.

Ausführlich wurden überlesen die Vorlage betreffend Errichtung einer neuen Zweigstelle der Volksbücherei in der Kaiserin-Augustastr. 80, mit der eine Zeitungslesehalle verbunden werden soll; die Vorlage betreffend Nachbewilligungen im Armenetat für 1911; die Vorlage betreffend den Bauentwurf für ein Schwefelhaus, ein Verwaltungsgedäude und ein Leichenhaus des Geburthilflichen Krankenhauses, sowie die Vorlage betreffend Beteiligung an der Errichtung eines deutschen Stadions. In dieser letzten Vorlage beantragt der Magistrat, ihn zu ermächtigen, mit dem Unionklub einen Vertrag abzuschließen, wonach die Stadt einen Zuschuß von jährlich 15 000 M. an den Unionklub bis zur planmäßigen Tilgung des zum Bau des Stadions aufzunehmenden Darlehens von 1,2 Millionen Mark gewährt. Auch diese Vorlage stieß auf Widerspruch. Stadtv. Dr. Frenkel (liberal) bot um Ablehnung wegen der zu großen Verpflichtungen, die dadurch der Stadt auferlegt werden. Genosse Fieisch erklärte sich bedingt für die Vorlage, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Benutzung des Stadions allen Bevölkerungskreisen und Vereinen ohne Unterschied der religiösen und politischen Tendenz ermöglicht, daß also endlich auch der Arbeiterjugend ein Spielplatz geschaffen werde.

Als letzten Punkt beipranch die Versammlung die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion betreffend Teuerungszulagen. Die Anfrage lautet:

„Ist dem Magistrat bekannt, daß die Auszahlung der Teuerungszulagen an häftliche Arbeiter in einer Weise erfolgt, die nicht im Einklang steht mit dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, dem der Magistrat beigetreten ist, und ist der Magistrat bereit, Auskunft über die von ihm erlassenen Ausführungsbestimmungen zu dem betreffenden Gemeindebeschluß zu geben?“

In seiner Begründung beschränkte sich Genosse Lehmann auf die Mitteilung der Beschwerden, die von einer Reihe von häftlichen Arbeitern erhoben werden und die darin gipfeln, daß Arbeiter, die wegen Krankheit die Arbeit aussetzen müssen, von der Unterstützung ausgeschlossen wurden, oder daß Gasanfallsarbeiter, die in einem Betrieb mit geringeren Löhnen verjeht wor-

den seien, infolgedessen eine geringere oder gar keine Unterstützung erhalten hätten.

Bürgermeister Matting erwiderte, daß der Magistrat sich im allgemeinen bemüht habe, den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung lokal auszuführen. Im ganzen hätten 1565 Personen 48 700 M. erhalten. Bei den Gasanfallsarbeitern handele es sich um Arbeiter, die vor dem 1. April mehr als 2000 M. Jahresbesoldung gehabt haben und infolgedessen keinen Anspruch auf die Teuerungszulagen hatten. In den übrigen Fällen handele es sich um nichtstehende Arbeiter. Wo eine Unterbrechung der Arbeit durch Krankheit oder Unfall herbeigeführt worden sei, sei die Teuerungszulage für die ganze Dauer der Beschäftigung bezahlt worden. In der Besprechung ersuchte Genosse Will um eine nochmalige Nachprüfung aller Fälle, in denen Arbeiter sich benachteiligt fühlen. Das gelte besonders für die Retorienarbeiter der Gasanfalls- und für einige weibliche, mit Schreibarbeiten beschäftigte Arbeitskräfte. Stadtv. Dr. Stadthagen stellte sich vollkommen auf den Standpunkt des Magistrats. Damit war die Besprechung der Anfrage erledigt.

Die letzte Sitzung vor den Ferien findet am nächsten Mittwoch statt.

Pflegestellen für Säuglinge, jedoch nur in Charlottenburg, werden gesucht. Gewährt wird ein monatliches Pflegegeld von 25 M. und Bekleidung, ärztliche Behandlung und Arznei. Meldungen müssen baldigt an die Geschäftsstelle der Waisenverwaltung: Charlottenburg, Kirchhofstr. 9, Hinterhaus, Erdgesch., Zimmer 21, Sprechstunde werktäglich von 12-2 Uhr, gelangen.

Der Gesangsverein „Charlottenburger Liebertafel“ (M. d. A. S.) veranstaltet morgen (Sonntag), abends 8 Uhr, auf dem „Spanbauer Bod“ ein Gartenkonzert (Gesang, Alpenlügen, Meigenfahren, Sommerachtsball usw.). Eintritt 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Da genannter Verein die Festlichkeiten der Arbeiterschaft am Orte durch Mitwirkung unterstützt, wird auf einen guten Besuch reflektiert.

Ueber moderne Sänglingsfürsorge in Charlottenburg hält heute Freitag, den 21. d. M., abends 8 Uhr, der leitende Arzt der Sänglingsfürsorge III, Herr Professor Dr. Bendix, im Festsaal des Rathauses einen Vortrag. Interessenten haben freien Eintritt.

### Lichtenberg.

Ein Wüstling ist am Mittwochnachmittag unschädlich gemacht worden. Der Inhold hatte am Rieher Weg ein Laubengelände gepachtet und dort eine Remise sowie eine Laube errichtet. Auf der Straße sprach derselbe in zahlreichen Fällen Kinder an und versprach ihnen wöchentlich 75 Pf. zu zahlen, wenn sie nachmittags zwei auf seinem Grundstück stehende Blumentöpfe begießen. Sobald die Mädchen auf sein Anerbieten eingingen, lockte er sie in die Remise und verging sich an ihnen.

### Ober-Schöneweide.

Die Eröffnung der von der Gemeinde eröffneten Flugbadeanstalt soll am Mittwoch, den 23. Juni, erfolgen. Der Betrieb der Anstalt wird entgegen der Anregung unserer Vertreter einem Pächter übertragen werden; die Beschlußfassung hierüber erfolgt in der nächsten Gemeindevertreterversammlung. Die Badepreise sollen den üblichen gleichgestellt werden.

Das Bauprojekt für die 5. Volksschule beschäftigt zurzeit die Gemeindevorkommission; es wird beabsichtigt, auf dem Grundstück der Schule in der Watsstraße ein Gebäude mit circa 30 Klassen zu errichten, wobei die dort stehenden Schulbaracken entfernt werden müssen. Schwierigkeiten bei diesem Projekt macht jedoch die Unterbringung einer Turnhalle, welche in Anbetracht des großen Bedarfs eines solchen als unbedingt notwendig erachtet werden muß. Es ist erwogen worden, die auf dem Grundstück bestehende zu entfernen und dafür eine den modernen Anforderungen entsprechende Halle zu bauen.

Die Gesamtkosten dieser Schule mit immerer Einrichtung dürften 500 000 M. übersteigen; es soll mit dem Bau im Herbst begonnen werden, so daß die Benutzung im Oktober 1913 erfolgen kann.

### Gersfelde.

Ein tödlicher Betriebsunfall ereignete sich gestern vormittag gegen 8 Uhr auf einer den Gebrüder Mann gehörigen Ziegelei. Dort wurde ein im Landauf beim Abraum beschäftigter junger deutsch-russischer Arbeiter von herabfallenden Tonklumpen, die sich von der Bruchwand losgelöst hatten, getroffen. Der Schädel des Arbeiters wurde total zertrümmert, so daß der Tod augenblicklich eintrat.

### Wildau-Hoherschleime.

Die Gemeindevertreterversammlung beschäftigte sich ausschließlich mit dem Ausbau der im Ortsteil Wildau befindlichen, circa 2 Kilometer langen Schwarztopf- und Wankstraße. Der Fahrdamm soll in seiner jetzigen Breite mit Kleinsteinpflaster auf einer 15 Zentimeter starken Betonunterlage ausgeführt, die Bürgersteige, soweit sie an bebauten Teilen der Straße liegen, in einer Breite von 1,80 Meter mit Kalksandsteinplatten belegt werden. Die an unbebauten Straßenanteilen entlangführenden Streden sollen, wie die jetzt vorhandenen Bürgersteige, mit Sand und Schläde befestigt werden. Die gesamten Pflasterarbeiten wurden auf Vorschlag der Straßenbaukommission der Firma Häre u. Hennig als Mindestfordernde für die Summe von 71 265 M. vergeben; die höchstfordernde Firma hatte 121 097 M. verlangt. Ebenso erhielt obgenannte Firma den Zuschlag für die noch zu bauende Entwässerungsanlage als Mindestfordernde mit 12 410,50 M. Das Höchstangebot lautete hier auf 18 164 M. Unter anderem wurde die Straßenbaukommission, der auch unsere Genossen Käuser und Scholz angehören, ermächtigt, Angebote für die Verlegung der Gasrohrleitung einzufordern und zu vergeben. Ferner wurde die Kommission beauftragt, zwecks Aenderung des Gaslieferungsvertrages nochmals mit der Gemeinde Königs-Wusterhausen zu verhandeln. Die Vorarbeiten sollen möglichst beschleunigt werden, so daß spätestens Anfang nächsten Monats mit den eigentlichen Pflasterarbeiten begonnen werden kann. Es soll zuerst die Strecke von der Schwarztopf-Ordnung in der Richtung nach Königs-Wusterhausen zuerst in Angriff genommen werden.

### Dabendorf bei Jossen.

In der Generalversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Geride-Charlottenburg über „Sozialdemokratie und Volksverrat“. Sein 1/2-stündiges Referat wurde von der starkbesuchten Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Aus dem Jahresbericht, den Genosse Lau gab, ist zu ersehen, daß die Organisation am Orte Fortschritte zu verzeichnen hat. Aufgenommen wurden in der Generalversammlung zwei Genossen und eine Genossin, so daß die augenblickliche Zahl der Mitglieder 30 männliche und 7 weibliche beträgt. Zum 1. Vorsitzenden wurde Genosse Lau, zum 2. Vorsitzenden Genosse Kelle, zum Schriftführer Genosse Schunack und als Beisitzerin Genossin Bartelt wiedergewählt. Als Kassierer bleibt Genosse Kühn bis zu seinem Verzuge vom Orte. Als Revisoren wurden die Genossen August Schulze, Metzel und Degen gewählt.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Die letzte Stadtverordnetenversammlung hatte zunächst das Amt eines Beigeordneten neu zu besetzen. Der Zigarrenfabrikant Schurig hatte sein Amt niedergelegt, weil er seine Kraft nicht mehr in den Dienst der Stadt stellen könne. Dem von der Kommission für dieses Amt in Vorschlag gebrachten Herrn Randfuß wurde u. a. von unseren Genossen die Frage vorgelegt, wie er sich zu der Abschaffung des 18 Mark betragenden Bürgerrechtsgeldes stelle. Da der Herr zur Antwort gab, daß wer sein Wahlrecht ausüben wolle, auch die 18 Mark Bürgerrechtsgeld zahlen müsse, erklärten unsere Genossen, sich bei der Wahl der Abstimmung zu enthalten. Derauf wurde Herr Randfuß von den 13 versammelten bürgerlichen Stadtverordneten zum Beigeordneten gewählt. Dem Rührermeister Weinert wurde die Erhebung des Marktstandgeldes für 700 M. pro Jahr wieder verpaidet mit der Maßgabe, daß demselben für jeden Markt, an welchem kein Kindvieh ausgetrieben werde, 20 M. in Abzug ge-

bracht werden. Der Anstellung einer technisch geprüften Handarbeits- und Turnlehrerin für die Mädchenklassen soll näher getreten werden. Die Versammlung bewilligte alsdann noch 400 M. für geleistete Ueberstunden im Handarbeitsunterricht.

### Jugendveranstaltungen.

Neulöcher. Sonntag, den 23. Juni: Badepartie. Treffpunkt: 6 1/2 Uhr Reuterplatz. Fahrgeld 40 Pf. Der Sportplatz Pflägershöhe Ecke Rühlstraße sacht Mittwoch und Freitag allen Jugendlichen zur Verfügung.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin-Spreemündung am Sonntag, den 23. Juni: Ausflug, Burg, Straßburger-Fußmühle, Volenschenke, Rannomühle, Schützenhaus, Volkshof, Leide, Lützen. Abfahrt nach Weichau vom Schützenhaus am Sonnabend, den 22. Juni, nachm. 3 30 und 7 15 sowie am 23. Juni früh 6 45. Treffpunkt im Lokal „Zum Anker“ in Weichau.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Veranstaltungen am Sonntag, den 23. Juni: I. Spreemündung. Rahnfahrt von Nauen über Jandke, Forthaus, Fische, Burg (Rückgang der Benden), Rannomühle, Volenschenke, Leide, Lützen. Wegen zu starker Beteiligung (50 Personen) können Teilnehmer nicht mehr angenommen werden. Am 14. Juli findet eine zweite Fahrt statt. Rühressee Juterak von heute. II. Oranien, Samdöwitz, Eichwalde, Gofener Berge. Treffpunkt 8 bis 8 1/2 Uhr Bahnhof Oranien.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 38. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Viktor Adler. Erinnerungen zu seinem 60. Geburtstag. Von R. Rautsky. — Jean Jacques Rousseau. Zur 200-jährigen Geburtsfeier (einer Geburt am 28. Juni 1712). Von Henriette Roland-Blossin. — Die Nationalpolizei des ungarischen Proletariats und ihre Folgen. Von Eugen Barga. — Erfahrungen mit dem schweizerischen Wälsystem. Von Robert Grimm (Bern). — Zur Wanderausstellung. Von Emil Robold. — Literarische Rundschau: Hijo Salto, Geschichte Japans. Von O. Eckstein. — Zeitschriften-Liste.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Reisebüros zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Geschichte der Arbeiterbewegung. Bd. 1. Bearbeitet von Emil Wadner. 5 M. Verlag des Zentralverbandes aller in der Schweberei beschäftigten Personen in Hamburg 1.

J. J. Rousseaus Kulturideale. Zusammenstellung von Ed. Spangler. 3 M., geb. 4 M. E. Dieberich, Jena.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand       | am 19. 6. | am 18. 6.        | Wasserstand                    | am 19. 6. | am 18. 6.        |
|-------------------|-----------|------------------|--------------------------------|-----------|------------------|
|                   | cm        | cm <sup>1)</sup> |                                | cm        | cm <sup>2)</sup> |
| Remel, Mühl       | 127       | 0                | Saale, Großh.                  | 72        | +4               |
| Bregel, Unterburg | 45        | -8               | Gabel, Spandau <sup>3)</sup>   | 32        | 0                |
| Seichsel, Horn    | 116       | 0                | Kahlsdorf <sup>3)</sup>        | 2         | +8               |
| Oder, Ratibor     | 164       | -8               | Spreo, Spremberg <sup>3)</sup> | 96        | -22              |
| Krossen           | 163       | -9               | Beesfen                        | 82        | +1               |
| Frankfurt         | 187       | +1               | Bejer, Witten                  | 134       | +8               |
| Wartbe, Schrum    | 66        | +3               | Witten                         | 230       | -4               |
| Landsberg         | 97        | +6               | Hlein, Maximilianbau           | 574       | -20              |
| Rehe, Borbamm     | 40        | +1               | Raub                           | 355       | +11              |
| Eibe, Leimrich    | 13        | -6               | Rain                           | 392       | +27              |
| Dresden           | -110      | +7               | Redar, Jellbrom                | 62        | -11              |
| Berch             | 133       | +2               | Rain, Genua                    | 125       | +5               |
| Magdeburg         | 110       | +4               | Rosel, Xier                    | 45        | +5               |

<sup>1)</sup> + bedeutet Wauch, — Fall, — <sup>2)</sup> Unterbegei. — <sup>3)</sup> Höchster Wasserstand: 188 cm am 18. um 6 Uhr nachmittags.

**Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.**

Unverlechte = Leistungsfähigkeit. Allein-Vorkauf.

Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Ströfen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet, wodurch besonders Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähten, stark Gumm.

Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken umsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

**Berufs- u. Schutzkleidung** für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

**BAER SOHN**

Spezial-Haus größten Maßstabes Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 21 Gr. Frankfurterstr. 30 Schönberg, Hauptstr. 10. Haupt-Katalog gratis und franko

Nachdr. verbot.

**Frankfurter Lotterie** zu Gunsten des Frankfurter Vereines für Luftschiffahrt 3492 Gewinne im Werte von Mark **100 000** Hauptgew. **50 000** **10 000**

**Frankfurter Lose à 3 Mk.** Porto und Liste 20 Pfg. extra. In allen Lotteriegeschäften, Loseverkauferstellen und durch **Lud. Müller & Co.** in Berlin C., Breitestr. 5

**Nathan Wand**

129 Stalher Str. 129. Die Schönsten Monats-, Jackett-, Rock- und Gehrockanzüge, erstklassige, ersten Vertikälten hergestellte, auf Selde gearbeitete Garderobe, von **Kavalieren getragen**, fast neu, für jede Figur passend, speziell Wandanzüge sind in großer Auswahl stets zu stannend billigen Preisen zu haben. **W. H. Neue Garderobe.**

**Nathan Wand**

129 Stalher Str. 129. Hochbahnhofstation Rotbuefer Tor. Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

**Technikum** Hoppe, Matheustr. 13. Prosekte gratis. 204/15

**Drei Tropfen**

**Kaol**

putzen das schmutzigste Metall spiegelblank

in Flaschen von 10 bis 50 Pf. Ueberall zu haben.

Fabrik: Lubszynski & Co., G. m. b. H. Berlin-Lichtenberg.

Dachdruckerei u. Verlagsanstalt Gaus Singer u. Co., Berlin SW